

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 09

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Anna Baranski (ab),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44339182
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Namentlich gezeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Lob der Vielfalt!

Liebe Leserinnen und Leser,

seit vielen Jahrzehnten setzen sich Natur- und Umweltschützer/innen für die Vielfalt in unserer Mitwelt ein. Dabei lassen sich unterschiedliche Phasen und politische Ansätze erkennen. Neben der Ökologiebewegung (die anfangs noch gar nicht so hieß) engagieren sich auch soziale und humanistische Bewegungen, die Friedensbewegung und die Frauenbewegung. Spätestens seit der Konferenz in Rio 1992 wurde bewusst, dass dieses Engagement nicht voneinander getrennt betrieben werden darf, wenn das Prinzip Nachhaltigkeit Wirklichkeit werden soll. Zwischen sozialem und ökologischem Frieden, zwischen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit bestehen Zusammenhänge, die eine politische und gedankliche Verknüpfung verlangen.

Auch ökologisches Engagement ist am schlagkräftigsten, wenn dabei sozialer Frieden im weitesten Sinne herrscht. Wem es an Geld für den Lebensunterhalt fehlt, der wird sich schwer damit tun, viele Stunden ehrenamtlicher Arbeit zu leisten. Wer durch soziale Ungerechtigkeiten keinen Zugang zu Bildung hat, wird sich eher selten für den Schutz von Zaunkönig und Weißtanne begeistern können. Ökologie und Soziales leiden unter dem permanenten Druck ökonomischer Denk- und Herrschaftsweisen, deren Folgen offensichtlich, deren Wirkungsweise aber oft schwer durchschaubar und tief verankert in unseren Institutionen und Köpfen sind. Doch ohne dass wir uns an diese Strukturen heranwagen wird es keine wirklichen Veränderungen geben - auch nicht im Umweltverhalten.

Ökologisches und soziales Verhalten in der Gesellschaft wird heute eher benachteiligt; fürsorgende, vorsorgende, schützende und pflegende Tätigkeiten werden gering geschätzt. Das hat viel mit einem rein profitorientierten Ökonomieverständnis zu tun, das stark auf Produktion und Wachstum setzt und "weiche" Bereiche zwar nutzt, aber weder ökonomisch noch gesellschaftlich wertschätzt. Es geht dabei auch um Macht und Einfluss unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, von sozialen Schichten, Männern und Frauen.

Diese Art des Denkens und Beherrschens hat uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten tiefer in die ökologische und so-

ziale Krise geführt. Weil der Kopf aber rund ist, damit das Denken die Richtung wechseln kann, sollten wir anfangen, die vorhandenen Potenziale in unseren eigenen Reihen zu nutzen. Und uns auch wieder einmal Zeit nehmen, über unser Selbstverständnis als Natur- und Umweltschützer/innen in unserer sozialen und unserer natürlichen Umwelt nachzudenken. Welche Natur schützen wir eigentlich? Und wer legt fest, wie und von wem geschützt wird und mit welchen finanziellen Mitteln?

Neben diesen grundsätzlichen, "rahmenpolitischen" Fragen geht es aber auch um unseren eigenen Umgang mit der ökologischen und sozialen Umwelt im Verbandsalltag. Was dabei gern übersehen wird: Die menschlichen Beziehungen zu Natur und Umwelt sind geschlechtsspezifisch geprägt, das Verbandsleben ebenfalls. Wer es nicht glaubt, stelle sich einmal vor, alle Positionen im Verband, die von Frauen ausgefüllt werden, würden von Männern eingenommen und umgekehrt.

Auch in den Verbänden geht es um mehr Gerechtigkeit, um bessere Strukturen und bessere Inhalte. Wenn es uns nicht gelingt, Männer und Frauen, Mädchen und Jungen gleichermaßen für die Schätze der Natur zu begeistern und ihnen die gleichen Chancen einräumen, sich aktiv für deren Schutz einzusetzen, läuft unsere Arbeit früher oder später ins Leere. Dabei kommt es darauf an, die vielfältigen Lebenswirklichkeiten der Geschlechter zu berücksichtigen, ohne sie damit zu verfestigen.

Im Juli hat der DNR mit seinen Mitgliedsverbänden ein Projekt gestartet, das herausfinden will, wie wir unsere Arbeit verbessern können, indem Geschlechteraspekte einbezogen werden. Lesen Sie mehr darüber im ersten Newsletter des Projekts "Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz" in der Mitte dieses Rundbriefes.

Eine angenehme und impulsreiche Lektüre und viele eigene Ideen wünscht Ihnen

Juliane Grüning
DNR Berlin, Öffentlichkeitsarbeit

2 Impressum**4 Editorial**

- Lob der Vielfalt!

5 Verbände, Umweltbewegung

- DNR-Mitgliederversammlung
- BUND fordert mehr Engagement

6 Abfall, Chemie, Emissionen

- Regierung: Pfandpflicht hat Erfolg
- WLAN: Informations-Defizit
- Leitfaden Bürgerbeteiligung
- Umweltmedizin: Neue UMID-Berichte

8 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Agrarsubventionen: Neue Kriterien
- Öko-Landbau wächst weiter
- Pestizidreste in Obst und Gemüse
- Pestizid Gaucho: Verbot gefordert
- Holzschutzmittel-Kennzeichnung
- Neues Pflanzenschutzgesetz

11 Energie, Klima

- Bionergie jetzt wettbewerbsfähiger
- Strom gekennzeichnet, aber teuer
- AKW: Generatorschaden harmlos?
- Plutonium-Entsorgung nicht sicher
- Suche nach Atom-Endlager

15 Gentechnik

- Freisetzung: Kritik an Geheimhaltung
- Versicherungsschutz zu riskant

16 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Umweltkommunikation

- BMU: Schwerpunkte bis 2006
- Umweltberatung reduziert
- Umweltverbände kritisieren Fortschrittsbericht
- Kommunen ausgezeichnet
- DNR-Experte in Bildungs-Komitee
- UBA: Flächenverbrauch steuern

22 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Gender Mainstreaming im Naturpark
- FFH-Gebiete endlich geschützt
- Herbizide im Naturschutz abgelehnt
- Agrarreform: Bundesratsbeschlüsse
- Forstreform in Bayern: Kahlschlag?
- Waldschäden: Mehr Totholz
- FSC-Zertifikat für Kleinwaldbesitzer
- Bundeswehr-Bombodrom: Proteste
- DNR für IUCN-Biodiversitätskampagne
- Naturschutz auf Ökobauernhöfen
- Javaneraffe ist Versuchstier 2004
- Staatsziel Tierschutz zeigt Wirkung

28 Verkehr, Tourismus

- Aktionstag "Mobil ohne Auto"
- Fahrrad-Parkplätze gleichgestellt

- Kritik an Bahn-Neubaustrecke
- Bahn: Weniger Mehrwertsteuer?
- Verkehrspolitik: Falsche Grundlagen?
- Straßenbau: Kritik an CDU-Plänen
- Protest gegen Fehmarnbelt-Brücke
- Ab 2009 alle Diesel mit Filter
- Anreize für Kraftstoff sparende Pkws
- Fliegen wird teurer
- Bundesregierung für Kerosinsteuer
- Berlin: Kritik an Flughafenplan
- Verbände-Stellungnahme zum neuen Fluglärmschutzgesetz

37 Wasser

- Proteste gegen Einengung der Elbe
- NRW untersuchte Staustufen
- Streit um Überschwemmungsgebiete
- Papierherstellung: 100 % Kreislauf
- Gewässergüte: Kaum "guter Zustand"
- Projekt "Ahr 2000" abgeschlossen
- Bündnis gegen Wasser-Privatisierung

40 Service

- Umweltpreise, Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

Sonderbeilagen

- Newsletter "Gender Greenstreaming": Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)
- Aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

DNR-Mitgliederversammlung

Berlin, 6. November: DNR-Präsidium stellt sich erneut zur Wahl

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings findet am Sonnabend, dem 6. November, in Berlin statt. Die bisherigen Präsidiumsmitglieder werden wieder kandidieren. Ergänzende Wahlvorschläge sind nach erfolgter Einladung (Acht-Wochen-Frist) bis vier Wochen vor der Mitgliederversammlung möglich. (hr) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.,
Helmut Röscheisen, Am Michaelshof
8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

BUND fordert mehr Engagement für Naturschutz

Jahresbericht 2003 zieht insgesamt positive Bilanz

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat zu mehr Engagement für den Naturschutz aufgerufen. Beispielsweise werde der Biotopschutz entlang der früheren deutsch-deutschen Grenze, im so genannten Grünen Band, derzeit blockiert. Die betroffenen Länder hätten zwar einer Übernahme der bundeseigenen Flächen im Grünen Band zugestimmt, müssten jedoch die Anträge beim Bundesfinanzminister schnellstens einreichen.

Mit ihrem zögerlichen Verhalten setzten die Bundesländer ein einmaliges Naturerbe und historisches Denkmal aufs Spiel, so der BUND.

Verkehrs-Fehlplanungen verhindert

Für seine bundesweite Naturschutzarbeit im vergangenen Jahr zog der BUND in seinem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 2003 eine positive Bilanz. Die inhaltliche Fokussierung auf Verkehrs- und Agrar-themen habe sich bewährt. Besonders gravierende Fehlplanungen wie die Autobahn A 16 zwischen Leipzig und Cottbus oder die vierstreifige Bundesstraße B 2 bei Nürnberg seien daraufhin aus der Planung gestrichen, der Bau eines überflüssigen Saale-Seitenkanals gestoppt worden.

Erfolgreiche agrarpolitische Aktivitäten

In der Landwirtschaftspolitik habe sich der BUND erfolgreich für eine umweltgerechtere Verteilung der Agrarsubventionen und für den Schutz vor Gentechnik eingesetzt. Bauern und Bürgerinitiativen habe der BUND beim Einrichten von gentechnikfreien Regionen und beim Widerstand gegen Massentierhaltungsanlagen unterstützt. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179
Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net
Jahresbericht (PDF-Download):
www.bund.net/lab/reddot2/pdf/
jahresbericht_03.pdf

Lesenswert

Navigationshilfe für Umweltbewegte

Wer sich heute für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung engagieren und dabei erfolgreich sein will, muss viel wissen und den Überblick behalten. Die "Navigationshilfe für Umweltbewegte" ist ein Praxis-handbuch für Ehrenamtliche in lokalen (Umwelt-)Gruppen. In dem Buch wird beschrieben, was Aktive wissen müssen, um in einer Gruppe erfolgreich politische Arbeit zu machen: theoretische Hintergründe, praktische Methoden und deren Anwendung. Die Navigationshilfe fasst die wesentliche Inhalte des Kurses "Zukunftspiloten" zusammen, dem Weiterbildungsprogramm des DNR für junge Umweltschützer/innen (www.zukunftspiloten.de). Neben Rahmenbedingungen und Strategien für umweltpolitisches Engagement geht es um Themen wie die Umsetzung einer erfolgreichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder ein gelungenes Zeitmanagement. Eigene Kapitel sind dem Fundraising sowie der Organisationsanalyse und -entwicklung gewidmet. (mbu)

Rasmus Grobe, Imke Kreusel: Navigationshilfe für Umweltbewegte - Methoden für erfolgreiches Engagement, Ökom Verlag, München 2004, 186 S., 23,- Euro, ISBN 3 936581 41 X

■

Regierung: Pfandpflicht ist großer Erfolg

Wegwerfen von Einweg-Produkten "entschieden zurückgegangen"

Seit Einführung der Pfandpflicht zu Beginn des Jahres 2003 ist das Wegwerfen von Einweg-Produkten, das so genannte Littering, entschieden zurückgegangen. Entsprechende Zahlen nannte die Bundesregierung im Juli als Antwort auf eine Parlamentsanfrage. Die Rücklaufquote von Mehrwegflaschen betrage nach wie vor 99 Prozent, hieß es weiter. Die Regierung ist außerdem der Ansicht, dass die von ihr unlängst vorgelegte Novelle der Verpackungsverordnung EU-rechtskonform ist.

Rückgabemöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung

Die Befreiung von ökologisch vorteilhaften Verpackungen vom grundsätzlich zulässigen Pfandsystem sei aus Umweltgründen gerechtfertigt. Bereits jetzt bestünden flächendeckende Rückgabemöglichkeiten für entleerte Einweggetränkverpackungen.

Ein höheres Pfand auf derartige Verpackungen im Vergleich zu Mehrwegverpackungen ist nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, um die wettbewerblichen Rahmenbedingungen anzugleichen und eine möglichst hohe Rücklaufquote der Einwegverpackungen zu erreichen.

Mit Blick auf die Novelle der Verpackungsverordnung glaubt die Regierung, dass auf der Basis dieses Entwurfs eine Verständigung mit den Ländern möglich ist. Sie hält die mit dieser Verordnung erreichten "abfallwirtschaftlichen gesamt-ökologischen Erfolge auch im europäischen Vergleich nach wie vor für beachtlich". (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

WLAN: Kaum Informationen über drahtlose Netzwerke

Strahlungsrisiken kein Thema für Verbraucher- und Umweltverbände?

Einer Studie des Öko-Instituts in Freiburg zufolge gibt es derzeit kaum Möglichkeiten, sich über die Risiken der neuen drahtlosen Netzwerktechnologie WLAN (Wireless Local Area Networks) zu informieren. Der größte Informationsbedarf liege im Bereich der Datensicherheit und der elektromagnetischen Strahlung. Diese Informationen würden von unabhängigen Institutionen gewünscht. Der Studie zufolge gibt es aber keine Stelle, die die verschiedenen Aspekte von WLAN kompakt, allgemeinverständlich und neutral beleuchtet.

Im Auftrag des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen wollten Expert/innen des Freiburger Instituts ermitteln, wie die Information und Kommunikation zu den Chancen und Risiken von WLAN bisher ablief. Die Wissenschaftler konnten dazu aber weder eine Internet-Plattform noch eine Broschüre finden. Die Auswertung von 88 verschiedenen Medien habe gezeigt, dass das Informationsangebot bei den Anbietern von WLAN und bei PC-Zeitschriften am größten ist. Verbraucherorganisationen, staatliche Institutionen oder Nichtregierungsorganisationen informierten dagegen bislang wenig über Chancen und Risiken von WLAN. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Öko-Institut e.V., PF 6226, 79038
Freiburg/Br.
Tel. 0761-452950, Fax -475437
eMail: info@oeko.de
www.oekoinstitut.de

Tipps zum Erörterungstermin: Leitfaden Bürgerbeteiligung

Umsetzung der TA-Siedlungsabfall 2005: Viele Müllverbrennungs-Pläne

Aus zahlreichen Regionen Deutschlands, hauptsächlich in den neuen Bundesländern, sind im Zuge der Umsetzung der TA-Siedlungsabfall (2005) Planungen von Abfallbehandlungs- und Verbrennungsanlagen bekannt geworden. Dies teilte der Bundesverband Das bessere Müllkonzept Deutschland e.V. mit. Die zuständigen Kommunen und die Genehmigungsbehörden verweigerten jedoch den Bürgern die für einen demokratischen Meinungsbildungsprozess benötigten Informationen, oder stellten diese nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.

► Auf Bitten von vielen Bürgerinitiativen hat der Verband nun einen Praxis-Leitfaden mit "Tipps zum Erörterungstermin" herausgegeben, um Bürgern und Initiativen die Möglichkeit einräumen, sich auf einen geplanten behördlichen Anhörungstermin intensiv vorzubereiten. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Das bessere Müllkonzept, Hansdorfer
Weg 10, 22962 Siek
Tel. 04107-7473, Fax -851467
eMail: muellkonzept-sh@t-online.de

Leitfaden "Tipps zum Erörterungstermin", Siek 2004, 36 Seiten; kostenloser Internet-Download (PDF-Datei, 255 kb): www.dnr.de/publikationen/dr/archiv.php
Druckversion gegen frankierten A4-Rückumschlag (1,44 Euro) bei der DRB-Redaktion.

Umweltmedizin: Neue UMID-Berichte erschienen

Umweltsurvey und Erkrankungsrisiken

Der Umweltmedizinische Informationsdienst (UMID) hat drei neue Abschlussberichte über weiterführende Untersuchungen zum Umweltsurvey 1998 herausgebracht.

Deutliche Ergebnisse

Häufiger Fischverzehr geht danach mit erhöhten Arsen- und Quecksilberwerten in Urin sowie im Blut einher. Bei häufigem Alkoholkonsum sind die Werte von Blei im Blut erhöht. Eine wesentliche Belastungsquelle für Platin ist seine Verwendung bei der Zahnsanierung (z. B. Kronen, Inlays). Bei Rauchern ist die Belastung mit Cadmium und polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) erhöht. Nikotin und Cotinin sind geeignete Indikatoren für die Exposition gegenüber Tabakrauch auch bei Passivrauchern. Der Fluglärm - in der "LARES-Studie" in fünf europäischen Städten untersucht - belastet die Bevölkerung stark.

Die aktuelle Ausgabe des Umweltmedizinischen Informationsdienstes (UMID) informiert zudem über Schimmelpilzbefall in Innenräumen. Die Frage, ob eine generelle zusätzliche Aufbereitung des häuslichen Trinkwassers notwendig ist, wird verneint. Weitere Themen sind die Vernetzung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Uminfo) sowie pestizidbehandelte Textilien als wahrscheinliche Ursache für gesundheitliche Störungen.

Neue Publikationen zu Umwelt und Gesundheit

Zudem werden aktuelle Publikationen vorgestellt. In der Broschüre "Umwelt und Gesundheit in Deutschland - Beispiele aus dem täglichen Leben" werden auf 70 Seiten Fakten aus Bereichen wie Wohnen, Straßenverkehr, Sonnenbaden, Badeschwimmer und Ernährung dargestellt und bewertet.

Die Publikation "Durchblick - was hat unser Alltag mit der Umwelt zu tun?", wendet sich mit ähnlichen Themen an junge Leute zwischen 11 und 15 Jahren.

Das Buch "Schadstoffe in Wohnungen: Hygienische Bedeutung und rechtliche Konsequenzen" ist ein Leitfaden für Bewohner, Vermieter, Bauplaner, Gutachter, Rechtsanwälte und Richter.

Die Fachpublikation "Umweltbedingte Gesundheitsrisiken - Was ist bei Kindern anders als bei Erwachsenen?" berücksichtigt Besonderheiten zur Ableitung von Grenzwerten.

Der Tagungsband "Wasserversorgung und -hygiene" widmet sich der neuen Trinkwasserverordnung, bakteriellen und chemischen Kontaminanten im Trinkwasser und Hygieneproblemen der Abwassertechnik.

Kompaktes Wissen zu Umwelt und Gesundheit: www.apug.de

Die Internetseite www.apug.de wurde neu gestaltet und um weitere Informationen zu Umwelt und Gesundheit ergänzt. Sie vermittelt kompaktes Wissen und gibt Tipps zum gesundheitsbezogenen Umweltschutz für Fachleute und Laien.

Der Umweltmedizinische Informationsdienst UMID wird vom Umweltbundesamt in Zusammenarbeit mit weiteren Behörden vierteljährlich herausgegeben. (ab) ■

● **Kontakt/Informationen**

Umweltbundesamt (UBA), PF 330022,
14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de/umid
www.apug.de

Agrarsubventionen werden von Produktion entkoppelt

Ab 2013 wird nach Fläche gezahlt - Umweltverbände wollen aber mehr

Die Länder haben sich auf einer Bundsratsitzung im Juli darauf geeinigt, die Agrarsubventionen von 2013 an neu zu verteilen. Die Bauern erhalten das Geld dann pro Hektar Fläche. Wie viel sie produzieren, spielt dann keine Rolle mehr. So sollen die Überschüsse abgebaut werden. Es geht um 5,5 Milliarden Euro Subventionen, die die deutschen Bauern jedes Jahr aus Brüssel erhalten.

Nach Angaben des Verbraucherministeriums soll es bundeseinheitliche Flächenprämien von rund 330 Euro pro Hektar geben. Mit der Agrarreform wird das mehr als 50 Jahre alte Agrarsystem abgeschafft, das die Betriebe belohnt, die besonders viel produzieren.

Grünlandbauern im Vorteil gegenüber Getreidebauern

Künftig werden dann auch die Landwirte subventioniert, die weniger intensiv wirtschaften, also auch weniger Ackergifte einsetzen und die Böden weniger auslaugen. So wird es erstmalig auch Prämien für Wiesen und Weiden geben. Aus Sicht der Milchbauern und Umweltschützer ist die Aufwertung des Grünlandes äußerst positiv. Grünland hat deutlich mehr Artenvielfalt als Ackerland und gilt als ökologisch wertvoller.

Die frei gewordenen Gelder aus den schrittweise gekürzten Direktzahlungen sollen in die Förderung des ländlichen Raumes investiert werden.

Umweltorganisationen fordern ökologische Finanzreform

Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung und der NABU haben die Bundesregierung aufgefordert sämtliche Agrarsubventionen zu hinterfragen. Auf Grund der Umweltprobleme in der Landwirtschaft sei ein konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie die Einführung ökonomischer Anreizinstrumente überfällig. Dies habe eine gemeinsame Studie der drei Organisationen ergeben.

Aus Sicht des FÖS ist vor allem eine stärkere Integration von ökologischen Aspekten in die Steuer- und Finanzpolitik zur

Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft wichtig. Zwar sei die Umsetzung der EU-Agrarreform bereits ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch müsse noch viel getan werden, um umweltschädigende Produktionsweisen unrentabel zu machen.

Förderung von Biokraftstoff und Abgaben auf Düngemittelleinsatz

Als Beispiel nannten die drei Verbände, dass landwirtschaftliche Betriebe keine Steuervergünstigung für fossile Energieträger wie Agrardiesel mehr erhalten dürften. Stattdessen sollten energiesparende und ressourcenschonende Betriebe sowie die Einführung von Biokraftstoffen gezielt gefördert werden.

Die Studie wies auch auf die Eignung ökonomischer Instrumente zur Reduzierung des Pestizid- und Düngemittelverbrauchs hin. Daraus wird der Vorschlag abgeleitet, zeitlich gestaffelt Abgaben auf Pestizide und Düngemittelüberschüsse einzuführen. Die Einnahmen sollten durch eine gezielte Rückführung in den Agrarsektor möglichst aufkommensneutral sein, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und die ökologische Wirkung zu verstärken. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Gregor Louisoder Umweltstiftung, Briener Straße 46, 80333 München
Tel. 089-54212142, Fax -52389335
eMail: info@umweltstiftung.com
www.umweltstiftung.com

Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), Briener Str. 44, 80333 München
Tel. 089 / 520113-13, Fax-14
eMail: foes@foes-ev.de
www.foes-ev.de

Ökologischer Landbau wächst langsam weiter

Fläche und Betriebe nahmen um mehr als 5 Prozent zu

Die Fläche, auf der in Deutschland ökologische Landwirtschaft betrieben wird, ist im vergangenen Jahr 2003 um 5,3 Prozent gewachsen. Auch die Zahl der Ökobetriebe nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent zu.

Den Jahresmeldungen der Länder zufolge wurden bis Ende 2003 in Deutschland 734.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche von 16.500 Betrieben nach den EU-weiten Regeln des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Öko-Betriebe um 850 und die nach den Regeln der EG-Öko-Verordnung bewirtschaftete Fläche um 37.000 Hektar. Der Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe betrug im Jahr 2003 damit rund vier Prozent, der an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche 4,3 Prozent.

11 Prozent mehr Öko-Verarbeiter und -Importeure

Mit neun Prozent an der Landesfläche erreichte Brandenburg den größten Flächenanteil. Die Zahl der verarbeitenden Betriebe und Importeure im Öko-Sektor ist gegenüber 2002 mit elf Prozent sehr viel stärker gewachsen. Die Gesamtzahl der Unternehmen im Öko-Sektor (Erzeuger, Verarbeiter, Importeure) erhöhte sich auf über 20.000. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Pestizidrückstände in Obst und Gemüse

Hälfte der Proben mit Giften belastet, jede 10. überschreitet Grenzwert

Nach einer EU-Studie sind bei neun Prozent der untersuchten Obst- und Gemüsestücke Rückstände von Pflanzengift nachgewiesen worden, die über dem gesetzlichen Richtwert liegen. Deutsche Lebensmittelkontrolleure fanden 2002 mehr Gift als erlaubt vor allem in Bohnen, Salat, Gurken, Karotten, Paprika, Radieschen, Spinat und Tomaten, Aprikosen, Birnen, Erdbeeren, Zitrusfrüchten, Johannisbeeren, Kirschen, Papaya, Pfirsichen, Nektarinen und Weintrauben. Selten belastet waren Kartoffeln, Zwiebeln, Porree und Kohl.

In vielen EU-Ländern wird nach Angaben der Umweltorganisation Greenpeace zu wenig getestet, obwohl die Europäische Kommission ihren Mitgliedsländern regelmäßige Kontrollen vorschreibt. In Deutschland sind für die Proben die Bundesländer verantwortlich. Nach Ansicht von Experten dauern die Analysen im Labor zu lange. Die Waren seien längst gegessen, wenn das Ergebnis vorliege. Auch das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) räumte ein "Vollzugsdefizit" ein. Laut Gesetz sollen Kontrolleure nicht nur in Supermärkten, sondern regelmäßig auch auf Großmärkten, Wochenmärkten und in Obstläden Proben nehmen. Mit Gift belastete Früchte oder Gemüse müssen sie umgehend aus dem Verkehr ziehen.

Chemiecocktails schädigen menschliche Gesundheit

Toxikologen befürchten eine schleichende Vergiftung im menschlichen Körper. Vor allem Mischungen chemischer Substanzen könnten toxisch wirken. Die Tendenz des Gifteinsatzes wird als beunruhigend eingeschätzt. Die illegalen Überschreitungen haben sich seit 1996 europaweit verdoppelt. Umwelt- und Verbraucherschützer empfehlen auf Biokost umzusteigen. Dort würden nur selten Rückstände gefunden, die die Grenzwerte überschreiten. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Imker und Umweltverbände fordern Verbot von Gaucho

Wirkstoff des Pestizids gilt als Verursacher für Bienensterben

Imker- und Umweltverbände haben ein einstweiliges Verbot des Pestizids Gaucho sowie weiterer Mittel mit dem Wirkstoff Imidacloprid in Deutschland gefordert. Der Wirkstoff stehe in dringendem Verdacht, verantwortlich für das Bienensterben in weiten Teilen Europas zu sein. Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund, der Naturschutzbund NABU und die Coordination gegen Bayer-Gefahren haben Bundesverbraucherministerin Renate Künast dazu aufgerufen, dem Pestizid bis zur Klärung aller aktuellen Erkenntnisse die Zulassung zu entziehen.

Nach Auffassung des Berufsimkerbundes muss Deutschland dem Beispiel der französischen Regierung folgen und alle Pestizide, die eine Gefahr für Bienen darstellen, vom Markt nehmen. Das von der Regierung in Paris beauftragte Comité Scientifique et Technique hatte festgestellt, dass die Saatgutbehandlung mit Gaucho ein signifikantes Risiko für Bienen darstellt. Im Sinne eines vorsorgenden Umwelt- und Verbraucherschutzes müsse die Zulassung des Mittels nun auch in Deutschland neu geprüft werden, forderte der NABU.

Hersteller Bayer weist Schuld von sich

Imidacloprid wird vom Bayer-Konzern hergestellt. In Deutschland wird der Wirkstoff unter den Markennamen Gaucho und Chinook vor allem im Raps-, Zuckerrüben- und Maisanbau eingesetzt. In den vergangenen Jahren starb hierzulande wie auch in Frankreich fast die Hälfte aller Bienenvölker. Auch die Bestände an Wildbienen und weiteren Insektenarten haben sich laut NABU in den letzten Jahren zum Teil erheblich reduziert. Bayer weist die Schuld von sich. Nach Angaben des Konzerns hat eine Studie der französischen Lebensmittelbehörde AFSSA die Vorwürfe gegen Gaucho kürzlich entkräftet. Diese Behauptung hat die AFFSA allerdings zurückgewiesen. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Deutliche Symbole für schädliche Holzschutzmittel

Andreaskreuz und Totenkopf signalisieren gefährliche Stoffe

Seit Juli müssen Holzschutz-, Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmittel, so genannte Biozide, eindeutig mit Warnhinweisen versehen sein. Der Gesetzgeber schreibt seitdem Warnsymbole, Hinweise zu Schutzmaßnahmen sowie zur umweltgerechten Entsorgung vor. Nach Angaben der Verbraucherzentrale NRW können Käufer nun an orange-schwarzen, quadratischen Gefahrensymbolen mit Andreaskreuz oder gar Totenkopf auf dem Etikett erkennen, dass Giftiges und Gesundheitsschädliches in ihre Hände gerät.

Auch ob Anwender Handschuhe oder Schutzbrille tragen sollen, welche Nebenwirkungen möglich seien und wie mit Produktresten und Verpackung umzugehen sei, müsse ab jetzt schwarz auf weiß zu lesen sein. Diese Informationen erleichterten nicht nur die Entscheidung für weniger schädliche Produkte, sondern auch den umwelt- und gesundheitsschützenden, sachgerechten Gebrauch, so die Verbraucherzentrale. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf
Tel. 0211 / 3809-0, Fax -216
www.vz-nrw.de

Neues Pflanzenschutzgesetz soll Transparenz bringen

Umweltverbände wollen Pflicht zur Dokumentation und Veröffentlichung

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) und der BUND haben in einer gemeinsamen Stellungnahme zum aktuellen Entwurf eines neuen Pflanzenschutzgesetzes umfassende Änderungen gefordert. Die Verbände halten vor allem die Schaffung eines gläsernen Pestizideinsatzes in Deutschland und Transparenz bei Pestizidexporten für notwendig. Sie verlangen über die neu formulierte Aufzeichnungspflicht hinaus eine Pflicht zur Datenerfassung und Veröffentlichung. Nur dann sei der gläserne Pestizideinsatz langfristig ökonomisch sinnvoll umzusetzen.

Im Bundesverbraucherministerium werden zur Zeit eine Novelle des Pflanzenschutzgesetzes sowie veränderte Grundsätze für die Durchführung der guten fachlichen Praxis (GFP) erarbeitet. Mit dem Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) von 1986 wurde festgelegt, dass Pestizide nur nach guter fachlicher Praxis angewandt werden dürfen. PAN und BUND loben in ihrer Stellungnahme positive Ansätze, kritisieren aber das Fehlen von konkreten und verbindlichen Kriterien. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN),
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040-3991910-0, Fax -3907520
eMail: presse@pan-germany.org

Stellungnahmen:
www.pan-germany.org/download/PflSchG_04.pdf
www.pan-germany.org/download/GFP_PAN_04.pdf

Lesenswert

Strukturen der Nachfrage nach ökologischen Nahrungsmitteln

Detaillierte Informationen über Produktion, Vermarktung und Konsum von Öko-Produkten sind wichtige Grundlagen für Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter. Bisher gibt es nur Daten über Flächen, Tierbestände und Betriebe der ökologischen Landwirtschaft. Je weiter sich die Vermarktungskette vom Erzeuger weg hin zum Verbraucher bewegt, desto spärlicher werden zuverlässige Informationen. Die Broschüre gibt einen Überblick über die Strukturen der Verbrauchernachfrage nach Öko-Produkten. Produktspezifische Umsatz- und Absatzverteilungen werden nach soziodemografischen Gruppen, Regionen und Einkaufsstätten aufbereitet. Zudem werden das Öko-Siegel und die Einstellungen der Öko-Kunden beleuchtet. Datengrundlage dieser Marktanalyse sind Aufzeichnungen von Haushalten, die jeweils einen Monat lang ein Haushaltsbuch über ihre Einkäufe von Öko-Produkten geführt haben. (mbu)

Strukturen der Nachfrage nach ökologischen Nahrungsmitteln in Deutschland, August 2004, CD-ROM und Buch 72 S., zus. 32,10 Euro, ISBN 3 935898 89 4

Landwirtschaft und Umwelt - ein Spannungsfeld

Seit den 90er-Jahren sind der Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz von Klima, Gewässern und Boden in der Landwirtschaft verstärkt im Blickpunkt des wissenschaftlichen Interesses. So hat das Bundesforschungsministerium einige Forschungsprojekte zu Ökosystemen gefördert. Der Forschungsverbund Agrarökosysteme München (FAM) präsentiert in dem Buch die Ergebnisse seiner Arbeit zu Wasser- und Stoffflüssen, Kohlenstoff- und Stickstoffbilanzen sowie Erkenntnisse zur biologischen Diversität oder Produktionskenngrößen. (mbu)

E. Osinski u.a.: Landwirtschaft und Umwelt - ein Spannungsfeld, vorauss. Oktober 2004, 250 S., 19,90 Euro; ISBN 3 936581 58 4

Bioenergie jetzt wettbewerbsfähiger

EEG-Novelle erschließt das energetische Potenzial der Biomasse

Mit der Änderung des Energie-Einspeisegesetzes wird vor allem für die energetische Nutzung von Biomasse ein erhebliches Ausbaupotenzial erschlossen. Das neue Gesetz über erneuerbare Energien (EEG), das am 1. August 2004 in Kraft getreten ist, erhöht die Vergütungen für Bioenergie und Wasserkraft deutlich und beschränkt im Gegenzug die schon relativ marktnahe Windenergie. Die Vergütungen für die Bioenergie im einzelnen:

- Die Vergütungssätze liegen je nach Anlagengröße zwischen 8,4 und 11,5 Cent/kWh.
- Bei ausschließlichem Einsatz von Pflanzen aus der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau und der Landschaftspflege sowie aus Gülle und landwirtschaftlichen Reststoffen gibt es einen Zuschlag von sechs Cent.
- Bei gleichzeitiger Wärmeerzeugung in einem Blockheizkraftwerk wird ein Zuschlag von zwei Cent gewährt.
- Ebenfalls zwei Cent zusätzlich erhalten Anlagen mit besonders innovativen Technologien, wie Trockenfermentierung.
- Besonders erfreulich ist, dass alle Zulagen auch für Altanlagen gezahlt werden.
- Die jährliche Absenkung der Vergütung bleibt bei einem Prozent.

Auf Grund der Vielfalt des Rohstoffes kommt bei der Biomassenutzung das gesamte Spektrum der Energietechnik zum Einsatz. Vom einfachen Heizofen bis zur Gasturbine, vom Otto- und Dieselmotor bis zur Brennstoffzelle gibt es keine Technologie, die sich nicht auch für biogene Rohstoffe eignet.

Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur (IEA) lag der Anteil der Bioenergie am weltweiten Primärenergieverbrauch zuletzt bei elf Prozent - mit steigender Tendenz. In der EU sind es derzeit gerade einmal 3,5 Prozent. Aus wirtschaftlicher Sicht könnte der Anteil deutlich höher liegen. Denn die Kosten einer Kilowattstunde Strom aus Biomasse liegen in gleicher Höhe wie bei der Erzeugung mittels kleiner Wasserkraft.

Wärme aus Biomasse ist dagegen bereits jetzt wettbewerbsfähig mit den fossilen

Energien. Die Ausbauszenarien der Erneuerbaren Energien sehen derzeit für die Bundesrepublik vor allem die Nutzung von freierwerdenden Ackerflächen für Anbaubiomasse vor - 2,5 Millionen Hektar bis 2030. Auf den Anbau von Energiepflanzen auf ökologisch wertvollen Grünländern kann auch in Zukunft verzichtet werden - die Potenziale reichen auch ohne diese Flächen. Die Novelle des Baugesetzbuches privilegiert jetzt auch die Errichtung von Biomasseanlagen zur Stromgewinnung bis zu einer Größe von 300 Kilowatt im Außenbereich.

Energetische Nutzung Alternative für kostenintensive Landschaftspflege

Die größten Potenziale bieten Durchforstungsholz aus den Wäldern, Biogas aus Gülle, Getreidestroh und Holzabfälle oder Schnittreste aus der Industrie. Aber auch der speziell geförderte Anbau von Energiepflanzen wird zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Gerade für die Landschaftspflege stellt sich die Frage, inwieweit die energetische Nutzung von Biomasse eine Alternative darstellt. Das betrifft insbesondere die für den Naturschutz bedeutsamen Biotoptypen Nieder- und Mittelwald, Hecken und Knicks, Niedermoor und extensives Grünland. Der Erhalt dieser Biotoptypen ist von einer dauerhaften Nutzung und Pflege abhängig, wobei die Bewirtschaftungskosten in der Regel die zu erwirtschaftenden Erträge weit übersteigen. Eine energetische Nutzung der Biomasse könnte zu einer erheblichen Kostenminimierung beitragen - und damit auch die gesellschaftliche und politische Akzeptanz der Landschaftspflege verbessern.

Grenzen durch technische und ökologische Hemmnisse

Dieser auf den ersten Blick verlockenden Aussicht sind jedoch deutliche Grenzen gesetzt. Die Nutzung von Holz aus Mittel- und Niederwaldbewirtschaftung zur energetischen Biomassenutzung ist nur bei großem maschinellem Einsatz rentabel. Plantagenholz scheint wesentlich günstiger nutzbar zu sein - mit den entsprechenden ökologischen Problemen.

Positive Erfahrungen wurden bisher bei der Knick- und Heckenpflege gesammelt. Bei der Schilfnutzung auf degradierten Niedermoorstandorten stehen noch einige technische und ökologische Hemmnisse bei der Verbrennung dieser im Winter ge-

ernteten halmgutartigen Biomasse im Wege. Für Stroh sind derzeit nur Anlagen interessant, die ganze Strohballen zunächst vergasen und dann schadstoffarm verbrennen.

Das größte energetische Potenzial bietet die Nutzung der Grünlandbiomasse. Allerdings gibt es für reine Gasvergärung derzeit noch keine Anlagen, die marktfähig sind. Eine Kofermentation (zum Beispiel mit Gülle) könnte derzeit die beste Alternative darstellen. Sie ist jedoch umso lukrativer, je eher das Gras gemäht wird und je intensiver die Fläche bewirtschaftet wird. Allerdings wird Grasschnitt extensiv bewirtschafteter Flächen nach dem derzeitigen Stand der Technik nur selten und dann in kleinen Mengen zur Anwendung kommen.

Die Fördermaßnahmen aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft und erneuerbare Energien müssen in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden - damit auch für die Landschaftspflege die energetische Nutzung der Biomasse lukrativ wird. ■

Gastautor: Thomas Tennhardt, NABU-Vizepräsident

• Kontakt/Informationen

NABU, Vizepräsident Thomas Tennhardt, Großbeerenstr. 161, 14482 Potsdam
Tel. 030 / 22777373
Fax 0331 / 7409612
eMail: thomas.tennhardt@nabu.de

Strom wird gekennzeichnet, bleibt aber überteuert

Bundeskabinett beschließt Energiewirtschaftsgesetz

Das Bundeskabinett hat Ende Juli die Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Darin wird neben der Einführung einer Regulierungsbehörde für die Strom- und Gasmärkte eine neue Informationspflicht für die Stromversorger vorgeschrieben.

Das bedeutet, dass die Konzerne ihren Kunden mit der Stromrechnung und in Werbematerialien Auskunft darüber geben müssen, wie groß die Anteile von Atomkraft, Kohle oder erneuerbaren Energien wie Wasser- und Windkraft an der Strombeschaffung des jeweiligen Versorgers sind. Während das Öko-Institut diese Informationspflichten begrüßte, kritisierte der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) den Entwurf.

Das neue Gesetz werde nichts daran ändern, dass die deutschen Verbraucher aufgrund fehlenden Wettbewerbs weiterhin mit europäischen Spitzenpreisen beim Strom rechnen müssen, so der vzbv. Die Haushaltskunden zahlen für ihren Strom mit etwa 18 Cent pro Kilowattstunde. Durchschnittlich acht Cent davon entfielen allein auf die Netznutzungsentgelte. Das ist im europäischen Vergleich ein Spitzenwert. Gleichzeitig gingen die Investitionen in die Netze in den letzten beiden Jahren auf nur noch etwa zwei Milliarden Euro oder etwa zehn Prozent der Netzerlöse zurück. Insgesamt würden den Verbrauchern bis zu fünf Milliarden Euro jedes Jahr an Kaufkraft entzogen.

Forderung nach einheitlichem Label

Das Öko-Institut begrüßte hingegen, dass auch die Kohlendioxid-Emissionen und die Produktion von Atommüll auf dem neuen Stromlabel ausgewiesen werden müssen. Damit gehe die Bundesregierung einen wichtigen Schritt über die Mindestanforderungen der europäischen Richtlinie hinaus. In dieser Sache hätte sich das Verbraucher- und Umweltministerium gegenüber den Interessen der großen Stromversorger durchgesetzt.

Zudem müssen die Stromversorger auch bundesweite Durchschnittswerte für den Energiemix und die Umweltdaten angeben. Nach Auffassung des Öko-Instituts sind nun die Stromversorger gefordert,

ein einheitliches Stromlabel zu entwickeln, das den Verbrauchern die geforderten Informationen übersichtlich und leicht verständlich darstellt.

Ab 1. Januar 2005 in Kraft?

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) forderte dagegen eindeutige Wettbewerbsregeln für den Strommarkt. Der Entwurf für das neue Grundgesetz der Energiemärkte enthalte immer noch eine Fülle von vagen Vorgaben. Eine einseitige Ausrichtung auf niedrige Entgelte für die Netznutzung berücksichtige nicht ausreichend die hohe Versorgungssicherheit in Deutschland. Angesichts des massiv geförderten Ausbaus der Windenergie seien außerdem erhebliche Investitionen in die Netze erforderlich. Das werde sich auf die Netznutzungsentgelte auswirken.

Deutschland ist mit der Umsetzung der EU-Richtlinie im Verzug, die bis zum 1. Juli 2004 die Einrichtung einer nationalen Regulierungsbehörde für den Energiemarkt verlangte. Die jetzt im Bundeskabinett beschlossene Novelle des Energiewirtschaftsgesetz muss noch den Bundestag und vor allem den Bundesrat passieren. Die Bundesregierung geht dagegen davon aus, dass das Gesetz zum 1. Januar 2005 in Kraft treten kann. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Öko-Institut Freiburg, Energieexperte
Christof Timpe, Binzengrün 34a,
79114 Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 4529525, Fax 475437
eMail: c.timpe@oeko.de
www.oeko.de

Verbraucherzentrale Bundesverband,
Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -218
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

AKW Grundremmingen: Keine Gefahr für Bevölkerung?

Ulmer Ärzteinitiative zweifelt an Harmlosigkeit von Generatorschaden

Mitte August haben die Betreiber des AKW Grundremmingen bei Ulm mitgeteilt, dass Block C seit dem 5. August still steht. Ein Schaden am Generator erfordere einen Austausch des Bauteils. Eine Gefahr für Personal und für die Bevölkerung habe zu keinem Zeitpunkt bestanden. Die Ulmer Ärzteinitiative, eine Regionalgruppe der IPPNW, bezweifelt dies. Ein defekter Generator könne nach ihrer Meinung die Turbine zerstören und damit zum Austreten riesiger Mengen radioaktiven Dampfes führen.

"Wenn sich nach Aussage der Pressesprecherin des AKW der Schaden in der AKW-Maschinenhalle 'nur' im konventionellen und nicht-radioaktiven Bereich abspielte, warum stehen und kreisen seit der Havarie für alle Anwohner unüberhörbar tagelang Hubschrauber um und über dem Kraftwerksgelände?" fragte die Ärzteinitiative. Hubschrauberflüge mit solchen Flugbewegungen machten nur Sinn, wenn in Kraftwerksnähe radioaktive Sondermessungen gemacht werden müssen. "Wenn durch die Havarie des Generators nicht auch eine Havarie der radioaktiven Turbine drohte und zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für Personal und Bevölkerung bestanden habe, warum wurde am 5. August 'Räumungsalarm' gegeben und mussten alle Werkmitarbeiter die Anlage verlassen?"

Die Ärzteinitiative forderte AKW-Betreiber und Aufsichtsbehörden auf, alle Fakten der Grundremminger Havarie offen zu legen. Jetzt sei Gelegenheit, der früher gemachten Versicherung nachzukommen, in Grundremmingen werde bei der Information der Bevölkerung "ein gläsernes AKW" betrieben. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Ulmer Ärzteinitiative, Reinhold Thiel,
Tel. 06221 / 75-8877, Fax -9967
eMail: kontakt@ipnwn.de
www.ipnwn.de

IPPNW: Plutonium-Entsorgung aus Hanau nicht sicher

IPPNW kritisiert Bundesamt für Strahlenschutz

Das atomkritische Ärztenetzwerk IPPNW hat den Mitte Juni vom Bundesamt für Strahlenschutz bekannt gegebenen Export des Hanauer Plutoniums in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague (Frankreich) kritisiert. Die Gefahr der Weiterverbreitung von atomwaffenfähigem Plutonium werde dadurch erleichtert. Statt das Plutonium direkt endlagerfähig zu machen und so aus dem Verkehr zu ziehen, werde es in der Wiederaufarbeitung jahrelang für den Atombombenbau verfügbar bleiben.

Die Plutoniumbestände, die in Hanau (Hessen) lagern, müssen nach Ansicht des IPPNW endlagerfertig gemacht werden. Die stattdessen vereinbarte Wiederaufarbeitung des Plutoniums zum erneuten Einsatz in Atomkraftwerken sei dagegen "absolut unverantwortlich", weil der Einsatz plutoniumhaltiger Brennstäbe die Anlagen erheblich störanfälliger mache, sagte Henrik Paulitz, Atomenergieexperte der IPPNW.

Der Verein kritisierte, dass nach dem gescheiterten Export der Hanauer Brennelementefabrik die rot-grüne Bundesregierung "erneut atompolitische Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung" treffe. Deutschland brauche dringend eine Demokratisierung von atompolitischen Entscheidungen. Dies betreffe auch die Stellung des Euratom-Vertrages zur Europäischen Verfassung. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

IPPNW, Atomenergie-Experte Henrik Paulitz, Körtestr. 10, 10967 Berlin
Tel. 06221 / 75-8877, Fax -9967
eMail: paulitz@ipnwn.de
www.ipnwn.de

Bürgerbeteiligung bei Suche nach Atom-Endlager

Kosten für Auswahlverfahren sollen die Betreiber tragen

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat Ende Juli mitgeteilt, dass er noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Suche von möglichen Standorten für ein Atommüll-Endlager vorlegen werde. Darin werde er Vorschläge zu einem transparenten Auswahlverfahren mit breiter Bürgerbeteiligung machen und auf die Frage eingehen, wer die Kosten tragen müsse. Es solle wie überall in der Abfallwirtschaft das Verursacherprinzip gelten, sagte Trittin dem "Spiegel".

Der Minister hatte bereits zuvor betont, Auswahlverfahren, Erkundung, Errichtung, Betrieb und Stilllegung des Endlagers müssten von den Betreibern der heutigen Atomkraftwerke bezahlt werden. Rot-Grün hatte 1998 das Entsorgungskonzept der Vorgängerregierung verworfen und sich auf die Lagerung von radioaktivem Müll in einem einzigen Endlager festgelegt. Dabei soll laut Atomkonsens keine Vorfestlegung auf Standorte erfolgen, sondern ganz Deutschland einbezogen werden.

NABU: Standortsuche zügig gesetzlich verankern

Der Naturschutzbund forderte die Bundesregierung auf, dieses Standortsuchverfahren unverzüglich einzuleiten und das neue Verfahren zügig gesetzlich zu verankern. Selbstverständlich müssten die Abfallverursacher für die Kosten aufkommen, so der NABU. Für solche Zwecke hätten die Atomkonzerne milliardenschwere Rückstellungen gebildet, aus denen das Suchverfahren problemlos finanziert werden könne. Es erscheine rätselhaft, warum der Bundesrechnungshof zwar die Kosten für das Suchverfahren kritisiere, aber nicht die Milliardensummen, die dem Staat durch die Steuerbefreiung der Rückstellungen schon entgangen seien, während die Konzerne damit Geschäfte machten, so ein NABU-Sprecher. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

NABU, Energiereferent Frank Musiol,
Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-164, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Lesenswert

Erdwärme: Basisinformationen

99 Prozent der Masse der Erde sind heißer als 1000 Grad und nur 0,1 Prozent kälter als 100 Grad. Dieses Energiepotenzial für Wärme und Strom zu nutzen ist Ziel der Geothermie. Das BasisEnergie-Info "Geothermie" führt in die naturwissenschaftlichen Grundlagen ein und stellt die technischen Verfahren vor. In Deutschland ist die Nutzung der Geothermie mit drei Verfahren möglich. Erdgekoppelte Wärmepumpen und tiefe Erdsonden nutzen die Erdwärme bis in einige hundert Meter Tiefe. Die hydrothermale Geothermie nutzt im Gestein enthaltene Thermalwasservorkommen. Das Hot-Dry-Rock-Verfahren erschließt die Wärme des tiefen, kristallinen Gesteins und der dort vorkommenden Heißwasser. Die Broschüre stellt die Prinzipien aller drei Verfahren vor. Grafische Darstellungen sollen den Einstieg ins Thema erleichtern. Die "basisEnergie"-Reihe ist für Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie zur Vermittlung von Grundwissen im Rahmen der Energieberatung geeignet. (vl)

BINE Informationsdienst: basisEnergie-Info Geothermie, 4 S., kostenlos; Bezug: BINE Informationsdienst, Mechenstr. 57, 53129 Bonn, Tel. 0228 / 92379-26, Fax -29, eMail: bine@fiz-karlsruhe.de, Download: www.bine.info

Sonnenstrom auch ohne eigenes Dach

Seit Jahresanfang werden nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 45,7 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde Solarstrom gezahlt. Dadurch haben auch immer mehr Bürger/innen ohne eigenes Dach Interesse sich an einem Photovoltaik-Projekt zu beteiligen. Wie sich Bürger-Solarstromanlagen realisieren lassen, zeigt dieses Handbuch. Das Heft richtet sich in erster Linie an die Koordinatoren solcher Projekte und beschreibt sechs Grundschritte auf dem Weg zu einer Solaranlage in Bürgerhand. Das Buch erklärt, nach welchen Kriterien Dächer auszusuchen sind, nennt Wege, wie lokale Gruppen in das Projekt einbezogen werden können, wie es in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden kann, wie die richtige Fachfirma zu finden ist, wie Investoren ins Boot geholt werden und was bei der Installation zu bedenken ist. Darüber hinaus enthält das Handbuch verschiedene Musterverträge und -texte, etwa einen

Muster-Dachnutzungs- und Dienstleistungsvertrag oder einen Muster-Ausschreibungstext. Doch auch wenn neue Initiativen dank des Buches viele Stunden mühsamer Projektarbeit einsparen können, machen die Autoren klar: Ohne Zeit und Engagement, technisches und kaufmännisches Verständnis, Marketingfähigkeiten, gute Beziehungen zur lokalen Presse und Kenntnis in Rechtsgrundlagen, namentlich des EEG, geht es nicht. (mb)

Solarenergie Informations- und Demonstrationszentrum - Solid (Hrsg.): Handbuch Bürger-Solarstromanlagen - Konzepte, Verträge, Solare Zukunft, 2004, 40,- Euro, ISBN 3-933634-10-5

Neues Internetportal: Erfahrungen in nachhaltiger Energienutzung

Bürger/innen, Unternehmen und Verwaltungen können sich mit dem neuen, vom Umweltbundesamt eingerichteten Internetportal "Energy Germany" schnell und effektiv über die in Deutschland gesammelten Erfahrungen informieren und so von dem umfangreichen Wissen auf dem Gebiet der nachhaltigen Energienutzung profitieren. Die Internetseiten in deutscher und englischer Sprache sollen auch Interessierte aus Ländern ansprechen, die sich im Bereich Energie und Umwelt weiterentwickeln möchten. (vl)

www.energy-germany.de



Geheimhaltung von Gentech-Feldern soll beendet werden

Greenpeace klagt gegen Magdeburger Landesregierung

Zur Offenlegung geheim gehaltener Genmais-Felder in Sachsen-Anhalt hat Greenpeace Ende Juli eine Klage gegen die Landesregierung beim Verwaltungsgericht Magdeburg eingereicht. Die Umweltorganisation will Akteneinsicht erhalten und damit die Genmais-Standorte im Land öffentlich machen. Die Verheimlichung der umstrittenen Gentechnik-Felder schädige Landwirte und Imker und verstoße gegen das geplante neue Gentechnikgesetz sowie geltendes EU-Recht, so die Kritik. Nach dem geplanten Gentechnikgesetz müssen Gen-Pflanzen mindestens drei Monate vor der Freisetzung in einem öffentlichen Kataster registriert werden. Bauern und Imker sollen sich mit dieser Regelung besser gegen eine Verunreinigung ihrer Ernte schützen können.

Ursprünglich sollte der Anbau des so genannten Bt-Mais auf rund 1.000 Hektar in Sachsen-Anhalt erfolgen. Die Landesregierung hatte für den Anbau von Gen-Pflanzen geworben und angeboten, 80 Prozent möglicher Kontaminations-Schäden an Gentechnik-freien Nachbarflächen zu übernehmen. Da dennoch nur wenige Landwirte die Gen-Saat anpflanzen wollten, reduzierte sich das Projekt auf sechs Flächen mit 60 Hektar. Die Firma Inno-planta habe bisher nur Landwirte und Imker in der direkten Nachbarschaft über die Lage der Gen-Felder informiert, kritisierte Greenpeace.

Honig und Getreideernte schützen

Bereits im Mai hatte Greenpeace offiziell Auskunft über die Standorte der Gen-Felder von der Landesregierung verlangt. Zudem wurden über das Magdeburger Greenpeace-Büro Maisproben aus ganz Deutschland auf Gentechnik untersucht. Die bisher eingereichten Proben hätten jedoch keine Rückschlüsse auf geheim gehaltene Gen-Felder in Sachsen-Anhalt zugelassen, so Greenpeace. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Unternehmen lehnen Haftung für Gentechnik-Schäden ab

Versicherer und Saatguthersteller wollen kein Risiko eingehen

Nach Medienberichten sind deutsche Saatgutfirmen nicht bereit, für mögliche Schäden durch gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu haften. Nachdem sich auch die deutschen Versicherer weigerten, Landwirte mit Gentech-Anbau zu versichern, steht die grüne Gentechnik in Deutschland möglicherweise vor dem Aus. Aus Angst vor unvorhersehbaren Schäden, die durch eine Verunreinigung konventioneller oder ökologischer Ernten durch Gentechnik-Pflanzen entstehen könnten, hatte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft einen Versicherungsschutz für Gen-Bauern abgelehnt.

Aus für Agro-Gentechnik in Deutschland?

Der Deutsche Bauernverband hatte daraufhin gefordert, dass die Hersteller von Gentech-Saatgut die Verantwortung für mögliche Schäden übernehmen und Landwirte von der Haftung freistellen. Da sich die Auskreuzung jedoch nicht vermeiden lässt, wollen die Saatguthersteller kein Risiko eingehen. Angesichts der strengen Haftungsregelungen werde in Deutschland wohl niemand Gentechnik-Pflanzen anbauen, hieß es bei einem Produzenten.

Deutsche Entscheidung mit weltweiter Signalwirkung

Die internationale gentechnikkritische Organisation GMWatch geht davon aus, dass die Entscheidung der deutschen Versicherer und Saatguthersteller eine Signalwirkung für andere Staaten in Europa, in den USA und in Afrika haben könnte. Das Risiko von Gentechnik sei ökonomisch greifbar geworden. (du, mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 68-57073, Fax -41183
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Bundesumweltministerium nennt Schwerpunkte bis 2006

Energie/Klima, Atom-Endlager, FFH, Hochwasser, Lärm, Abfall, Chemie

Nach der Erneuerbare-Energien-Konferenz "renewables 2004" Ende Mai in Bonn stehen jetzt die Realisierung des verabschiedeten Internationalen Aktionsprogramms und der Aufbau eines globalen Netzwerks auf dem Programm des Bundesumweltministeriums (BMU). Dies teilten BMU-Vertreter im Juni bei einem Gespräch mit dem DNR mit. Weitere Schwerpunkte für das Ministerium in den nächsten zwei Jahren sind der Klimaschutz mit Emissionshandel, das Auswahlverfahren für atomare Endlager, im Naturschutz weitere FFH-Gebietsmeldungen, der Hochwasserschutz, die Abfall- und Chemiepoltik sowie die Umgebungslärm-Richtlinie.

Zum atomaren Endlager gibt es noch keine abgestimmte Haltung innerhalb der Bundesregierung, jedoch ein Eckpunktepapier des BMU. Ein zustimmungsfreier Gesetzentwurf wird angestrebt. Zum Fluglärmgesetz findet am 13. und 14. September eine Anhörung in Berlin statt. Angesichts der erwarteten großen Expansion im Flugverkehr droht für manche Standorte fast eine Verdoppelung des bisherigen Flugaufkommens mit erheblichen Lärm- und Gesundheitsbelastungen. (hr, mb) ■

• **Kontakt/Informationen**

BMU, Abteilungsleiter Rainer Hinrichs-Rahlwes und Dr. Uwe Lahl, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2100 Fax -2102
eMail: rainer.hinrichs@bmu.bund.de
www.bmu.de

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Umweltberater: Hartz IV führt zu Qualitätsverlust

Bundesverband sieht präventiven Umweltschutz gefährdet

Dem Bundesverband für Umweltberatung (bfub) zufolge haben sich viele Kommunen in den vergangenen Jahren aufgrund der Finanzsituation aus der Umweltberatung zurückgezogen. Gerade studierte Umweltberater seien wegen Hartz IV nun nicht nur von der Streichung der Studienzeiten als Rentenanwartschaftszeiten betroffen, sie müssen in Zukunft auch noch ihre individuellen Vorsorgeversicherungen auflösen. Dies bedeute eine Disqualifizierung für die Branche.

Zudem seien befristete Stellen gestrichen und die Aufgaben zum Teil an Vereine in freier Trägerschaft übertragen worden, die nur durch Projektförderung und Mittel der Arbeitsförderung finanziert werden könnten. Viele Umweltberater seien daher darauf angewiesen, in befristeten Projekten zu arbeiten, in denen sie immer das Risiko der Arbeitslosigkeit tragen, wenn es keine Verlängerung des Projektes oder kein Anschlussprojekt gibt. (ab) ■

• **Kontakt/Informationen**

Bundesverband für Umweltberatung (bfub), Bornstr. 12, 28195 Bremen
Tel. 0421 / 34-3400; Fax -78714
eMail: bfubev@t-online.de
www.umweltberatung.org

Nachhaltigkeit: Roter Faden oder blinder Fleck?

Workshop: Umweltverbände diskutierten Fortschrittsbericht

Ende Mai legte die Bundesregierung ihren Entwurf des Fortschrittsberichts zur Nachhaltigkeitsstrategie vor. Damit zog sie zum ersten Mal darüber Bilanz, inwieweit eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland seit der Verabschiedung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 umgesetzt wurde. Da die Bundesregierung diesen Entwurf mit der Zivilgesellschaft diskutieren möchte, bevor sie ihn nach einer Überarbeitungsphase im Oktober im Kabinett verabschieden will, luden DNR, BUND und NABU Mitte Juni zu einem Workshop zum Fortschrittsbericht ein. "Kritische Positionen und Perspektiven" sollten vorgestellt und diskutiert werden.

Mehr als 100 Teilnehmer/innen diskutierten kritische Fragen wie: Stellt die Nachhaltigkeitsstrategie tatsächlich einen roten Faden für die Politik der Regierung dar? Welche weiteren Maßnahmen sind notwendig, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben? Angesichts der politischen Entscheidungen der letzten zwei Jahre - Bundesverkehrswegeplan, Emissionshandel, Agrarwende, Lkw-Maut - orientiere sich die Tagespolitik nur selten an Nachhaltigkeitsaspekten, sagte der politische NABU-Geschäftsführer Leif Miller. Dr. Urban Rid, Leiter der Gruppe Nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt, betonte die Erfolge bei den Erneuerbaren Energien und in der Landwirtschaft. Mit der Einführung der Flächenprämie sei in der Agrarpolitik ein Richtungswechsel erreicht worden.

Bundesregierung will nicht über Lebensstile diskutieren

Da die Bundesregierung bereits im vorliegenden Fortschrittsbericht festgelegt hat, Biologische Vielfalt und Nachhaltige Finanzpolitik bis 2006 zu Schwerpunktthemen zu entwickeln, widmeten sich die Workshopteilnehmer/innen diesen Themen auch in zwei Arbeitsgruppen. Die Umweltverbände forderten außerdem, in die Nachhaltigkeitsstrategie ein eigenes Kapitel zu Lebensstilen und nachhaltigem Konsum aufzunehmen - auch das wurde in einer Arbeitsgruppe vertieft. Allen drei Themen ist gemeinsam, dass sie als Querschnittsthemen in die Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden sollen. Vor allem das Thema Lebensstile führt immer

wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Umweltverbänden: während die Verbände die Bundesregierung auffordern, eine Diskussion über Ethik und Werte anzustoßen, sieht die Regierung dies nicht als ihre Aufgabe an.

Um eine nachhaltige Entwicklung voran zu bringen, sind in vielen Bereichen auch politische Veränderungen auf Landesebene notwendig, z.B. bei Naturschutz, Verkehrspolitik und Bildung. Deshalb widmeten sich in einer Podiumsdiskussion Dr. Brigitte Dahlbender, BUND-Landesvorsitzende Baden-Württemberg; Uli Heintz, NABU-Landesvorsitzender Saarland, Cordula Vieth vom Bund-Länder-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung und Helge Jörgens vom Umwelt-Sachverständigenrat der Frage, ob die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie auch eine Strategie für Bundesländer und Kommunen sei. Einig war man sich darüber, dass auch die Länderebene oft an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie vorbei gehe und die Bundesregierung eine aktive Kommunikation mit den Ländern z.B. unter Beteiligung der Ministerpräsidenten führen sollte. Nur wenn die Vermittlung von gemeinsamen Eckpunkten und Zielen gelinge, könnten Bund und Länder in Sachen Nachhaltigkeit an einem Strang ziehen.

Permanenter Nachhaltigkeitscheck für politische Maßnahmen gefordert

Der Workshop endete mit der Frage, was geschehen muss, um der Nachhaltigkeitsstrategie zu mehr Bedeutung in der Regierungspolitik zu verhelfen. Astrid Klug, MdB und Mitglied des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, und die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt forderten einen "permanenten Nachhaltigkeits-Check" für alle politischen Vorhaben. Nach Ansicht von Barbara Unmüßig vom Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung muss eine derartige Überprüfung in der Verantwortung des Green Cabinet¹ und des Parlamentarischen Beirates liegen. Cornelia Quennet-Thielen vom Bundesumweltministerium hält einen solchen Check dagegen für schwer durchsetzbar und plädierte stattdessen für Ressortstrategien.

¹ Green Cabinet: Ressortübergreifender Staatssekretärsausschuss, der die Politik der Ressorts Umwelt, Bildung/Forschung, Entwicklungshilfe, Wirtschaft, Verkehr/Bau sowie Außenministerium und Kanzleramt auf das Ziel Nachhaltigkeit hin koordinieren soll

Der Workshop lieferte den Veranstaltern wichtige Anregungen, die in eine gemeinsame Stellungnahme zum Fortschrittsbericht aufgenommen wurden (Siehe nachfolgender Beitrag).

Im Rahmen des Projekts "Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaftliche Partizipation" wollen DNR, BUND und NABU die Überarbeitung des Fortschrittsberichts und die Weiterentwicklung der Schwerpunktthemen Artenvielfalt und Finanzpolitik weiter kritisch begleiten. Eine Dokumentation des Workshops wird derzeit erarbeitet und ist demnächst beim DNR erhältlich. ■

Autorin: Annette Littmeier, DNR Berlin

• Kontakt/Informationen

DNR/BUND/NABU, Projekt "Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaftliche Partizipation"

www.nachhaltigkeits-check.de

DNR, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de

BUND, Christine Wenzl, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-462, Fax -440
eMail: christine.wenzl@bund.net

NABU, Evelyn Faust, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-11, Fax -85
eMail: evelyn.faust@nabu.de

Position der Umweltverbände zum Fortschrittsbericht

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Kritik an erster Regierungs-Bilanz

DNR, BUND und NABU haben es begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Fortschrittsbericht zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erstmalig ihre Politik unter Nachhaltigkeitsaspekten bilanziert. Die Verbände sahen aber sowohl für den Fortschrittsbericht als auch für die Nachhaltigkeitsstrategie selbst erheblichen Verbesserungsbedarf, unter anderem weil darin die Regierungspolitik zu stark auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet sei.

Ihre Position haben die Umweltverbände im Rahmen des gemeinsamen Projektes "Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaftliche Partizipation" in einer Stellungnahme dargestellt:

Stellungnahme von DNR, BUND und NABU: Umsetzungsperspektive fehlt

In der Bilanzierung der Ziele und der Haupthandlungsfelder Energie/Klima, Mobilität, Landwirtschaft und Globale Verantwortung fehlt eine Zukunftsperspektive: Die Bundesregierung hat es an vielen Stellen versäumt, Schritte für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu benennen. So bleibt unbeantwortet, wie die Regierung den Anteil des ökologischen Landbaus von derzeit 4 auf 20 Prozent im Jahr 2010 erhöhen will. Oder mit welchen Schritten sie die Verringerung der Flächeninanspruchnahme von 105 auf 30 Hektar umsetzen will, wenn sie selbst den Rückgang in den letzten Jahren auf die schwache Konjunktur zurückführt. Auch einen Rückgang der Transportintensität im Güter- und Personenverkehr führt die Regierung auf die stagnierende Wirtschaftsleistung zurück - ein zielorientiertes Konzept für eine nachhaltige Mobilität und eine weitere Senkung der Transportintensität fehlt. Außerdem sind die neuen Schwerpunktthemen "Alternative Antriebsstoffe" und "Energieversorgung/Erneuerbare Energien" zu wenig mit den Haupthandlungsfeldern verknüpft.

Themenfelder werden weitgehend isoliert betrachtet

Insgesamt werden nach wie vor die Interdependenzen zwischen beispielsweise Mobilität, Klima, Energieverbrauch, Flächeninanspruchnahme, Biodiversität, Landwirtschaft nicht deutlich genug the-

matisiert - dementsprechend sektoral bleiben die Handlungsvorschläge.

Positiv zu bewerten ist, dass für den Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch mit 20 Prozent bis 2020 ein Ziel über das Jahr 2010 hinaus neu festgelegt wurde. Im gleichen Atemzug hat die Regierung allerdings das ehrgeizige Klimaschutzziel einer 25-prozentigen CO₂-Reduktion bis 2005 sang- und klanglos fallen gelassen und die zu erwartende Verfehlung dieses Ziels in keiner Weise thematisiert.

Enttäuschende Aussagen zu Bildung und globaler Armutsbekämpfung

Der Aufforderung, einen neuen Bildungsindikator zu entwickeln, ist die Bundesregierung nicht nachgekommen. Der bisherige Indikator ist rein quantitativ und bezieht sich auf die Quoten der 25-Jährigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. Berufsausbildung und auf die Studienanfängerquote. Damit werden wesentliche Bildungsbereiche wie frühkindliche Förderung und Schulbildung vollkommen ausgeblendet. Ihre ursprüngliche Absicht, Bildung zu einem Schwerpunktthema zu machen, hat die Bundesregierung fallen gelassen, obwohl die Bildungsreform derzeit eines ihrer wichtigsten Vorhaben ist und 2005 die Unesco-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" beginnt.

Weiterhin fehlt eine Bilanz der Regierungspolitik zum UN-Aktionsprogramm 2015, das der Armutsbekämpfung dient und ein wichtiger Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie ist. Das Kapitel "Global Verantwortung übernehmen" ist insgesamt überarbeitungsbedürftig, da der Fortschrittsbericht sich hier zu sehr auf einzelne Bereiche und Maßnahmen beschränkt - eine zusammenhängende Strategie ist weder auf europäischer noch auf globaler Ebene erkennbar.

Unterbelichtet: Lebensstil, Konsum, Geschlechtergerechtigkeit

Die Bundesregierung hat die Forderung der Umweltverbände und des Nachhaltigkeitsrates, ein Kapitel zu zukunftsfähigen Lebensstilen und Konsum aufzunehmen, nicht aufgegriffen. Die Integration des Themas in die einzelnen Kapitel wurde im Fortschrittsbericht an einigen Stellen vorgenommen, ist aber nicht ausreichend und muss daher konsequent weiter verfolgt werden. Die Bundesregierung ist ihrer im Amsterdamer Vertrag festgelegten

Verpflichtung, ein Gender Mainstreaming² für alle politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse durchzuführen, im Fortschrittsbericht nicht nachgekommen. Dies ist dringend nachzuholen.

Konsultationsprozess geht weiter, DNR-Mitgliedsverbände sind gefragt

► Die Verbände haben diese Stellungnahme an das bei der Nachhaltigkeitsstrategie federführende Bundeskanzleramt überreicht und im Rahmen von Konsultationsgesprächen zu den vier Haupthandlungsfeldern Stellung genommen. Ausführliche Stellungnahmen zu einzelnen Themen werden bis Ende August erarbeitet und ebenfalls in den Konsultationsprozess eingebracht. Die Mitgliedsverbände des DNR sind aufgefordert, ihre Anregungen an die Projektstelle weiterzuleiten oder sich per Post oder im Internet (www.dialog-nachhaltigkeit.de) direkt am Konsultationsprozess des Kanzleramts zu beteiligen. ■

Autorin: Annette Littmeier, DNR Berlin

Siehe auch vorhergehender Beitrag.

• Kontakt/Informationen

DNR/BUND/NABU, Projekt "Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaftliche Partizipation"
www.nachhaltigkeits-check.de

DNR, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de

BUND, Christine Wenzl, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-462, Fax -440
eMail: christine.wenzl@bund.net

NABU, Evelyn Faust, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-11, Fax -85
eMail: evelyn.faust@nabu.de

www.dialog-nachhaltigkeit.de

² Gender Mainstreaming: Einbindung von Chancengleichheit für Männer und Frauen in alle politischen Konzepte und Maßnahmen (EU-Definition)

"Zukunftsfähige Kommunen" ausgezeichnet

Ehrung für vorbildliche nachhaltige Kommunalentwicklung

Die Sieger des Wettbewerbs "Zukunftsfähige Kommune" stehen fest. Freiburg im Breisgau, Mönkebude am Stettiner Haff, Riedstadt sowie Weissach im Tal sind von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) für beispielhafte Aktivitäten im Sinne der Agenda 21 ausgezeichnet worden. Die Kommunen haben nach Auffassung der Projektleitung bewiesen, dass eine nachhaltige Kommunalentwicklung machbar ist. Die Strategien, Maßnahmen und Projekte der Preisträger sollen nun anderen Kommunen als Orientierung und Motivation dienen. Rund 170 Städte und Gemeinden haben am Wettbewerb teilgenommen.

Die Vergleichskriterien waren

- Wohlbefinden
- Soziale Gerechtigkeit
- Umweltqualität und Ressourceneffizienz
- Wirtschaftliche Effizienz

Unter anderem wurden der Trinkwasserverbrauch, Ausbildungschancen und kommunale Ausgaben im sozialen Bereich gemessen. Zudem wurde ermittelt, was im Laufe des lokalen Agenda-21-Prozesses erreicht wurde. Eine Jury wählte die Sieger in den vier Teilnehmerklassen bis 5.000, bis 15.000, bis 100.000 und über 100.000 Einwohner aus. Die DUH führte den Wettbewerb in Kooperation mit dem Ecolog-Institut, AgendaTransfer und der GP-Forschungsgruppe durch. Gefördert wurde das dreijährige Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Dorf in Vorpommern setzt Zeichen: Leitbild der Ortsentwicklung

In der Teilnehmerklasse der Dörfer bis 5.000 Einwohner erreichte die Gemeinde Mönkebude nahe der polnischen Grenze Platz eins. Entscheidend für die Wahl der Jury waren Stärken in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz und die Qualität des lokalen Agenda-21-Prozesses. Bürger, Interessengruppen und Verwaltung erarbeiteten ein Leitbild der Ortsentwicklung als Richtschnur der künftigen Gemeinderatsbeschlüsse. Mönkebude gilt als Beispiel dafür, dass sich das Ziel Zukunftsfähigkeit auch in Gemeinden der neuen Bundesländer verwirklichen lässt.

Vorausschauendes Handeln gehört in Kleinstadt zum Alltag

Weissach im Tal (Baden-Württemberg) ist Siegerin der Teilnehmerklasse der Kleinstädte bis 15.000 Einwohner. Die Gemeinde bewies die größten Stärken bei sozialer Gerechtigkeit, Umweltqualität und wirtschaftlicher Effizienz, so die Jury. In dem Ort sei das gemeinsame Angehen von Problemen und das vorausschauende nachhaltige Handeln zum Alltag geworden. Von 1998 bis 1999 haben Bürger, Interessengruppen, Politik und Verwaltung einen Maßnahmenkatalog mit 110 Vorschlägen erarbeitet. Dieser wird nun Schritt für Schritt umgesetzt.

Stadt mit Perspektivenausschuss für langfristige Planungen

Riedstadt in Hessen hat in der Teilnehmerklasse bis 100.000 Einwohner gewonnen. Ihre Stärken liegen in den Bereichen Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit. Die Jury hob die Ergebnisse des seit 1996 laufenden lokalen Agenda-21-Prozesses hervor. Bürger, Interessengruppen und Verwaltung haben gemeinsam Leitlinien und ein Handlungsprogramm erarbeitet. Die Fortschritte der nachhaltigen Gemeindeentwicklung werden regelmäßig überprüft. Ein Perspektivenausschuss befasst sich mit den langfristigen kommunalen Planungen.

Starke Öko-Metropole: Umfassende Bürgerbeteiligung bei neuem FNP

Freiburg im Breisgau errang den ersten Platz unter den Großstädten über 100.000 Einwohner. Die Stadt hat auf allen Gebieten gut abgeschnitten und war vor allem im Umweltschutz Spitze. Der umfassende Bürgerbeteiligungsprozess bei der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan spielte bei der Auswahl eine entscheidende Rolle. Vertreter von Bürgervereinen und Lokaler Agenda 21 haben hierzu mit der Stadt ein Konzept entwickelt, das die Bürger/innen weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus an der Erstellung des Flächennutzungsplans beteiligt. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Bildung für Nachhaltigkeit: Nationalkomitee berufen

UN-Dekade ab 2005 soll "Bildung für nachhaltige Entwicklung" stärken

Die deutsche Unesco-Kommission hat ein Nationalkomitee einberufen, das die Dekade der Vereinten Nationen "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ab 2005 begleiten soll. Zu dem Gremium gehören Expert/innen aus Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, Vertreter/innen des Bundestages, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz sowie weitere Persönlichkeiten, die sich für Nachhaltigkeit engagieren. Hauptaufgabe des Nationalkomitees ist es, einen Aktionsplan für die kommenden 10 Jahre zu entwickeln und eine "Allianz Nachhaltigkeit lernen" zu schmieden.

DNR-Bildungsexperte Klaus Hübner will Elementarbildung stärken

Mit Klaus Hübner vom Landesbund für Vogelschutz (LBV) wurde ein Experte in dieses Gremium berufen, der seit über 20 Jahren Umweltbildung in und außerhalb der Schule betreibt und Bildung zu einem Schwerpunkt der Arbeit des LBV gemacht hat. Hübner, der auch Mitglied des DNR-Präsidiums ist, koordiniert die Arbeit der Umweltbildungsstationen des Verbandes, die vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung ein breites Angebot haben.

Hübner will sich vor allem für die Stärkung der Elementarbildung engagieren. Der Zeitraum von 0 bis 6 stelle entscheidende Weichen für das spätere Leben, sagte der Umweltbildungsexperte. "Ob motorische, emotionale, soziale oder kommunikative Kompetenzen - gerade die Zeit im Kindergarten birgt vielfältige Möglichkeiten, diese zu fördern." Hübner will sich auch dafür einsetzen, die Bedeutung der elementaren Bildung in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung festzuschreiben, und das Thema im Unesco-Exekutivrat sowie in der UN-Generalversammlung, die im Oktober das endgültige Programm der Weltdekade beschließt, einbringen. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Klaus Hübner, Eisvogelweg 1, 91161 Hilpoltstein
Tel. 09174 / 4775-0, Fax -75
eMail: k-huebner@lbv.de

UBA: Subventionierung des Flächenverbrauchs stoppen

Zersiedelung und Landflucht sozial, ökologisch und finanziell untragbar

Die staatlichen Förderungen, die die Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr begünstigen, müssen grundlegend reformiert werden. Das forderte das Umweltbundesamt (UBA). Gemeint sind vor allem die Eigenheimzulage und die derzeitige Grunderwerbssteuer. Der seit Jahren konstant hohe Flächenverbrauch fresse nicht nur wertvolle natürliche Lebensräume auf, er werde auch immer mehr zu einem finanziellen und sozialen Risiko für Bund, Städte und Gemeinden, so die Begründung des UBA.

105 Hektar Fläche werden täglich in Deutschland neu für Siedlungen und Verkehr genutzt - vor allem im Grünen. Permanent würden neue Gewerbe- und Siedlungsgebiete erschlossen, die nicht unbedingt gebraucht würden, kritisierte das Umweltbundesamt. Menschen und Gewerbe wanderten aus den Innenstädten ab, die Fixkosten für die Infrastruktur, z.B. die Wasserversorgung, blieben aber gleich. Die Gebühren müssten von immer weniger Menschen aufgebracht werden. Das UBA befürchtet, dass in den Innenstädten zunehmend Problemquartiere entstehen, weil eher sozial Schwache zurückbleiben.

Erwerb von Bestandsbauten in Innenstädten erleichtern

Die Attraktivität der Zentren lasse sich jedoch durch vielfältige Maßnahmen verbessern. Dazu gehören aus Sicht des UBA eine Reform der Grunderwerbsteuer mit dem Ziel, den Immobilienhandel im Gebäudebestand zu entlasten und den Handel mit neuem Bauland sowie die Neuversiegelung von Boden zu verteuern.

Die Eigenheimzulage und sonstige Subventionen des Bundes auf dem Wohnungsmarkt müssten auf den Prüfstand. Die Förderung von Neubauten - außer für Behinderte - solle gestoppt werden. Um die Minderung des Flächenverbrauchs zu erreichen, die in der Nachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben ist, muss nach Auffassung des UBA bis 2020 die in Anspruch genommene Fläche auf 30 Hektar am Tag verringert werden. (mbu) ■

Siehe auch den folgenden Beitrag.

• Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Zentraler Antwortdienst (ZAD), PF 33 00 22, 14191 Berlin
Fax 030 / 8903-2912
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Lesenswert

Modernisierung in der Stadt statt Neubau auf grüner Wiese

Bei einer deutlichen Umorientierung zu Gunsten von Modernisierung und Sanierung ließen sich ohne Komfortverlust der Flächenverbrauch um 85 Prozent, der Rohstoffverbrauch um ein Drittel und die Kohlendioxid-Emissionen um die Hälfte senken. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland", die im Auftrag des Umweltbundesamtes vom Öko-Institut, dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IfÖR) und dem Institut für Stadtbauwesen der TU Dresden erstellt wurde. Die Studie greift Elemente eines neuen Leitbildes in einer Diskussion und Kooperation mit Planern, Wohnungsunternehmen und Ministerien auf und bündelt sie zu Szenarien, die zeigen, dass Nachhaltiges Bauen und Wohnen möglich und attraktiv ist. (ab)

Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland, UBA-Texte 01/04, 378 S., 10,- Euro; Bezug: Werbung und Vertrieb, Wolframstr. 95, 12105 Berlin, Tel. 030-2116061, Fax -2181379, eMail: berlin@wundv.com

Zur Lage der Welt 2004 - Die Welt des Konsums

Der globale Konsum wächst rapide. Welche Folgen hat das für die Welt und für den Einzelnen? Der Bericht "Zur Lage der Welt 2004" aus dem Worldwatch Institute versucht diese Fragen zu beantworten. Zusätzliche Beiträge zu den Themen Flugverkehr und Verbraucherpolitik bieten eine gute Ergänzung. Durch zahlreiche Beispiele, Zahlen und Fakten ist der Bericht außerdem ein ideales Nachschlagewerk. (ab)

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2004 - Die Welt des Konsums, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 348 S., 19,90 Euro, ISBN 3 89691 570 3

Ökologische Ästhetik: Grundlagenwerk zu künstlerischer Umweltgestaltung

Das in englischer und deutscher Sprache erschienene Grundlagenwerk "Ökologische Ästhetik" gibt einen umfassenden Überblick über die vergangenen 30 Jahre künstlerischer Umweltgestaltung. Es bereitet die historische Entwicklung von Idee und Praxis einer Ökologischen Ästhetik

auf, indem es sowohl eine umfangreiche Aufsatzsammlung als auch einen aufwändig gestalteten Bildteil enthält. (ab)

Heike Strelow (Hrsg.): Ökologische Ästhetik - Theorie und Praxis künstlerischer Umweltgestaltung, Birkhäuser Verlag, Basel 2004, 256 S., 300 Abb., 65,- Euro

Kritischer Papierbericht 2004

Aktuell und sachkundig informiert der Kritische Papierbericht über die ökologischen und sozialen Auswirkungen, die die Papierproduktion und der Konsum in Deutschland - 230 kg pro Einwohner und Jahr - haben. Diskussionsstoff liefern u.a. Beiträge über Forst-Zertifikate und über die Herstellung von Zellstoff aus heimischem Holz. Hohen Gebrauchswert hat auch eine Übersicht über die in Deutschland erhältlichen Büro-Recyclingpapiere mit dem Blauen Engel. Abgerundet wird der Bericht durch ein hilfreiches Glossar. (ab)

Jupp Trauth, Evelyn Schönheit: Kritischer Papierbericht 2004, 42 S., 7,- Euro zzgl. Versand; Bezug: ARA e.V., A.-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Tel. 0521 / 65943, eMail: monika.nolle@araonline.de

Ökologie - Eine Einführung

Das Buch "Ökologie" aus der Reihe "UTB basics" gibt einen ersten Überblick und ist eine komprimierte Lernhilfe. Das Werk basiert auf einer Ökologievorlesung des Botanikers Rüdiger Wittig und des Zoologen Bruno Streit an der Universität Frankfurt am Main. In 21 Kapiteln werden klassische Teilbereiche wie Autökologie und Populationsökologie ebenso behandelt wie neuere Forschungszweige aus den angewandten Bereichen Arten- und Naturschutz, Biomonitoring und Stadtökologie. Weitere Kapitel widmen sich den Umweltmedien Wasser, Boden und Luft. Fragen und Literaturverweise am Ende der Kapitel erleichtern es das Erlernte zu überprüfen und zu vertiefen. Die zahlreichen Tabellen und Abbildungen sind sowohl inhaltlich als auch grafisch gut aufbereitet. (ab)

Rüdiger Wittig, Bruno Streit: Ökologie, UTB Basics, Ulmer, Stuttgart 2004, 304 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3 8252 2542 9

Historie zerstörerischer Mensch-Natur-Beziehungen - Beispiel Umweltgifte

In mehreren Beiträgen dieses Sammelbandes wird die Gewaltentwicklung der Menschen gegenüber der Natur als auch zueinander behandelt. Der Fortschrittsbegriff wird kritisiert, aber gleichzeitig wird an dem aufklärerischen Gedanken festgehalten, dass Gesellschaften der Erhaltung und Verbesserung des Lebens der Menschen wie ihrer natürlichen Umwelt zu dienen haben. Dass die gegenwärtige ökonomisch-technische Verfassung der Gesellschaft dem nicht entspricht, wird beispielsweise im Beitrag über "Genvarianten und Umweltgifte" deutlich. Im Zentrum dieser auch für medizinische Laien verständlichen Abhandlung steht der Bericht aus einer groß angelegten Praxisuntersuchung, die sich mit ausgewählten Symptomen von Chemikalieneinwirkungen befasst. Dabei findet die Betroffenheit der Menschen durch Umweltchemikalien und ihre Ausstattung mit relevanten Genvarianten besondere Beachtung. Reflexionen über kritische Genetik und die evolutionäre Grundlegung und Bedeutung des Fremdstoff-Metabolismus runden den Beitrag ab. (ab)

Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer (Hrsg.): Gesellschaft von Tikal bis irgendwo, Europäische Gewaltherrschaft, gesellschaftliche Umbrüche, Ungleichheitsgesellschaften neben der Spur, Verlag Winfried Jenior, Kassel 2004, 359 S., 20 Euro, ISBN 3 934377 70 X

Nachhaltigkeitsforschung mit Alltagsbezug

Mit seinem diesjährigen Bericht bietet das Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) umfangreiche Informationen zu den Forschungsschwerpunkten Wasser, Mobilität, Wissenschaftsforschung, Alltagsökologie und Konsum sowie Geschlechterforschung. Der Bericht gewährt Einblicke in Forschungsprojekte und informiert über Kooperationen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Instituts. (mbu)

Nachhaltigkeitsforschung mit Alltagsbezug, Frankfurt a.M. 2004, kostenlos; Hrsg./Bezug: ISOE, Tel. 069 / 70769190, eMail: info@isoe.de, Download (4 MB): www.isoe.de/ftp/isoejb2004.pdf

Ökosozialismus

Die Autoren kommen bei ihrer "zeitgemäßen Kapitalismuskritik" zu dem Schluss, dass eine neue Art von "Ökosozialismus" zwingend notwendig sei, um den ökologischen Kollaps abzuwenden. In ihren Augen droht "entweder Öko-Sozialismus oder Barbarei". Warum ausgerechnet der Sozialismus Nachhaltigkeit garantieren soll, wird trotz der vielen Argumente letztlich nicht plausibel. Außer der Forderung nach Verstaatlichung und einer wirtschaftlichen Rahmenplanung, in der der Staat vorgibt, "was wie viel und wie zu produzieren ist", bleibt das Konzept fragmentarisch. Alarmierend ist, dass die Autoren die Frage nach der Gefahr eines erneuten autoritären, diesmal "ökosozialistischen" Regimes mit dem Satz abspesen, dass eben mehr Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden müssten. Dennoch trifft die Kritik am "ökokapitalistischen Mythos" viele wunde Punkte und zeigt, dass längst nicht alles ressourcenschonend ist, was so heißt. Wichtig ist der Text auch unter dem Aspekt, dass bei Attac, PDS und in sonstigen "linken" Diskursen die Ökologiefrage häufig nur eine untergeordnete Rolle spielt. (mb)

Saral Sarkar, Bruno Kern: Ökosozialismus - Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik, Mainz 2004, 44 Seiten; Bezug: Bruno Kern, Mombacher Str. 75a, 55122 Mainz, Tel. 06131 / 236461, eMail: fackelkraus@gmx.de; kostenloser PDF-Download: www.ila-web.de/downloads/Oekosozialismus.pdf



Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel

Frauen und Männer: Unterschiedliche Lebenssituationen und Interessen

Frauen und Männer haben unterschiedliche Einstellungen zur Natur, unterschiedliche Interessen an Naturerlebnissen und -erfahrungen. Welche Bildungsangebote interessieren diese unterschiedlichen Zielgruppen und wie sollten diese gestaltet sein? Wie können die Idee und die Ziele eines Nationalparks geschlechtsspezifisch und zielgruppengerecht vermittelt werden - in der alltäglichen Arbeit? Das Pilotprojekt "Einführung des Gender Mainstreaming³ im Nationalpark Eifel" soll praxisorientierte Antworten auf diese Fragen finden.

"Wir wollen Menschen eine Möglichkeit geben, Natur in ihrer Unbändigkeit zu erleben", erläutert Henning Walter, Leiter des Nationalparkforstamtes, das Konzept. "Gleichzeitig wollen wir vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Umweltbildung die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern, aber auch von Mädchen und Jungen von vornherein berücksichtigen."

Damit die Arbeit und die Außenwirkung langfristig "geschlechtersensibel" werden, erarbeitet das Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) für den Nationalpark geeignete Instrumente. Damit sollen die Mitarbeiter/innen Gender-Aspekte dauerhaft in ihre Arbeit integrieren können. (ab) ■

Siehe auch Beilage (Mittelseiten).

• Kontakt/Informationen

Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Michaela Kawall, Hamburger Allee 45, 60486 Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 7076919-30, Fax -11
eMail: kawall@isoe.de
www.isoe.de

Nationalparkforstamt Eifel, Michael Lammertz, Urftseestr. 34, 53937 Schleiden-Gemünd
Tel. 02444 / 9510-0, Fax -85
eMail: info@nationalpark-eifel.de
www.nationalpark-eifel.de

FFH-Gebiete endlich rechtsverbindlich geschützt

Umsetzung der Richtlinie mit neun Jahren Verspätung

Ende Juni - neun Jahre nach dem eigentlich vorgesehenen Termin - hat die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der EU-Kommission erklärt, dass 3850 Gebiete als Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Gebiete ausgewiesen sind. Auf 7,3 Prozent der deutschen Landesfläche soll es künftig Arten und Habitaten, die europaweit gefährdet sind, wenigstens nicht schlechter als zuvor gehen. Eine entsprechende Erklärung von Bundesumweltminister Jürgen Trittin gegenüber der EU-Kommission bildete den formalen Übergang zwischen einer rechtsunsicheren Absichtserklärung und dem rechtsverbindlichen Gebietschutz.

Vor zwölf Jahren haben sich die Regierungschefs der Europäischen Union auf den Erhalt der am meisten bedrohten Arten und Lebensräume verständigt. Das geschah erstmals verbindlich mit einer Richtlinie für Flora-Fauna-Habitats (FFH). Die FFH-Richtlinie gibt EU-weit die Ziele des gemeinschaftlichen Naturschutzes vor. Doch die EU-Staaten setzen die Richtlinie bisher nur unzureichend um. In Deutschland sind ein Grund dafür die Zuständigkeit der Länder im Naturschutz und die daraus resultierenden langwierigen Abstimmungsprozeduren.

Bereits die ersten Vorstellungen von Länder-Fachbehörden für Naturschutz und Forstwirtschaft beispielsweise für die ausgewiesenen Waldflächen machten deutlich, dass es auch in Deutschland mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie weiterhin Probleme geben wird. So schlugen Forst- und Naturschutzbehörden vor, Wälder mit nur drei verschiedenen Wuchs- und Altersklassen oder Flächen mit nur sechs so genannten Biotopbäumen schon als Habitate in "hervorragendem Zustand" zu beschreiben. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Herbizideinsatz im Naturschutz soll tabu sein

BUND und NABU befürchten "Dambruch" bei Ausnahmeregelung

Der BUND und der NABU in Baden-Württemberg haben sich gegen den Einsatz von Herbiziden im Naturschutz ausgesprochen. Diese Frage war zuerst im Arbeitskreis Böschungspflege am Kaiserstuhl aufgeworfen worden. Dort sollte das Herbizid "Roundup" auf die abgesägten Robinienstümpfe aufgetragen werden, um Wurzelschößlinge zu vermeiden.

Laut Hersteller Monsanto wird dieses Mittel schnell abgebaut, erreicht das Grundwasser nicht und schädigt weder Tiere noch Menschen. Neuere Studien zeigten allerdings, dass das Breitbandherbizid unter bestimmten Bedingungen jahrelang im Boden verbleibt und auch im Grund- und Oberflächenwasser nachweisbar ist. Zusätzlich wurden nachteilige Wirkungen auf Nutzinsekten und Weidetiere festgestellt. In Nordamerika wurde kürzlich bekannt, dass Roundup bei Landarbeiter/innen für ein erhöhtes Krebsrisiko verantwortlich ist.

Der BUND-Regionalverband Freiburg wies darauf hin, dass sich die Agrochemie vom Gifteinsatz im Naturschutz ein großes neues Absatzgebiet erhoffe und einen "Türöffner" benötige. Man könne nicht einerseits von den Biobauern erwarten, auf Chemikalien wie Dünger und Pflanzenschutzmittel zu verzichten, dann aber deren Einsatz im Naturschutz akzeptieren, kritisierte der NABU Südbaden. Die Verbände befürchten langfristig einen "Dambruch", falls die Herbizidverwendung bei Pflegemaßnahmen auch nur in Ausnahmefällen befürwortet wird. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

NABU-Bezirksverband Südbaden, Habsburger Str. 9, 79104 Freiburg/Br.
Tel. 0761-58539529, Fax -553823
eMail: suedbaden@nabu-bw.de

BUND-RV Südlicher Oberrhein, Wilhelmstr. 24a, 79098 Freiburg/Br.
Tel. 0761-30383, Fax -23582
eMail: bund.suedlicher-oberrhein@bund.net
www.bund-freiburg.de

³ Gender Mainstreaming: Einbindung von Chancengleichheit für Männer und Frauen in alle politischen Konzepte und Maßnahmen (EU-Definition)

Beschlüsse des Bundesrates begrüßt

NABU: Agrarreform stärkt Naturschutz

Der Naturschutzbund NABU hat die Beschlüsse des Bundesrates zu Agrarreform und Naturschutz begrüßt. Mit der Zustimmung des Bundesrates zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland sei ein grundsätzlicher Kurswechsel vollzogen worden, hieß es.

Der NABU bedauerte zwar, dass die Reform erst 2013 vollständig umgesetzt werden solle, war aber erfreut, dass bereits ab dem kommenden Jahr auch Grünland prämienberechtigt sei und andererseits für intensive Rindermast Fördermittel abgegeben werden müssten.

Der Naturschutzbund plädiert nun für eine rasche Formulierung eindeutiger Umwelt- und Verbraucherschutzauflagen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen an eine nachhaltige Landwirtschaft gerecht werden.

Bundesnaturschutzgesetz: Aufweichung abgewendet

Erfreut reagierte der NABU auf die Ablehnung des niedersächsischen Antrages zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes im Bundesrat. Die Blockadetaktik der niedersächsischen Landesregierung sei gescheitert. Durch die Ablehnung des Antrages habe der Bundesrat eine kurzsichtige, populistische und rückwärtsgewandte Politik erfolgreich abgewendet. (ab) ■

● **Kontakt/Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Forstreform in Bayern: Kahlschlag im Wald?

Alpenverein: Gemeinwohl muss im Bergwald oberste Priorität haben

Der Deutsche Alpenverein (DAV) ist dem Aktionsbündnis "Aus Liebe zum Wald" des Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) beigetreten. Aufgrund der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Forstreform befürchten die Verbände einen Kahlschlag im Wald.

Dem Alpenverein ist bei der Neufassung des Landeswaldgesetzes vor allem daran gelegen, dass sowohl die Schutz- als auch die anderen Gemeinwohlfunktionen, insbesondere die im Bergwald oberste Priorität erhalten. Darüber hinaus verlangte DAV-Vizepräsident Heinz Röhle eine Dezimierung der Wildbestände. Der Präsident des DNR und langjährige BN-Vorsitzende Hubert Weinzierl mahnte, der Wald sei "mehr als Holzfabrik und Jagdrevier". (ab) ■

● **Kontakt/Informationen**

Deutscher Alpenverein, Von-Kahr-Str. 2-4, 80997 München
Tel. 089 / 14003-0, Fax -11
eMail: info@alpenverein.de
www.alpenverein.de

Waldschäden als Folge der Vorjahresdürre

Verstärkter Totholzbesatz

In vielen Wäldern Deutschlands ist ein verstärkter Totholzbesatz festgestellt worden. Schlecht stehe es beispielsweise um viele Fichten im Harz, teilte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald mit. Die Bäume trügen vergilbte Nadeln oder seien teilweise bereits kahl. Gravierende Schäden meldeten auch die Forstbehörden aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin. Über den Gesamtzustand der deutschen Wälder liegen allerdings noch keine exakten Zahlen vor. (ab) ■

● **Kontakt/Informationen**

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) e.V., Meckenheimer Allee 79, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 65-8462, Fax -6980
eMail: info@sdw.de
www.dainet.de/sdw

Nachhaltigkeits-Zertifikat jetzt auch für Kleinwaldbesitzer

FSC ermöglicht Gruppensertifizierung

► Um auch Kleinwaldbesitzern den Zugang zu einem Nachhaltigkeits-Zertifikat zu erleichtern, hat der Forest Stewardship Council (FSC) Regelungen für eine Gruppensertifizierung entwickelt. Waldbesitzer jeder Betriebsgröße und -art können sich hierbei zusammenschließen und so den Aufwand und die Kosten der Prüfung erheblich senken.

Der FSC setzt sich weltweit für eine ökologisch verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung ein. Ein weltweit einheitliches Zertifikat für "gute Waldwirtschaft" garantiert die Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards. Auf freiwilliger Basis können Forstbetriebe ihren Betrieb nach den FSC-Kriterien bewirtschaften. Die Überprüfung übernehmen unabhängige Zertifizierungsorganisationen. Durch die Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen will der FSC das Vertrauen in sein Zertifikat bei Bevölkerung, Politikern und Umweltverbänden stärken. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

FSC Arbeitsgruppe Deutschland,
PF 5810, 79026 Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 38653-53, Fax -79
eMail: info@fsc-deutschland.de
www.fsc-deutschland.de

Bundeswehr soll Bombodrom-Pläne aufgeben

Brandenburg: Friedliche Nutzung der Heidelandschaft gefordert

Gegner des geplanten Bombenabwurfplatzes bei Wittstock (Brandenburg) haben Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) nachdrücklich zur Aufgabe der "Bombodrom"-Pläne aufgerufen. Das rechtskräftige Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Frankfurt/Oder, das der Bundeswehr vorläufig die militärische Nutzung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide verbietet, sei zwar mit "großer Freude" aufgenommen worden, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiative "Freie Heide". Es werde jedoch eine politische Entscheidung Strucks erwartet, auf die Inbetriebnahme des Schießplatzes zu verzichten. Die anliegenden Kommunen befürchten, dass der sanfte Tourismus - einer der wenigen Wirtschaftszweige in der Region - durch die Lärmbelastigungen zum Erliegen kommt.

Das OVG begründete seine Entscheidung mit dem noch offenen Rechtsstreit über das Eigentum an Wegen. Die Bundesrepublik sei bislang nicht Eigentümerin, weshalb die militärische Nutzung des Gebiets schon unzulässig sei. Die Bundeswehr muss nun zunächst das Ende des Klageverfahrens der Anliegergemeinde Schweinrich gegen das "Bombodrom" vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht abwarten. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bürgerinitiative "Freie Heide", Benedikt Schirge, Dorfstr. 27, 16831 Zühlen
Tel. 033931 / 2338
eMail: info@freieheide.de
www.freieheide.de

DNR unterstützt IUCN-Biodiversitätskampagne

"Countdown 2010" soll Rückgang der Artenvielfalt stoppen

► Unter der Bezeichnung Countdown 2010 hat die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen (IUCN) eine pan-europäische Initiative mit dem Ziel gestartet, den Rückgang der biologischen Vielfalt bis spätestens 2010 zu stoppen. Der DNR unterstützt diese Aktion und ruft alle Interessierten zur Teilnahme auf. Weitere Informationen gibt es in englischer Sprache im Internet. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de

www.countdown2010.net/index_topics.html

Ökobauern wollen mehr Naturschutz-Beratung

Umfrage: Bio-Landwirte engagiert, fordern aber Unterstützung

Eine Umfrage hat gezeigt, dass Öko-Landwirte sehr motiviert sind, aktiv Naturschutz zu betreiben, aber auch die Notwendigkeit gezielter Naturschutzberatungen und Verbesserungen der Agrarumweltprogramme deutlich gemacht. Um Stärken und Schwächen von Öko-Bauernhöfen auf dem Gebiet des Naturschutzes herauszufinden, führte Naturland e.V. in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel-Witzenhausen eine Umfrage bei 1.730 Naturland-Erzeugerbetrieben in Deutschland durch. Die hohe Rücklaufquote von über 25 Prozent spricht für die breite Akzeptanz des Themas bei Öko-Landwirten. Mit Hilfe eines Fragebogens wurden die aktuellen Rahmenbedingungen zum Naturschutz und die Naturschutzleistungen in der Selbsteinschätzung der Öko-Landwirte untersucht. Die Umfrage-Ergebnisse wurden anschließend in einem Workshop zusammen mit Vertretern der deutschen Öko-Anbauverbände diskutiert und gemeinsame Schritte zur Unterstützung der Öko-Landwirte erarbeitet.

Naturschutz auf Öko-Bauernhöfen

Fast die Hälfte der befragten Landwirte (49 Prozent) gibt an, Hecken, Feld- oder Einzelgehölze angepflanzt zu haben bzw. zu pflegen. Ähnlich viele Landwirte haben zusätzliche Nisthilfen wie Fledermauskästen oder Insektenhöhlen eingerichtet und bewirtschaften eine oder mehrere Streuobstwiesen. 57 Prozent der Befragten pflegen Strukturelemente wie Feldraine und Wegränder extensiv. Optimierungsbedarf gibt es bei der Anlage von Pufferzonen um Strukturelemente in der Landschaft.

Neben Naturschutzleistungen in den Bereichen Struktur- und Artenvielfalt wurden außerdem Leistungen beim Ressourcenschutz, sowie speziell beim Ackerbau und bei der Grünlandbewirtschaftung erfragt. Defizite und Beratungsbedarf zeigen sich hier insbesondere bei gezielten Naturschutzmaßnahmen im Ackerbau.

Förderprogramme verbesserungswürdig

Für jeden zweiten Befragten ist mangelhafte Förderung ein Hindernis bei der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen. Häufig wird kritisiert (35 Prozent), dass

die Teilnahme an Naturschutz-Förderprogrammen bislang keine langfristige Perspektive für ein sicheres Einkommen bietet. Auf der anderen Seite wünschen sich 33 Prozent der Befragten mehr Flexibilität für kurzfristige betriebliche Änderungen, befürchten also die Bindungspflicht mancher Förderprogramme. Viele Landwirte kritisieren einen Mangel an Informationen über Fördermöglichkeiten (33 Prozent) sowie die zeitaufwändige und komplizierte Antragsstellung (25 Prozent).

Bei entsprechender Vergütung bzw. Arbeitshilfe wäre über die Hälfte der Befragten bereit, zusätzlich Nisthilfen oder Sitzstangen für Greifvögel anzubringen. Viele Bauern sähen sich in der Lage, z.B. die Pflanzung und Pflege von Streuobstwiesen, Kopfweiden vorzunehmen (40 Prozent) bzw. Feuchtbiootope oder Feldgehölze anzulegen (30 Prozent). Zur Begrünung von Wirtschafts- bzw. Hofgebäuden durch Kletterpflanzen sowie zur Heckenpflanzung in der Feldflur wären ebenfalls viele der Befragten bereit (37 Prozent). 27 Prozent könnten sich vorstellen Blüh- und Ackerrandstreifen anzulegen.

Großer Bedarf für Naturschutzberatung auf den Betrieben

► 78 Prozent geben an, dass sie sich eine "Naturschutzberatung und -planung" für ihren Hof vorstellen könnten. Dieses Resultat ist fast identisch mit den Ergebnissen einer früheren Befragung von Bioland-Landwirten in Niedersachsen (Keufer und van Elsen, 2002). An Inhalten einer solchen Beratung wurden u.a. konkrete Überlegungen für den eigenen Hof (58 Prozent) und Informationen über Förderprogramme im Naturschutz (56 Prozent) gewünscht. Für 31 Prozent der Befragten ist außerdem die Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden ein wichtiges Anliegen.

Jeder zweite Befragte ist der Ansicht, dass die Behandlung von Naturschutzfragen in der eigenen Berufsausbildung zu kurz gekommen sei. Etwa die Hälfte der Landwirte hat grundsätzlich Interesse an Weiterbildungsangeboten.

Unterstützung für das Naturschutz-Engagement der Öko-Bauern

Beim Projekt-Workshop mit Vertretern der Öko-Anbauverbände wurden Wege gesucht, wie Öko-Landwirte bei ihrem Engagement für den Naturschutz unterstützt und das Profil des ökologischen Landbaus

als "naturschutzgerechte" Wirtschaftsweise gestärkt werden können.

Die Öko-Anbauverbände halten es demnach für vordringlich die systemimmanenten Umwelt- und Naturschutzleistungen des Ökolandbaus noch besser zu vermitteln, mit öffentlicher Unterstützung bundesweit Ansprechpartner für eine einzelbetriebliche Naturschutzberatung zur Verfügung zu stellen, bestehende Agrarumweltprogramme besser an die Bedingungen in den Ökobetrieben anzupassen, um Mehraufwendungen bzw. Ertragseinbußen infolge zusätzlicher Naturschutz-Maßnahmen durch gezielte Förderung aufzufangen.

Die Ergebnisse der Naturland-Umfrage und einer Studie des NABU zum gleichen Thema wurden zusammen mit gemeinsamen Handlungsempfehlungen in Form einer Broschüre an die 9500 Mitglieder der bundesdeutschen Öko-Anbauverbände weitergeben. ■

Gastautoren: Markus Niedermeier, Naturland; Thomas van Elsen, Universität Kassel

• Weitere Informationen:

Markus Niedermeier, Naturland, Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing
Tel. 089 / 8980820
eMail: m.niedermeier@naturland.de

Dr. Thomas van Elsen, Universität Kassel, Fachgebiet Ökologischer Land- und Pflanzenbau, Nordbahnhofstr. 1a, 37213 Witzenhausen
Tel. 05542 / 981655
eMail: velsen@wiz.uni-kassel.de

Weitere Informationen und Downloads:
www.naturland.de

Literatur:

E. Keufer, T. van Elsen: Naturschutzberatung für die Landwirtschaft - Ergebnisse einer Umfrage bei Bioland-Landwirten und Ansätze zur Institutionalisierung in Niedersachsen, Naturschutz und Landschaftsplanung 10/02, S. 293-299, Stuttgart 2002

T. van Elsen, G. Daniel: Naturschutz praktisch - Ein Handbuch für den ökologischen Landbau, Reihe "Praxis des Ökolandbaus", 108 S., Bioland Verlag, Mainz 2000

Lesenswert

Die Zeit des Waldes: Wie Deutschlands Laubwälder verschwanden

Das Buch zeigt, wie es dazu kam, dass Deutschlands Laubwälder von Nadelholzplantagen verdrängt wurden. Ebenso vermittelt es, warum der Umbau der zahlreichen Nadelforste in naturnahe Laubwälder in Zeiten von Klimaveränderung und Globalisierung so wichtig ist. Gezeigt werden die Schwierigkeiten dabei - und wie es dennoch gelingen kann. Mit Hilfe sachkundiger Begleittexte bieten die Bilder eine geeignete Dokumentation, um den Wandel des Waldes zu verfolgen. Für seine "dynamischen Fotos" hat der Forstamtsleiter Georg Meister seit 50 Jahren jeden Fotostandort so markiert, dass er ihn auch nach langer Zeit wiederfinden konnte. Um auch die großflächige Entwicklung zu verdeutlichen, wurde umfangreiches Zahlenmaterial ausgewertet und in Schaubildern präsentiert.

In Bayern ist im Zeichen des strikten staatlichen Sparkurses eine Neuorganisation der Staatsforstverwaltung beschlossen worden, um höhere Einnahmen aus dem landeseigenen Wald zu erzielen. Dabei wird nicht auf Sparen durch Annäherung an die Natur, sondern auf einen noch höheren Holzeinschlag und auf kürzere "Umtriebszeiten" gesetzt. Das Bürgerwaldforum - ein Zusammenschluss von Natur- und Umweltschutzverbänden - sieht darin eine Wiederholung alter Fehler und befürchtet, dass dadurch die wichtigen "Gemeinwohlfunktionen" des Waldes (Trinkwasser-, Hochwasser-, Arten-, Boden-, Lawinenschutz, Erholung) nachhaltig gefährdet werden. Das Forum plant deshalb für den Herbst 2004 ein Volksbegehren. Der Wald soll dadurch wieder verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Georg Meister hatte schon vor 40 Jahren in seiner Doktorarbeit auf den krassen Unterschied zwischen hervorragenden Zielen und schlechten Ergebnissen der Forstwirtschaft hingewiesen. In den 1970er Jahren plante er im Auftrag der Bayerischen Landesregierung den Nationalpark Berchtesgaden. (ab)

Georg Meister. Monika Offenberger: Die Zeit des Waldes, 307 S., 445 Bilder, 35,- Euro; Bezug: Verlag Zweitausendeins, PF 610637, 60348 Frankfurt a.M., Tel. 069 / 4208000, Fax 069 / 415003, eMail: service@zweitausendeins.de, www.zweitausendeins.de

Kurzfilm "Bodenleben"

Der knapp 30-minütige Film informiert über das Bodenleben und ruft zum Bodenschutz auf. Die Autorin begab sich mit Mikroskop und Videokamera auf die Spuren der Kleintiere im Boden und dokumentierte ihr Verhalten Lebewesen. Die Dokumentation ist geeignet für den Einsatz in der Umweltbildung und im Schulbereich. (ab)

Ursula Bassemir: Bodenleben, DVD/CD, 5,- Euro Schutzgebühr; Hrsg./Bezug: Gregor Louisoder Umweltstiftung, Briener Str. 46, 80333 München, Tel. 089 / 54212142, Fax 089 / 52389335, eMail: info@umweltstiftung.com, www.umweltstiftung.com



Javaneraffe ist Versuchstier des Jahres 2004

Bundesweites Verbot von Primatenversuchen gefordert

Der Bundesverband "Menschen für Tierrechte" hat den Javaneraffen zum Versuchstier des Jahres 2004 gekürt. Die Affenart wurde aus mehreren Vorschlägen von einer Jury ausgewählt.

Die Wahl bildete den Auftakt zu einer Kampagne für ein bundesweites Verbot von Primatenversuchen. Der Javaneraffe ist neben dem Rhesusaffen, Totenkopf- und Weissbüscheläffchen eine häufig in Tierversuchen verwendete Primatenart.

Affen erleiden qualvolle Tierversuche bis zum Tod

Die aus Südostasien stammenden Tiere werden zum Beispiel in der neurologischen Grundlagenforschung eingesetzt. Dabei werden die bewegungsfreudigen Tiere nach Angaben von "Menschen für Tierrechte" oft stundenlang in Primatenstühlen festgeschraubt, während über zuvor einoperierte Elektroden elektrische Hirnstrommessungen erfolgen. Javaneraffen würden auch vielfach toxikologischen Experimenten unterworfen und dabei systematisch mit Chemikalien oder anderen Substanzen vergiftet.

Den Anlass diese Affenart vorzuschlagen gaben nach Angaben des Verbandes Menschen für Tierrechte die unhaltbaren Zustände in dem Auftragslabor Covance in Münster. Dort seien insbesondere Javaneraffen qualvollen Versuchen, schlechten Haltungsbedingungen und zusätzlichen Misshandlungen durch Pflegepersonal ausgesetzt, so der Verband. Hinzu komme eine "beispiellose Vertuschungspolitik" der zuständigen Behörden und der Staatsanwaltschaft.

Brutaler Umgang mit Versuchsaffen durch Tierversuchslabor Covance

22.000 Unterschriften für den sofortigen Stopp aller Tierversuche der Firma Covance Laboratories in Münster hat Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) im August im Landtag von Vertreter/innen des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte und weiterer Tierschutzvereine entgegengenommen. Dabei plädierte die Ministerin für eine bundesweite Abschaffung von Affenversuchen.

Die Unterschriften waren im vergangenen halben Jahr gesammelt worden, nachdem das ZDF im Dezember 2003 versteckt aufgenommene Bilder ausgestrahlt hatte, die einen brutalen Umgang mit den Versuchsaffen und katastrophale Haltungsbedingungen in dem Münsteraner Tierversuchslabor zeigen. Höhn ordnete daraufhin ein Widerrufsverfahren der Erlaubnis zum Halten von Versuchstieren für Covance an und verfügte als Erstmaßnahme die Installation von Videoüberwachungskameras in den Tierställen.

Covance in Münster: Druck auf Kritiker/innen

Covance wehrte sich dagegen vorläufig erfolgreich vor Gericht. Zudem versuchte Covance nach Angaben von Tierschutzorganisationen, Kritiker/innen mundtot zu machen und ließ einzelnen Tierschützern und Medienvertretern per einstweiliger Verfügung verbieten, die Dokumentaraufnahmen zu verbreiten. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V., Roermonder Str. 4a, 52072 Aachen
Tel. 0241 / 15-7214, Fax -5642
eMail: info@tierrechte.de
www.menschen-fuer-tierrechte.de

Staatsziel Tierschutz zeigt erstmals Wirkung

Urteil: Tierversuche sind unvereinbar mit dem Tierschutz

Das Staatsziel Tierschutz (Artikel 20 a: Schutz der Tiere) hat Wirkung gezeigt. Der 11. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes gab ein Urteil bekannt, in dem ein Tierversuch u.a. mit Hinweis auf das seit 2002 existierende Staatsziel untersagt wurde.

In der Begründung hieß es, die Versuche seien ethisch nicht vertretbar und es bestehe keine Notwendigkeit dafür. Genehmigungsbehörden und beratende Kommissionen hätten Tierversuchsanträge nicht nur einer Plausibilitätsprüfung zu unterziehen, sondern auch einer inhaltlichen Prüfung auf die Notwendigkeit und ethische Vertretbarkeit der Versuche.

Behörden müssen Notwendigkeit und ethische Vertretbarkeit prüfen

Der Deutsche Tierschutzbund wertete das Urteil als Durchbruch. "Mit dem nun ergangenen, unanfechtbaren Urteil wurden nicht nur Tausende Tiere gerettet, es ist zugleich ein Meilenstein und Präzedenzfall für die Zukunft", kommentierte Präsident Wolfgang Apel den veröffentlichten Beschluss. Man habe schon lange gefordert, dass Anträge auf Tierversuche nicht nur formal, sondern auch inhaltlich geprüft werden müssen. Apel: "Das wird jetzt so sein - und das ist der Durchbruch". (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Tierschutzbund e.V., Baum-
schulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -41
eMail: presse@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de

250.000 beim Aktionstag "Mobil ohne Auto"

Demonstrationen für menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik

Am 20. Juni haben bundesweit in etwa 200 Städten und Gemeinden rund 250.000 Menschen für autofreie Mobilität demonstriert. Aktionen zu Fuß oder mit dem Fahrrad und Ausflüge mit Bus oder Bahn standen im Mittelpunkt von "Mobil ohne Auto" (MoA).

Das Draisinen-Rennen in Braunschweig und der "Tag für die Fahrgäste" in Potsdam zogen überdurchschnittlich viele Besucher an. Baden-Württemberg als beteiligungsstärkstes Bundesland war mit Aktivitäten in 105 Gemeinden dabei. "Mobil ohne Auto im Oberen Nagoldtal", die erstmals grenzübergreifende Aktion "Natürlich mobil am Bodensee" und die Sperrung der B 27 am Neckar zwischen Heilbronn und Mosbach waren dort mit insgesamt über 70.000 Teilnehmern die größten Veranstaltungen.

Sehnsucht nach unzerstörter Ferne ruft immer mehr Autoverkehr hervor

Mit dem Aktionstag wurde für eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik demonstriert. Da der Freizeitverkehr und die zunehmende Sehnsucht nach unzerstörter Ferne immer mehr Autoverkehr hervorruft, stand der MoA-Tag in diesem Jahr unter dem Motto "nah-stadtfern".

Die hinter den Aktionen stehenden 12 Umwelt- und Verkehrsverbände fordern Vorrang für das Gehen und Radfahren sowie den massiven Ausbau von Bus und Bahn in der Verkehrspolitik. Die Streichung neuer Straßenbauprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan würde die Mittel für die Förderung umweltfreundlicher Fortbewegungsarten freimachen, so die Verbände. Aus Gründen der Unfallvermeidung und der Lärm- und Abgasreduzierung sollten Geschwindigkeitsbegrenzungen von 100 km/h auf Autobahnen sowie 80 km/h auf Bundes- und Landesstraßen eingeführt werden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Mobil ohne Auto, c/o UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
eMail: info@umkehr.de
www.mobilohneauto.de

Fahrrad- und Autoparkplätze werden gleichgestellt

Novellierung des Baugesetzbuches

Flächen für Fahrradparkplätze können und sollen künftig in kommunalen Bebauungsplänen vorab festgelegt werden. Das sieht die Ende Juni erfolgte Novellierung des Baugesetzbuchs des Bundes vor. Der Fahrradverband ADFC sieht darin einen großen Schritt in Richtung "Stadt der kurzen Wege", die der Bund im Nationalen Radverkehrsplan (DRB 05.02, S. 28) als Leitbild verankert hat. Die bisherige Rechtslage nach dem Baugesetzbuch (§ 9) sah nicht ausdrücklich vor, in Bebauungsplänen Flächen für das Abstellen von Fahrrädern vorzusehen. Flächen für Autoparkplätze hingegen wurden immer vorab eingeplant.

ADFC fordert aktive Umsetzung durch Politik und Verwaltung

Die gleiche Vorsorge für Fahrrad- und Autoparkplätze sei überfällig gewesen, so der ADFC. Wer eine moderne, sozial- und umweltverträgliche Nahmobilität auf diese Weise fördere, trage erheblich zur Verbesserung der Fahrradnutzung im Alltag bei. Der ADFC forderte Politik und Verwaltung auf, diese Möglichkeiten nun aktiv umzusetzen, und erwartet, dass die veränderte Rechtslage zu einer besseren Berücksichtigung der Interessen des Radverkehrs führt. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Grünenstr. 120, 28199 Bremen
Tel. 0421 / 34629-0, Fax -50
eMail: kontakt@adfc.de
www.adfc.de

Kritik an Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt

"Viele kleine Projekte besser als aufwändige unwirtschaftliche Strecke"

In der Einigung zwischen Bund und Bahn AG über den fortgesetzten Bau der Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt sieht die Bahnexpertengruppe "Bürgerbahn statt Börsenbahn" (BsB) die Fortsetzung einer verfehlten Politik. Das teilte der Verein Ende Juli in einer Stellungnahme mit.

Die Liste von Bund und Bahn enthält 66 Schienenprojekte, darunter die geplante Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt und im besonderen den als "Thüringer Wald-U-Bahn" bekannten Abschnitt Ebensfeld-Erfurt. BsB lehnt den Bau dieser Strecke grundsätzlich ab. Die Strecke zähle zum Aufwändigsten, was je in der deutschen Bahngeschichte geplant worden sei. Es handelt sich dabei um eine Verbindung, die zur Zeit auf der kürzeren Strecke durch das Saaletal von einem InterCity-Zugpaar im Zwei-Stunden-Takt befahren wird. Die Neubaustrecke könne niemals wirtschaftlich betrieben werden, so BsB.

Bahnexperten: Projekt blockiert seit Jahren alle Investitionen im Umfeld

Hinzu komme, so "Bürgerbahn statt Börsenbahn", dass dieses Projekt seit über 13 Jahren alle nötigen Investitionen im Umfeld blockiere. Zur möglichen Kostentwicklung verweist der Verein auf das Beispiel der noch im Bau befindlichen Schnellbahnstrecke München - Nürnberg. Diese sei ursprünglich mit Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro veranschlagt worden. Heute lägen die Schätzungen bei mehr als acht Milliarden.

BsB fordert eine umgehende Revision der Schienenwegeplanung. Statt eines einzigen Großprojekts könnten Hunderte kleinere Projekte verwirklicht werden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bahnexpertengruppe "Bürgerbahn statt Börsenbahn" (BsB), c/o UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin,
Tel 030 / 492-7473, Fax -7972
eMail. buergerbahn@umkehr.de,
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Weniger Mehrwertsteuer für die Bahn?

Trittin will Bahn im Kampf gegen Billigflieger stärken

Umweltminister Jürgen Trittin hat Ende Juli angekündigt, dass die Bundesregierung die Steuern auf Fernreisetickets der Bahn reduzieren will. Noch im Herbst soll entschieden werden, den Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent auf sieben Prozent zu senken. Das Ziel steht bereits im Koalitionsvertrag von Rot-Grün.

Der Nahverkehr ist bereits steuerbegünstigt. Um die Bahn im Konkurrenzkampf mit Billigfliegern zu unterstützen, will Trittin den Steuersatz nun auch für die Fernbahn senken. Das Finanzministerium wollte Trittins Vorstoß nicht kommentieren. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 30520-10, Fax -16
www.bmu.de

Verkehrspolitik auf falscher Grundlage?

Fachzeitschrift stellt Mängel an Mobilitätsstudie fest

Etliche Jahre mussten Fachleute, Verwaltung und Politik auf eine aktuelle Untersuchung zum Mobilitätsverhalten der Deutschen warten. Die nun vorliegende Studie "Mobilität in Deutschland" ist in der Juni-Ausgabe der Fachzeitschrift "mobilogisch" vorgestellt und auf die Belastbarkeit ihrer Daten untersucht worden. Dabei stellten die Autoren Mängel fest, die sie befürchten lassen, dass in Deutschland auf einer nicht die Wirklichkeit widerspiegelnden Grundlage geplant und Verkehrspolitik betrieben wird.

Zwei von mehreren Beispielen, die Werner Brög und Erhard Erl von Socialdata in Ihrem Beitrag aufzählen: Die Rücklaufquote der Antworten ist niedrig, obwohl überwiegend telefonisch befragt wurde. Das führt zu systematischen Verzerrungen, da gerade die Mobilen eines Haushalts überdurchschnittlich oft nicht erreicht werden. So wurden beispielsweise die Wegezwecke "Arbeit" und "Ausbildung" zu niedrig abgebildet. Die hochgerechneten Fahrgastzahlen aus der Studie liegen um ein Viertel unter denen der Kundenzahlen der ÖV-Unternehmen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

mobilogisch, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax - 972
eMail: info@mobilogisch.de
www.mobilogisch.de

CDU-Pläne für mehr Straßen- und Autobahnbaue

BUND: Teuer, unökologisch, kontraproduktiv

Der BUND hat die vom CDU-Verkehrsexperten Peter Harry Carstensen im August vorgestellten Pläne zum Ausbau von Autobahnen und für mehr Verkehrsinvestitionen kritisiert. Die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen hielten keinem Praxistest stand und verschärften die Verkehrsprobleme in Deutschland weiter.

Das Carstensen-Papier mit dem Titel "Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur" diagnostiziert einige Mängel der rot-grünen Verkehrspolitik richtig, um diese dann aber mit einer falschen Therapie heilen zu wollen. So sei ein sechs- oder achtspuriger Ausbau von Autobahnen nicht nur unfinanzierbar, sondern führe zu mehr Abgasen und Lärm für Millionen Menschen in Deutschland. Die Staus würden lediglich in die Vorstädte und Anliegerortschaften verlagert. Auch ein Rückgriff auf den mit dem deutschen Verkehrsnetz inkompatiblen Transrapid sei zum Scheitern verurteilt.

Einer Lösung der Verkehrsprobleme dienlicher wären intelligente Mobilitätsdienstleistungen und die bessere Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel. Dringend erforderlich sei auch die grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung. Die CDU klammere sich an Rezepte von gestern, um einer seit Jahrzehnten fehlgesteuerten Verkehrspolitik das Überleben zu verlängern, so ein BUND-Sprecher. An die Ursachen dieser Fehlsteuerung gehe sie nicht heran. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net

CDU, Verkehrsexperte Peter Harry Carstensen, PF 1720, 24016 Kiel
Tel. 0431 / 66099-0, Fax -99
www.peter-harry.de
eMail: carstensen@peter-harry-carstensen.de
Thesenpapier:
www.cdu.de/doc/pdf/
030804_phc_wachstum.pdf

Protest gegen Brücke über den Fehmarnbelt

BUND: Überteuertes Großprojekt

Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe und sein dänischer Kollege Flemming Hansen haben bei einem Treffen Ende Juni begrüßt, dass das Projekt der Brücke über den Fehmarnbelt in Deutschland und Dänemark bei der Revision der Leitlinien für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes in die Liste vorrangig zu realisierender Vorhaben aufgenommen wurde.

Der BUND sieht das Projekt weniger positiv: Die Brücke zwischen Deutschland und Dänemark "ist verkehrspolitischer Unsinn, eine ökologische Katastrophe und verschwendet Steuermilliarden". Die Brücke gefährde eine wichtige Zugvogelroute und ein empfindliches Naturschutzgebiet. Statt sinnvolle Verkehrskonzepte zu entwickeln, förderten die Bundesregierung wie die EU überteuerte Großprojekte mit zweifelhaftem Nutzen, so der BUND.

Die Minister plädierten für eine Schrägseilbrücke mit vierstreifiger Autobahn und zwei Eisenbahngleisen als "gute technische Lösung". Eine Alternative sei ein Absenktunnel. Beide Minister beschlossen, dass vor der endgültigen Wahl der technischen Lösung vertiefende Untersuchungen zur Frage der Umweltauswirkungen sowie zu Sicherheits- und Schifffahrtsfragen durchgeführt werden sollen.

Der BUND und örtliche Bürgerinitiativen plädieren statt dessen für umweltfreundlichere und kostengünstigere Alternativen zur geplanten Brücke. Der gut ausgebauten Fährverkehr zwischen Fehmarn und Dänemark könne weiter optimiert werden. Außerdem ließen sich so viele Arbeitsplätze in der Fähr- und Tourismusbranche dauerhaft sichern. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net

Ab 2009 alle Diesel mit Filter

Bündnis "Kein Diesel ohne Filter" begrüßt Einlenken der Auto-Konzerne

Die deutschen Autokonzerne haben nach jahrelangem Streit eingelenkt: Bis 2009 sollen alle Diesel-Neuwagen, die sie anbieten, einen Rußfilter haben. Das gab der Verband der Automobilindustrie (VdA) Mitte Juli bekannt. Im Gegenzug versprach die Bundesregierung, dass ab 2005 saubere Dieselfahrzeuge steuerlich gefördert werden - in welcher Höhe ist jedoch noch unklar. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) als Koordinatorin des Aktionsbündnisses "Kein Diesel ohne Filter" begrüßte die Einsicht der Konzerne.

Mit dieser Entscheidung erfülle die deutsche Automobilindustrie nach einer knapp zwei Jahre andauernden Auseinandersetzung die Forderungen nach generell rußfreien Pkw, so ein Sprecher des Bündnisses. Das Signal für den Verbraucher sei nun eindeutig: Diesel-Pkw ohne Partikelfilter "sind jetzt endgültig Technik von gestern und werden auf dem Gebrauchtfahrzeugmarkt drastisch an Wert verlieren".

DUH stellt rußfreien Diesel-Smart vor

Kritik übte die DUH daran, dass bei dem so genannten Autogipfel mit Bundeskanzler Gerhard Schröder Mitte Juli in Stuttgart die Automobilindustrie nicht nur versucht habe, Diesel-Pkw bis in die Golf-Klasse hinein bis 2008 von der Filterpflicht zu befreien, sondern sogar für ungefilterte Fahrzeuge mit bis zu 8,5 mg/km Feinstaubausstoß eine steuerliche Förderung verlangt habe. Diese Grenzwerte seien aber bei kleinen Dieselmotoren bereits Stand der Technik, so die DUH.

Eine Woche zuvor hatte die DUH mit der Vorstellung des weltweit ersten rußfreien "Smart"-Kleinwagens gezeigt, dass selbst der kleinste Seriediesel der Welt mit einem Kostenaufwand von etwa 200 Euro die für 2010 geplanten strengen EU-Grenzwerte von 2,5 mg/km unterschreiten kann.

Die DUH forderte von der Bundesregierung eine schnelle Festlegung von Grenzwerten und Fördersätzen. In jedem Fall werde ab 2005 neben der niedrigen Förderung des 8,5-mg-Grenzwertes eine zweite, höhere Förderung in Höhe von etwa 600 Euro für die tatsächlich rußfreien Modelle benötigt.

Darüber hinaus müsse die Förderung des Nachrüstens schnell geklärt werden. Praktisch jeder Diesel-Pkw könne mit einem Rußfilter nachgerüstet werden. Die DUH begrüßte ausdrücklich die Klarstellung von Umweltminister Jürgen Trittin, dass der von ihm vorgeschlagene Fördersatz von 600 Euro ab 2005 nur für Fahrzeuge mit vollwertigem Partikelfilter gewährt werden soll.

VCD: Volle steuerliche Förderung nur für Pkw mit 2,5-mg-Grenzwert

Allerdings sei die Gesundheitsgefahr durch Dieselruß noch lange nicht gebannt, denn die deutsche Autoindustrie spiele weiter auf Zeit. Mit dem gestern genannten Grenzwert für Rußpartikel von 8,5 Milligramm pro Kilometer als Maßstab für eine steuerliche Förderung bis einschließlich 2008 würden die Autobauer weit hinter dem technisch Machbaren und gesundheitlich Notwendigen zurückbleiben. Dieser Wert ist mehr als drei mal so hoch als der ursprünglich vom Umweltminister angestrebte Wert von 2,5 mg/km. Für diesen strengeren Wert hatten sich auch die Umweltminister der Länder einstimmig ausgesprochen.

Nach Ansicht des VCD darf es die maximale steuerliche Förderung deshalb nur für Fahrzeuge geben, die den für 2010 angestrebten Grenzwert für Rußpartikel von 2,5 mg/km erreichen. Das sei zur Zeit nur mit moderner Filtertechnik zu machen. Autokäufer/innen empfiehlt der VCD daher nach wie vor mit Nachdruck, sich beim Kauf eines Diesels ausschließlich für Fahrzeuge mit dieser Technik zu entscheiden. Aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sei dies ebenso unerlässlich wie für eine möglichst hohe Wertstabilität der Fahrzeuge. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Initiative "Kein Diesel ohne Filter", c/o Deutsche Umwelthilfe, Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

VCD Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Kraftstoff sparende Autos sollen gefördert werden

DUH: Verkehrsminister Stolpe soll französischem Beispiel folgen

Die vom französischen Umweltminister Serge Lepeltier geplante Sondersteuer auf Autos mit hohem Kraftstoffverbrauch ist nach Ansicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) eine "Steilvorlage für die deutsche Verkehrspolitik". In einer gemeinsamen deutsch-französischen Initiative der Regierungen solle der europäischen Automobilindustrie die dringend notwendige Orientierung für die Entwicklung moderner und effizienter Autos gegeben werden, sagte ein Sprecher der DUH Ende Juni.

Ähnlich wie Bundesumweltminister Jürgen Trittin plant auch sein französischer Amtskollege eine steuerliche Förderung des Dieselpartikelfilters. Nach Ansicht der DUH sollten auch in Deutschland die Käufer verbrauchsarmer Pkw mit einer Prämie von 800 Euro belohnt werden. Käufer von "Sprit fressenden Automobil-Fossilien", wie die M-Klasse von Mercedes-Benz, der X-5 von BMW, der Touareg von VW oder Porsche Cheyenne, müssten hingegen mit einer Sonderabgabe von 3.000 Euro belegt werden.

Eine finanzielle Förderung verbrauchsoptimierter Pkw nach französischem Vorbild hätte nach Meinung der DUH auch "eine segensreiche Wirkung für die bundesdeutsche Automobilindustrie". Diese habe sich in den vergangenen Jahren durch immer leistungsstärkere Fahrzeuge mit immer höherem Spritverbrauch "in eine Sackgasse manövriert, aus der sie offensichtlich ohne Hilfe des Staates nicht mehr herauskommt". (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

Servicepauschale macht Fliegen teurer

Fluglinien streichen Provisionen für Reisebüros

Ab September wird Fliegen teurer: Neben der Lufthansa wollen rund 20 weitere Fluggesellschaften in Deutschland die Provisionen für Reisebüros streichen und eine Servicepauschale einführen. Das berichtete die "Welt am Sonntag" im August. Die Gebühr soll für Inland- und Europaflüge meist 30 Euro pro Ticket betragen, ein Langstreckenticket soll 45 Euro mehr kosten. Die Pauschale sei vom Fluggast zu zahlen und werde auch beim Direktkauf etwa im Internet fällig. Die Fluggesellschaften versprechen sich Entlastungen im siebenstelligen Bereich.

Im Reisebüro werden Flugtickets ab Herbst wahrscheinlich noch teurer. Der Branchenverband DRV geht davon aus, dass das Reisebüro dem Kunden zusätzlich zur neuen Servicepauschale noch eine Gebühr für eigene Dienstleistungen in Rechnung stellt. Bislang war dies im Ticketpreis enthalten. Vor diesem Hintergrund sei es wahrscheinlich, dass Flugreisende künftig verstärkt im Internet buchen. Der DRV befürchtet deshalb ein "Massensterben" unter den rund 4500 Reisebüros in Deutschland, die Flugscheine verkaufen.

Weiter harter Preiskampf

Währenddessen verschärft sich der Preiswettbewerb unter den Billigfluggesellschaften. Das berichtete die Süddeutsche Zeitung Ende Juli. Derzeit verstärken die Billigflieger den Druck auf die Flughäfen und verlangen mehr Flexibilität bei den Gebühren. Der Flughafen Köln/Bonn überarbeitet derzeit sein System in diesem Sinne. Die neue Struktur soll im nächsten Jahr fertig sein. Hintergrund könnten die Gespräche mit dem irischen Billigflieger Ryanair sein, der üblicherweise die Gebühren bei den Flughäfen drückt. Köln/Bonn gilt als größter Billigflug-Airport in Deutschland. 53 Prozent der 7,8 Millionen Passagiere flogen im vorigen Jahr mit einem Billiganbieter. (vl) ■

Kerosinsteuerprivileg kostet 370 Millionen jährlich

Bundesregierung: Kerosinsteuer würde Schiene wettbewerbsfähiger machen

Die Mindereinnahmen, die sich aus der Mineralölsteuerbefreiung für den innerdeutschen Flugverkehr ergeben, haben im vergangenen Jahr rund 373 Millionen Euro betragen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung von Ende Juli auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervor.

Angaben zu den möglichen Mehreinnahmen bei Einführung einer Kerosinbesteuerung innerdeutscher Flüge konnte die Bundesregierung jedoch nicht machen, weil derzeit kein Konzept vorliegt, wie eine Kerosinsteuer für Inlandsflüge im Einzelnen auszugestaltet wäre.

Keine handelspolitischen Probleme erwartet

Laut Bundesregierung hat derzeit noch kein EU-Land eine Kerosinbesteuerung auf Inlandsflüge eingeführt. Sollte die Besteuerung nur auf innerdeutsche Flüge angewendet werden, wären handelspolitische Auseinandersetzungen nach Auffassung der Regierung nicht zu erwarten. Bei einer Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde sich der kraftstoffbezogene Kostennachteil der Schiene gegenüber dem Luftverkehr verringern, so dass von einer Stärkung der Wettbewerbsposition der Schiene ausgegangen werden könnte.

Auf europäischer Ebene habe Deutschland erreicht, dass die EU-Kommission die Steuerbefreiung für den Flugverkehr überprüfen will. Ein entsprechender Richtlinienvorschlag sei für 2005 angekündigt. Vor diesem Hintergrund will sich die Regierung weiter dafür einsetzen die Steuerbefreiung aufzuheben. Konkrete Zeitpläne hat die Bundesregierung allerdings nicht. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-0
eMail: mail@bundestag.de

www.bundestag.de
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion:
15/3525
Antwort der Bundesregierung:
15/3622

Scharfe Kritik an Flughafen-Plänen für Berlin

VCD: Großflughafen Berlin-Brandenburg zu teuer, zu groß, zu laut

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat den Mitte August vom brandenburgischen Verkehrsministerium vorgelegten Planfeststellungsbeschluss für den Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) als "völlig überdimensioniert" kritisiert. So werde der neue Flughafen in Schönefeld "viel zu teuer, zu groß und zu laut". Das Vorhaben werde weder der Kassenlage noch Umweltbelangen gerecht. Statt neue Überkapazitäten zu schaffen, müssten sich Politik und Wirtschaft von überzogenen Wachstumshoffnungen verabschieden und nach umweltverträglicheren Lösungen suchen, so der VCD.

Konsequentes Nachtflugverbot fehlt

Bei den Lärmschutzvorschriften orientiere sich die Flughafenplanung an den Grenzwerten, die der aktuelle Entwurf des Bundesumweltministeriums für das neue Fluglärmschutzgesetz vorsehe. Das sei positiv, betreffe aber lediglich passive Maßnahmen wie den Einbau von Schallschutzfenstern. Auflagen zur aktiven Lärmvermeidung am Tage seien nicht vorgesehen. Ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und sechs Uhr fehle sogar ganz.

Außerdem sei die Finanzierung des mindestens 1,7 Milliarden Euro teuren Projektes nach dem Scheitern aller bisherigen Privatisierungsbemühungen immer noch ungeklärt. Allein die Kosten für den vorgesehenen unterirdischen Bahnanschluss mit veranschlagten 260 Millionen Euro zeigen aus Sicht des VCD die zu teure Ausgestaltung des Projekts. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Neues Fluglärmschutzgesetz wirkungslos und zu teuer?

Entwurf geht Umweltverbänden nicht weit genug

Der Ende Juni veröffentlichte Entwurf des neuen Fluglärmschutzgesetzes bringt nach Einschätzung von Umweltverbänden keinen ausreichenden Schutz vor Fluglärm und macht den Flugverkehr nicht umweltverträglicher. Das teilten Anfang Juli der BUND, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), Robin Wood und Germanwatch mit. Der Entwurf verzichte auf die große Chance, die rechtliche Grundlage für ein Nachtflugverbot zu schaffen.

Dennoch stimmen die Verbände dem vom Bundesumweltministerium vorgelegten Referentenentwurf zu, da diese Regelung immer noch besser sei als gar keine. Angesichts der zu erwartenden Verdoppelung des Luftverkehrsaufkommens in den kommenden zehn bis 20 Jahren könne man die Verabschiedung der Gesetzesnovelle trotz der Mängel nicht weiter aufschieben.

Unzureichend ist der Entwurf nach Meinung des BUND, weil tausende von Anwohnern auch weiterhin ohne den notwendigen Lärmschutz blieben. Es fehlten Regeln, die Flughäfen dazu zwingen, aktiv Lärmschutz zu betreiben. Statt dessen regle der Entwurf nur die Erstattungsansprüche für passiven Schallschutz, so der VCD. Erfreulich sei aber, dass erstmals auch die Entschädigung für die Verlärmung von Balkonen und Terrassen geregelt sei.

Lärmgrenzwerte gesenkt

Als positiv werteten die Vertreter der Verbände die Senkung von Lärmgrenzwerten insbesondere nachts. Zudem müssten bundesweit neben Großflughäfen wie Frankfurt, München, Hamburg oder Köln künftig 16 weitere Flughäfen für Schallschutzfenster in der Nachbarschaft aufgenommen.

Ein Sprecher der BVF machte deutlich, dass der Lärm rund um die bestehenden Flughäfen mit oder ohne Novelle weiter ansteigen werde. Enttäuschend sei, dass EU-Regelungen wie die Umgebungslärmrichtlinie oder die Betriebsbeschränkungsrichtlinie viel weiter gingen als das bundesdeutsche Fluglärmschutzgesetz.

Der vom Umweltminister vorgelegte Entwurf ist auch im Bundeskabinett umstritten. Kritik kommt in erster Linie aus den Ministerien für Verkehr und Verteidigung. Auch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen lehnt den Entwurf ab, da er Kosten von über einer Milliarde Euro verursache. Das Bundesumweltamt kommt bei seinen Berechnungen dagegen nur auf 500 Millionen Euro. Die Verbände halten die Kosten für vernachlässigbar. So müsse der Flughafen Frankfurt je Passagier 50 Cent zahlen, München komme mit 20 Cent noch besser weg. (vl) ■

Ausführliche Bewertung im folgenden Beitrag.

• Kontakt/Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Stellungnahme zur Novelle des Fluglärmsgesetzes

Verkehrsclub Deutschland kritisiert Gesetzentwurf als unzureichend

Ende Juni hat das Bundesumweltministerium (BMU) einen Entwurf zur Neuregelung des Fluglärmsgesetzes vorgelegt. Aus Sicht der im Arbeitskreis Flugverkehr vertretenen Umwelt- und Lärmschutzverbände bietet die Novelle keinen ausreichenden Schutz vor Fluglärm und macht den Flugverkehr nicht umweltverträglich (Kurzbeurteilung siehe vorhergehender Beitrag).

Im Folgenden bewertet der Luftverkehrsexperte des Verkehrsclub Deutschland (VCD) Helmar Pless den Gesetzentwurf ausführlich.

Deutliche Verbesserungen beim Umwelt- und Gesundheitsschutz

Die Novelle enthält Änderungen des Fluglärmsgesetzes, Luftverkehrsgesetzes und der Luftverkehrs-Ordnung. Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Bestimmungen stellen eine deutliche Verbesserung im Sinne des Umweltschutzes und des Gesundheitsschutzes der von Fluglärm Betroffenen dar. Die Erwartungen des VCD an eine grundlegende Reform des Fluglärmsrechts erfüllt der Entwurf jedoch nicht. Das Fluglärmsgesetz bleibt weiterhin ein reines Erstattungs- und Entschädigungsgesetz. Geregelt werden lediglich die Erstattungsansprüche für passiven Schallschutz sowie die Entschädigung für Beeinträchtigungen des Außenwohnbereichs im direkten Flugplatzumfeld. Das Gesetz liefert aber weiterhin keine echten Immissionschutzgrenzwerte, die die Flughafenbetreiber zwingen, aktiven Lärmschutz zu betreiben, z.B. Nachtflugbeschränkungen, Betriebsbeschränkungen für besonders laute Flugzeuge oder Lärmkontingentierungen.

Passiver Schallschutz nicht ausreichend

Damit wurde es versäumt, ein besonders wirksames Instrument gesetzlich zu verankern, mit dem sich unzumutbare Fluglärmbelastungen auf ein gesundheitlich verträgliches und angemessenes Maß vermindern lassen. Außerdem werden aus Sicht des VCD folgende wichtigen Aspekte nicht geregelt:

- Die Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Erlass von Nachtflugverboten oder

Nachtflugbeschränkungen durch die Landesregierungen.

- Die Einführung einer dritten Schutzzone auf der Basis der Endausbauprognosen, die eine langfristige Planungs- und Rechtssicherheit schaffen könnte.
- Die Einführung der Umweltkapazität als Orientierungs- und Planungsgröße bei Flughafenanplanungen.
- Die Verpflichtung, an allen Flugplätzen mit Lärmschutzbereich einen Fluglärmschutzbeauftragten festzulegen, der den Flugplatzunternehmer und Flugplatznutzer berät, die Einführung lärmarmen Betriebsweisen unterstützt und die Behörden und Flughafenwohner informiert.
- Festlegungen von konkreten Lärminderungsanforderungen an die Fluglotsen, damit wesentliche Entscheidungen zur Lärmbelastung nicht - wie bisher - den Fluglotsen im Tagesbetrieb überlassen wird.
- Eine klare gesetzliche Regelung, dass der vom Rollen der Luftfahrzeuge auf dem Flugplatzgelände und dem Betrieb von Triebwerksprobelauf-Anlagen herührende Lärm nach der TA-Lärm zu beurteilen ist und nicht dem Fluglärmsgesetz unterliegt.
- Die Erweiterung der Rechte für anerkannte Lärmschutz- und Umweltverbände, insbesondere die Einführung eines Verbandsklagerechtes gegen die Festsetzung des Lärmschutzbereiches und gegen Rechtsverordnungen, die An- und Abflugstrecken oder Warteräume für einzelne Flugplätze festlegen sowie gegen Planfeststellungsbeschlüsse und Plangenehmigungen über lärmrelevante Vorhaben.

Der VCD geht davon aus, dass sich einige der oben angesprochenen Defizite durch andere Gesetze regeln lassen. Eine zentrale Bedeutung kommt hierbei dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Betriebsbeschränkungsrichtlinie zu. Die Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie (März 2004, Federführung liegt beim Bundesverkehrsministerium) hat die Bundesregierung bereits untätig verstreichen lassen. Ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung wurde bei der EU bereits angestrengt. Der VCD erwartet hierbei von der Bundesregierung eine anspruchsvolle Umsetzung, etwa durch Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Erlass von Nachtflugverboten oder Nachtflugbeschränkungen durch die Landesregierungen.

Eine weitere wichtige EU-Richtlinie ist in diesem Zusammenhang die EU-Öffentlichkeitsrichtlinie, die bis Juni 2005 umgesetzt werden muss. Die Richtlinie verlangt die Festlegung eines Anerkennungsverfahrens für Umweltschutzverbände und Vereine, die sich für den Umweltschutz einsetzen sowie die Festlegung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte Umweltschutzvereine im Zusammenhang mit der Ausarbeitung umweltbezogener Pläne und Programme sowie bei Infrastrukturprojekten, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss. Ein Verzicht auf die Verbandsklage kann auch nicht im Interesse der Wirtschaft sein, denn faktisch führt eine frühzeitige Einbindung sowie ein Klagerecht der Lärm- und Umweltschutzverbände zu einer Verkürzung von Verfahren.

Zustimmung zur erweiterten Anwendung des Fluglärmsgesetzes

- Ausdehnung des Anwendungsbereiches des Fluglärmsgesetzes. Für folgende Verkehrsflughäfen müssen Lärmschutzbereiche festgesetzt werden: Braunschweig, Dortmund, Essen-Mülheim, Friedrichshafen, Lübeck-Blankensee, Schwerin-Parchim, Siegerland und Westland/Sylt. Das gilt auch für folgende Verkehrslandeplätze mit Fluglinien- oder Pauschallflugreisen: Augsburg, Egelsbach, Kassel-Calden, Kiel-Holtenua, Mannheim, Mönchengladbach, Speyer und Zweibrücken.
- Die Festlegung von um fünf Dezibel niedrigeren Grenzwerten für neue oder wesentlich baulich erweiterte Flugplätze.
- Eine gesetzliche Definition der "wesentlichen baulichen Erweiterung" (wenn sie zu einer Erhöhung der Zahl der Flugbewegungen um 30 Prozent oder zu einer Erhöhung des Pegelwertes an der Grenze der Tag-Schutzzone 1 um mindestens 3 dB(A) führt), auch wenn der VCD die Grenze bereits bei 25 Prozent Erhöhung der Flugbewegungszahlen sieht.
- Die Einführung von Nachtschutzzonen sowie eines Maximalpegel-Kriteriums bei der Festlegung der Nachtschutzzonen.
- Die Festlegung der Lärmschutzbereiche auf der Basis der 100-100-Regelung.
- Die deutlich schärfere Regelung des Verbotes der Errichtung von Wohnungen in der Tag- bzw. Nachtschutzzone 1 durch Einführung einer zeitlichen Befristung der Möglichkeit, Wohnungen zu er-

richten. (Zwar dürfen weiterhin solche Wohnungen errichtet werden, wenn dies ein Bebauungsplan oder Paragraf 34 Baugesetzbuch zulässt. Allerdings erlischt diese Möglichkeit künftig sieben Jahre nach der Festsetzung des Lärmschutzbereiches.)

Balkone oder Terrassen wegen Lärm nicht nutzbar: Entschädigung

- Die Einführung eines Anspruches auf Geldentschädigung für Beeinträchtigungen des Außenwohnbereichs bei einem neuen oder wesentlich baulich erweiterten Flugplatz. (Diesen Anspruch sollen künftig Eigentümer eines in der Tag-Schutzzone 1 gelegenen Grundstücks, auf dem bei Festsetzung des Lärmschutzbereichs Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altenheime, Erholungsheime oder Wohnungen errichtet sind oder auf dem die Errichtung von baulichen Anlagen zulässig ist, geltend machen können).

- Leichte Verbesserungen bei den Beteiligungsrechten für anerkannte Lärmschutz- und Umweltverbände. So erhalten Lärmschutz- und Umweltverbände ausdrücklich ein Anhörungsrecht beim Erlass einer Rechtsverordnung zur Festlegung von Schallschutzanforderungen für bauliche Anlagen sowie beim Erlass einer Rechtsverordnung, die Art und Umfang der erforderlichen Auskünfte durch den Flugplatzhalter und die mit der Flugsicherung Beauftragten sowie die Berechnungsmethode für die Ermittlung der Lärmbelastung regelt. Neben der Bundesvereinigung gegen Fluglärm können künftig auch andere Lärmschutz- und Umweltverbände dem beratenden Ausschuss nach Paragraf 32a Luftverkehrsgesetz sowie einer Fluglärmkommission angehören. Allerdings fehlt dem Entwurf die Festlegung des Verbandsklagerechtes.

Pflichten sollen auch für militärische Flugplätze gelten

- Verbesserungen bei der Information der Öffentlichkeit. So sind die Lärmmess- und Auswertungsergebnisse für alle zivilen Flugplätze mit Lärmschutzbereich künftig regelmäßig zu veröffentlichen (bisher mussten diese Ergebnisse lediglich den zuständigen Behörden und der Fluglärmkommission mitgeteilt werden).

- Ausdehnung der Pflicht zur Installation von Fluglärmüberwachungsanlagen auf alle zivilen Flugplätze mit Lärmschutzbereich (und nicht nur - wie bislang - allein auf Verkehrsflughäfen).

- Erweiterung der Pflicht zur Bildung von Fluglärmkommissionen: Künftig müssen an allen Verkehrsflughäfen, die dem Fluglinienverkehr angeschlossen sind und für die ein Lärmschutzbereich festzusetzen ist, Fluglärmkommissionen eingerichtet werden. Das gilt dann auch für: Braunschweig, Dortmund, Essen-Mülheim, Friedrichshafen, Lübeck-Blankensee, Schwerin-Parchim, Siegerland und Westland/Sylt. Nach Auffassung des VCD sollte diese Pflicht zur Bildung von Fluglärmkommissionen für alle Flugplätze mit Lärmschutzbereichen gelten (also auch Verkehrslandeplätze mit Fluglinien- oder Pauschalflugreisen).

- Erweiterung der Möglichkeiten der Einflussnahme von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt: Bestimmte Rechtsverordnungen, wie zum Beispiel zur Regelung von Verhalten im Luftraum und am Boden, zur Regelung von Größe, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und des Betriebes von Flugplätzen und zur Genehmigung der Regelungen der Entgelte für das Starten, Landen und Abstellen von Luftfahrzeugen, müssen künftig vom Bundesverkehrsministerium im Einvernehmen mit dem Bundesumweltministerium geregelt werden. Rechtsverordnungen zum Flugverfahren (einschließlich der Flugwege, Flughöhen und Meldepunkte), die von besonderer Bedeutung für den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm sind, müssen künftig im Benehmen mit dem Umweltbundesamt erlassen werden.

Lärmindizes in der Kritik

- Der Gesetzentwurf enthält auf Drängen des Bundesverkehrsministeriums die Lärmindizes L_{AeqTag} beziehungsweise $L_{AeqNacht}$ statt der europaweit gültigen Indizes L_{den} und L_{night} (auch das Bundesumweltministerium wollte ursprünglich die europäischen Indizes in das Gesetz einführen). Eine Verwendung der Lärmindizes L_{AeqTag} bzw. $L_{AeqNacht}$ lehnt der VCD ab, da die Verwendung dieser Indizes im Durchschnitt bei zivilen Flugplätzen zu einer um ein bis zwei dB(A) niedrigeren (weniger scharfen) Bewertung des Lärmgeschehens gegenüber einer Verwendung des L_{den} führt. Noch gravie-

render sieht es bei ausgeprägten Nachtflughäfen wie Köln/Bonn aus. Hier verschafft die Lärmbeurteilung auf Basis des L_{eq} dem Flughafenbetreiber einen Vorteil von vier bis fünf dB(A) gegenüber einer Lärmbeurteilung auf der Basis des L_{den} . Außerdem ist die Verwendung des L_{den} durch die EU-Umgebungs-lärmrichtlinie verbindlich für die Erstellung von Lärmkarten vorgeschrieben. Diese Lärmkarten müssen auch für alle Großflughäfen (mehr als 50.000 Flugbewegungen pro Jahr) bis Juni 2007 vorliegen. Die Anwendung von unterschiedlichen Lärmindizes (L_{eq} für die Festsetzung des Lärmschutzbereiches bzw. L_{den} für die Lärmkarten), schafft nur unnötige Mehrarbeit bzw. Kosten und verhindert die nötige Transparenz.

Endausbau von Flughäfen nicht berücksichtigt

- Die Festsetzung der Lärmschutzbereiche beruht auf einer Prognose von 10 Jahren, erfasst aber nicht einen denkbaren Endausbau des Flugplatzes. Durch eine Nichtberücksichtigung des denkbaren Endausbaus werden jedoch Bauwillige im Umfeld von Flughäfen nicht hinreichend auf das künftige Lärmproblem aufmerksam gemacht. Damit werden bereits heute Lärmsanierungsfälle von morgen geschaffen. Sinnvoll wäre deshalb die Einführung einer Schutzzone 3, in der ausschließlich Planungsbeschränkungen für die Regional- und Bauleitplanung geregelt werden sollen. Eine solche Schutzzone 3 ist auch Bestandteil des Gesetzentwurfes des Länderausschusses für Immissionsschutz vom (LAI) September 2000.

- Es fehlen nach wie vor deutlichere Rechtsfolgen für die Tag- und Nacht-Schutzzone 2. Auch der Gesetzentwurf sieht für diese Zonen lediglich ein Bauverbot für schutzbedürftige Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Altenheime, Erholungsheime, Schulen und Kindergärten) vor, von dem im öffentlichen Interesse abgewichen werden kann. Wohnungen und ausnahmsweise errichtete schutzbedürftige Einrichtungen müssen bestimmten Schallschutzanforderungen genügen. Aus Sicht des VCD muss geregelt werden, dass für die Schutzzonen zwei mittelfristig die gleichen Rechtsfolgen gelten wie für die Schutzzonen 1 (Erstattungsanspruch für passiven Schallschutz).

Innerhalb der Nacht-Schutzzone eins soll sich der Erstattungsanspruch für baulichen Schallschutz nur auf Schlafräume beziehen. Dies ist zu kritisieren, denn Schlafräume können im Laufe der Zeit geändert werden. Außerdem haben die Flughafenanwohner ein Recht darauf, in der Zeit von 22 bis sechs Uhr (Definition der Nacht nach diesem Gesetz) auch andere ruhige Räume zu haben.

Lärmwerte umstritten zwischen BMU und Bundesverkehrsministerium

Aus Sicht des VCD stellen die vom BMU vorgeschlagenen Lärmwerte für bestehende Flughäfen ein starkes Entgegenkommen an die Luftverkehrswirtschaft dar. Neue Lärmwerte in den Schutzzonen sollten sich an den neuesten Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung orientieren. Danach gilt:

- Bei Fluglärmbelastungen mit einem Mittelungspegel von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts - berechnet als $L_{eq(3)}$ - wird die Grenze zur erheblichen Belästigung erreicht.
- Bei Fluglärmbelastungen von 60 dB(A) tags und 50 dB(A) nachts sind aus medizinischer Sicht Gesundheitsbeeinträchtigungen zu befürchten.
- Bei Fluglärmbelastungen oberhalb von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts sind Gesundheitsbeeinträchtigungen in Form von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu erwarten.
- Bei Fluglärmbelastungen von 45 dB(A) und mehr nachts sind erhebliche Schlafstörungen zu erwarten.

Um eine Gesundheitsbeeinträchtigung von Flughafenanwohnern auszuschließen, sollte demnach für die Tag-Schutzzone eins ein maximaler Wert von 60 dB (A) - berechnet als $L_{eq(3)}$ - eingeführt werden. Für die Nacht-Schutzzone 1 sollte der Wert 45 dB (A) nicht überschreiten, um erhebliche Schlafstörungen zu vermeiden. Ein Wert von $L_{eq3} = 45$ dB(A) wurde auch im alten Referentenentwurf des BMU von 2000 für die Nachtschutzzone vorgeschlagen, taucht aber nun nur in der Nacht-Schutzzone 2 für neue oder wesentlich baulich erweiterte Flugplätze auf. Auch nach der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts liegen die Schwellenwerte für gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend der Richtwerte der TA Lärm für Mischgebiete bei einem äquivalenten Dauerschallpegel von 60 dB(A) tags und 45 dB (A) nachts. Der Gesetz-

entwurf nimmt demnach erhebliche Belästigungen der Anwohner von Flugplätzen bewusst in Kauf und kann gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht sicher vermeiden. Damit verfehlt das Gesetz auch wesentliche Grundsätze des Umweltrechts, wie sie im Bundes-Immissionsschutzgesetz festgeschrieben sind, nämlich die Vermeidung von Gefahren, erheblichen Belästigungen und erheblichen Nachteilen.

Lärmschutz gilt für alle Flugrichtungen

Teilweise wird dieser Missstand dadurch wett gemacht, dass das Gesetz die Anwendung der 100-zu-100-Regelung bei der Festsetzung der Lärmschutzbereiche vorsieht. Diese Regelung trägt dem Vorsorgegedanken Rechnung, indem sie die Wirkung von Verkehrsverlagerungen bei langanhaltenden, ungewöhnlichen Witterungsbedingungen oder bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen einer stark belasteten Start- und Landebahn berücksichtigt. Für den Flughafen Frankfurt/Main gilt z.B., dass er nur zu 25 Prozent aller Tage bzw. nur von 25 Prozent aller Landungen aus Westen angeflogen wird. Gleichwohl können bei Schönwetterperioden Phasen von über einer Woche auftreten, in denen nahezu alle Maschinen im Minutentakt und dichter die Wohngebiete von Mainz, Rüsselsheim und weiteren Orten überfliegen. Die 100-zu-100-Regelung trägt diesem Problem Rechnung, indem sie die volle Belastungssituation für alle Betriebsrichtungen unterstellt. Die 100-prozentige Berücksichtigung der Betriebsrichtungen wird von der Luftverkehrslobby scharf bekämpft. Sie stellt aus dem VCD aber einen unverzichtbaren Bestandteil eines fortschrittlichen Gesetzes dar. Denn effektiver Lärmschutz an Gebäuden kann nicht kurzfristig und vorübergehend angebracht werden. Möglichen Spitzenbelastungen muss vielmehr dauerhaft Rechnung getragen werden. Die Anwendung der 100-zu-100-Regelung ist außerdem bereits vielfache Praxis der Immissionsschutzbehörden (zum Beispiel Planfeststellungsverfahren am Flughafen München, Regionalplanung in Hessen).

Positiv zu bewerten ist auch, dass erstmals die Nachtschutzonen auch mit Hilfe eines Maximalpegel-Kriteriums (maximale Anzahl von Einzelschallereignissen am Ohr des Schlafers) definiert werden. Der Entwurf sieht bei bestehenden Flugplätzen einen $L_{Amax} = 6$ mal 57 dB(A) bei der Nachtschutzzone 1 und einen $L_{Amax} = 4$

mal 55 dB(A) bei der Nachtschutzzone 2 vor. Für neue und wesentlich baulich erweiterte Flugplätze soll der L_{Amax} bei 6 mal 53 dB(A) bei der Nachtschutzzone 1 und bei 4 mal 52 dB(A) bei der Nachtschutzzone 2 liegen. Aus Sicht des VCD sollten die Maximalpegel am Ohr des Schlafers allerdings 4 mal 52-53 dB(A) nicht überschreiten.

Entschädigungszahlungen für Grundbesitzer dauern zu lange

Die lange zeitliche Streckung des Inkrafttretens der Kostenerstattungspflicht von Flughafenbetreibern an Grundstückseigentümer ist zu bemängeln. Die Lärm Betroffenen warten teilweise bereits seit über 30 Jahren auf eine Erstattung von Aufwendungen für baulichen Schallschutz. Nun müssen die Betroffenen teilweise bis zu dreizehn Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle warten, bis der Erstattungsanspruch vollständig greift. Denn bei Grundstücken, die nur aufgrund des Maximalpegelkriteriums der Nacht-Schutzzone 1 zugeordnet werden, soll die Pflicht zur Kostenerstattung erst elf Jahre nach Festsetzung des Lärmschutzbereiches greifen. Eine sofortige Entschädigung nach Festsetzung des Lärmschutzbereiches sieht der Gesetzentwurf für bestehende zivile Flugplätze nur bei einem Dauerschallpegel $L_{Aeq, Tag}$ über 70 dB(A) vor. Das sind Werte, die bei kaum einem Flugplatz in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Bei neuen bzw. wesentlich baulich erweiterten Flugplätzen greift ein sofortiger Erstattungsanspruch nur bei $L_{Aeq, Tag}$ über 65 dB(A). Nach der Rechtssprechung zum Flughafen München II ist dagegen bereits bei einem Wert von 64 dB(A) die Entschädigung des Außenwohnbereiches vorzusehen. Nach dem Gesetzentwurf sollen durch einen Flughafenausbau neu Betroffene, deren Belastung bei einem Mittelungspegel von 60-61 dB(A) liegt, erst neun Jahre nach Festsetzung des Lärmschutzbereiches Anspruch auf Entschädigung haben, obwohl selbst konservative Einschätzungen eine erhebliche Belästigung ab einem Pegel von 60-62 dB(A) annehmen. Bei einzelnen Flughafenausbauvorhaben sind auch niedrigere Werte festgelegt worden. Wird der Gesetzentwurf in dieser Form verabschiedet, dann findet eine finanzielle Begünstigung auszubauender Flugplätze gegenüber den vor kurzen planfestgestellten Flugplätzen statt, was aus Sicht des VCD nicht zu verantworten ist.

Bisher mussten Anlieger selbst den Schallschutz bezahlen

Fraglich ist, ob die Anwendung der im Novellierungsentwurf vorgeschlagenen Lärmwerte für bestehende zivile Flugplätze - trotz deutlicher Absenkung der Werte von 75 auf 65 bzw. 67 auf 60 dB(A) - überhaupt zu einer relevanten Ausdehnung der Lärmschutzzonen gegenüber den nach altem Fluglärmschutzgesetz ermittelten Lärmschutzzonen (Zugrundelegung eines modernen Flugzeugmixes mit leiseren Flugzeugen, Berechnung des L_{eq3} statt des L_{eq4}) führt. Lediglich für Flughäfen mit hohem Nachtfluganteil ist eine deutliche Ausdehnung des Lärmschutzbereiches zu erwarten, was aus Sicht des VCD wegen des hohen Schutzniveaus Nachtruhe auch gerechtfertigt ist. Sofern die Lärmschutzzone 1 künftig größer wird, ist auf jeden Fall folgende Tatsache zu berücksichtigen. Nach dem alten Fluglärmschutzgesetz wurde die Lärmschutzzone 2 auf der Basis des $L_{eq4} = 67$ dB(A) mit einem alten Flugzeugtypenmix und damit relativ umfassend definiert. Neue Wohnungen mussten in dieser Schutzzone seit 1974 mit Schalldämmung auf eigene Kosten errichtet werden, in den neuen Bundesländern galt diese Regelung seit 1990. Dies zeigt auch, dass die Infrastrukturkosten des wachsenden Luftverkehrs seit Jahrzehnten externalisiert und willkürlich den jeweiligen Flughafenanliegern aufgebürdet worden sind.

Der Gesetzentwurf sieht für bestehende zivile Flugplätze nun einen $L_{eq3} = 65$ dB(A) für die Tag-Schutzzone 1 mit dem entsprechenden Anspruch auf Schallschutz vor. Die Zahl der noch zu schützenden Wohnungen dürfte nicht allzu groß sein. Es kann sich in den alten Bundesländern nur um Wohnungen handeln, die vor 1974 errichtet worden sind, und in den neuen Bundesländern um Wohnungen, die vor 1990 errichtet worden sind und bei denen außerdem auch keine Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Nach einer Kostenschätzung des UBA kostet die Umsetzung des Gesetzes 500 Millionen Euro für die zivilen Flugplatzbetreiber und den Bund 100 bis 200 Millionen Euro für die militärischen Flugplätze, wobei es sich im Wesentlichen um die Finanzierung von passiven Schallschutzmaßnahmen handelt. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) geht hingegen von Kosten in Höhe von

einer Milliarde Euro für die zivilen Flugplatzbetreiber aus. Die Erklärung für den Unterschied: Das UBA geht davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren lediglich zwei Flughafenausbauten (Frankfurt/Main und Berlin-Schönefeld) realisiert werden. Die ADV rechnet hingegen mit Ausbauten von rund zehn deutschen Verkehrsflughäfen.

Je mehr Fluggäste, desto geringer der Aufschlag auf die Tickets

Die Kostenerstattung soll sich nach dem Gesetzentwurf auf 10 Jahre verteilen. Legt man die von UBA und ADV kalkulierten Schallschutzaufwendungen auf die Verursacher des Fluglärms, also die Passagiere um, ergibt sich eine durchschnittliche Kostenbelastung von ca. 0,70 bzw. 1,40 Euro je Flugticket. Berücksichtigt man weiter, dass die größten Kostenfaktoren nur entstehen, wenn die Flughäfen ihre Kapazität erheblich ausweiten, und unterstellt deshalb die prognostizierte Steigerung des Luftverkehrs um bis zu 100 Prozent in den nächsten zehn Jahren, dann halbieren sich die Zusatzkosten je Flugticket auf 0,35 bzw. 0,70 Euro. Je mehr Passagiere an einem Flughafen abgefertigt werden, desto geringer sind die zu erwartenden Kosten: 50 Cent pro Passagier für Düsseldorf und Frankfurt/Main einschließlich dessen Ausbau, ein Euro für den Nachtflughafen Köln/Bonn, 20 Cent für München, aber 3,0 Euro für Paderborn/Lippstadt. ■

Gastautor: Helmar Pless, VCD

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Luftverkehrsexperte Helmar Pless,
Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20
eMail: helmar.pless@vcd.org

Lesenswert

Kommunale Verkehrspolitik und Klimaschutz: Zukunft versiegelt?

Klimaschutz genießt nach Ansicht der Herausgeber keine Priorität mehr. Im Rahmen der EU-Richtlinie zum Emissionshandel werden zwar etwa 50 % der CO₂-Emissionen erfasst und reguliert. Doch der Verkehrssektor, dessen Emissionen in den meisten Industrieländern die meisten Sorgen bereiten, sei absichtlich davon ausgenommen. Hier müssten andere Maßnahmen ergriffen werden, und zwar von verschiedenen politischen Akteuren auf allen Ebenen von der EU bis zu den Kommunen. Die Untersuchung von Sylvie Grischkat widmet sich der kommunalen Ebene: Wie steht es mit Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr? Werden die Kommunen ihrer Verantwortung gerecht? (vl)

Zukunft versiegelt? Kommunale Verkehrspolitik und Klimaschutz, Bonn 2004, 44 S., kostenlos, Hrsg./Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel. 0228 / 359704, Fax 0228 / 92399356, eMail: info@forumue.de; www.forumue.de

Mobilitätsstile in der Freizeit

Wie hängen Freizeitverkehrsverhalten, Mobilität und Umweltbelastungen zusammen? Wie kann das Verkehrsverhalten in Richtung nachhaltige Mobilität verändert werden? Das ISOE- und das Öko-Institut analysierten erstmals bundesweit Lebensstile, Freizeitverkehrsverhalten und damit verbundene Umweltauswirkungen. Durch die Verknüpfung der Daten konnten Mobilitätsstile für unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und die damit verbundenen Umweltwirkungen herausgearbeitet werden. Der neue Ansatz zeigt, dass Art und Ausmaß des Freizeitverkehrs von "sozio-kulturellen Determinanten" - soziale Stellung, Motive, Orientierungen, Normen - abhängen. Wenn das Verkehrs- und Freizeitverhalten einer Gruppe bekannt ist, können die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Entkopplung der Freizeitmobilität vom Auto Erfolg haben. (vl)

Götz/Loose/Schmied/Schubert: Mobilitätsstile in der Freizeit - Minderung der Umweltbelastungen des Freizeit- und Tourismusverkehrs, UBA-Berichte 2/03, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2003, 227 S., 39,80 Euro, ISBN 3 503 07453 8

Proteste gegen weitere Einengung der Elbe

BUND: Keine Transparenz bei Baumaßnahmen vorhanden

Die nach dem Hochwasser vor zwei Jahren eingestellten Unterhaltungsarbeiten an den Stromregelungsbauwerken der Elbe sind im Juli wieder aufgenommen worden. Verkehrsminister Manfred Stolpe zufolge wurden die Maßnahmen fast zwei Jahre geprüft und von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung als hochwasserneutral und ökologisch unbedenklich eingestuft. Es gehe auch um viele hundert Arbeitsplätze, sagte Stolpe.

Der BUND kritisierte die fehlende Transparenz der Baumaßnahmen. Es sei immer noch nicht nachvollziehbar, warum diese Maßnahmen erforderlich seien, zumal die Elbe sich schon erheblich eingetieft habe. Eine weitere Einengung der Elbe würde das Problem der Eintiefung verschärfen. Inzwischen hat die Bundesanstalt für Gewässerkunde eingeräumt, dass die Eintiefung sich bereits bis fast zur Saalemündung ausgedehnt hat.

Damit sieht der BUND bisherige Befürchtungen bestätigt, wonach Park- und Auenlandschaften schleichend austrocknen. Eine Wiederinstandsetzung eines früheren Zustandes sei nicht möglich. Allein bei einer Eintiefung von einem Meter habe der Fluss bereits zehn Meter an Breite verloren. Damit handele es sich bei den "Instandsetzungsmaßnahmen" um ausbauähnliche Baumaßnahmen, kritisierte der BUND. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

NRW: 14.000 Staustufen hindern Fische am Wandern

Nordrhein-Westfalen untersuchte Passierbarkeit seiner Flüsse

Nordrhein-Westfalen hat die Passierbarkeit seiner Flüsse untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass kein einziges Gewässer von der Mündung bis zur Quelle durchgängig ist, teilte das Umweltministerium in Düsseldorf mit. Mehr als 14.000 Staustufen stünden Wanderfischen im Weg. Um die EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen, müssten alle beseitigt oder wenigstens mit Fischtreppen ausgestattet werden, was "finanziell untragbar" sei.

Auch Wasserkraftwerke als tödliche Hindernisse

Tödliche Hindernisse stellten auch die 340 Wasserkraftwerke in NRW dar. Selbst wenn man alle Wasserkraftwerke so umbauen würde, dass 95 Prozent der Fische unverletzt daran vorbeikommen würden, hätten die Wanderfische der Ruhr keine Überlebenschance. Sie müssten nämlich von der Quelle bis zur Mündung 42 Wasserkraftwerke überleben, andere Hindernisse nicht mitgerechnet.

Deshalb will das Umweltministerium die Wasserkraftbetreiber nur wenig behelligen. Scharfe Auflagen kommen nur auf die Stromerzeuger an drei größeren Flüssen zu: An der Rur in der Eifel, einem Nebenfluss der Maas, und an der linksrheinischen Ahr sowie an der rechtsrheinischen Sieg. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Umweltministerium NRW (MUNLV), Dr. Harald Friedrich, Schwannstr. 3, 40476 Düsseldorf
Tel. 0211 / 4566-0, Fax -388
eMail: poststelle@munlv.nrw.de
www.munlv.nrw.de

Überschwemmungsgebiete: Bauland-Umwidmung rechtens

Gericht: Hochwasserschutz geht vor

Die Ausweisung von Bauland als Überschwemmungsgebiet zum Hochwasserschutz ist keine Enteignung und muss nicht entschädigt werden. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Aus Gründen des Hochwasserschutzes sollen Überschwemmungsgebiete ausgewiesen werden. Dabei handelt es sich um Flächen, auf denen das Gewässer über die Ufer treten darf und sogar soll, um die Lage flussabwärts zu entspannen. Um die Ausweisung solcher Überschwemmungsgebiete gibt es jedoch Streit. Privaten Grundstückseigentümern ist das Bauen dort grundsätzlich untersagt, und Gemeinden können die Flächen nicht mehr als teures Bauland vermarkten.

Konflikte gab es beispielsweise in Rheinland-Pfalz, als entlang des Wiesbachs ein Überschwemmungsgebiet ausgewiesen wurde. Sieben Gemeinden aus der Nähe von Bad Kreuznach klagten dagegen, weil auch Flächen einbezogen wurden, die bereits als Bauland bestimmt waren. Dies sei de facto eine Enteignung und muss nach Ansicht der Kommunen wenigstens entschädigt werden.

In einem Grundsatzurteil hat das Bundesverwaltungsgericht dies jedoch nun zurückgewiesen. Eigentum und Planungsfreiheit der Gemeinden würden durch den Hochwasserschutz nicht eingeschränkt, sondern lediglich ausgestaltet. Das Bauverbot sei keine unverhältnismäßige Belastung, da es dem Gemeinwohl diene.

Die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten sei auch keine planerische Entscheidung, urteilte das Gericht, sondern nur die Umsetzung der Berechnung des Raumes, den ein Hochwasser benötigt, wie es alle 50 Jahre vorkommen kann. Wer vor Ausweisung des Überschwemmungsgebiets gebaut hat, genießt allerdings Bestandsschutz. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser, Michael Bender, c/o Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

Wasserkreislauf bei Papierherstellung geschlossen

Düsseldorfer Herstellerfirma schaffte Durchbruch

Der Düsseldorfer Papierfabrik Julius Schulte Söhne ist ein Durchbruch bei der Schließung des Wasserkreislaufes gelungen. Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wurde ein Kreislaufsystem erprobt, das jährlich 260.000 Kubikmeter Abwasser und damit 400.000 Euro Kanalgebühren einspart. Um den Wasserkreislauf schließen zu können, dasselbe Wasser also immer wieder für die Produktion zu nutzen, müssen Störstoffe qualitativ hochwertig aus dem Kreislaufwasser entfernt werden.

In Zusammenarbeit mit einer niederländischen Firma und der TU Darmstadt entwickelte die Firma Schulte eine Kreislauf-Wasser-Behandlungsanlage. Die Anlage besteht aus drei Reaktoren. Das belastete Wasser wird zunächst in einem speziellen Turmreaktor ohne Luftzufuhr vergoren. Anschließend wird das anaerob vorgereinigte Kreislaufwasser in zwei Belüftungsreaktoren entkalkt.

Die Reinigung des Kreislaufwassers soll so gut sein, dass hohe Qualitätsstandards bei der Papierfabrikation gewährleistet werden können. Auch Geruchsbelästigungen könnten jetzt ausgeschlossen werden. Darüber hinaus werden keine zusätzlichen Chemikalien benötigt.

Wegen seines Pilotcharakters hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Projekt mit rund 635.000 Euro unterstützt. Nun will die DBU das Verfahren in der Branche verbreiten. In einem Fachverband der Papierindustrie wurde ein Arbeitskreis "Geschlossene Wasserkreisläufe" gegründet. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Papierfabrik Julius Schulte Söhne GmbH & Co., Betriebsleiter Georg Pinggen, Fruchtstr. 28, 40223 Düsseldorf
Tel. 0211 / 31083-26, -0, Fax -55
eMail: info@schulte-papier.de
www.schulte-papier.de

Gewässergütebewertung: Oft kein "guter Zustand"

EG-Wasserrahmenrichtlinie "färbt" deutsche Flüsse rot

Herausragendes Thema der vierten Informationsveranstaltung des Bundesumweltministeriums (BMU) zur Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie der EU am 8. Juni in Bonn war der "Bericht 2005": Die erste Bestandsaufnahme über den Zustand von 122 großen Flusseinzugsgebieten in Europa muss bis zum 22. März 2005 in Brüssel auf dem Tisch der EU-Kommission liegen. Bei über 50 Prozent der Fließgewässer in Deutschland ist bereits jetzt klar, dass bis zum Jahr 2015 der in der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie geforderte "gute Zustand" nicht erreicht werden kann. Bei weiteren 36 % der Fließgewässerstrecken ("Wasserkörper") ist es derzeit fraglich, ob der "gute Zustand" fristgerecht erreicht werden kann.

In der Diskussion um die Modalitäten der Bestandsaufnahme der Flusseinzugsgebietseinheiten wurde in Bonn eine Befürchtung immer wieder artikuliert: Werden durch eine "pessimistisch" ausgerichtete Bestandsaufnahme die bisherigen Leistungen der deutschen Wasserwirtschaft diskreditiert? Führt der Vollzug der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie zu einem ungerechtfertigten Imageschaden für die deutsche Wasserwirtschaft?

Fließgewässer: Über 50% erreichen "guten Zustand" nicht

Mit einer "pessimistischen" Darstellung des Gewässerzustandes wird das "One-out-all-out"-Prinzip der Richtlinie umschrieben. Dieses Prinzip bedeutet, dass eine Zielverfehlung auch bei nur einem Qualitätskriterium voll auf das Gesamtergebnis durchschlägt. Das führt dazu, dass die neuen Gewässergütekarten überwiegend eine tiefrote Einfärbung zeigen werden. Stellvertretend für nicht wenige Verbände betrachteten die Industrie- und Handelskammern das Verfahren bei der Gewässerbewertung wegen der problematischen Öffentlichkeitswirkung als sehr kritisch - zumal durch eine überwiegend rote Farbgebung auf den neuen Gewässergütekarten "ein erheblicher Handlungsbedarf" suggeriert werde. "Wird damit nicht vorgetäuscht, dass alles was bislang erreicht worden ist, vergeblich war?" Skeptisch wurde auch danach gefragt, "ob wir uns mit der pessimistischen Herangehensweise noch im EU-Geleitzug oder be-

reits auf einem deutschen Sonderweg befinden".

Nur eine Frage der Kommunikation?

Die Ministeriumsvertreter/innen aus Bund und Ländern konnten angesichts der weit verbreiteten Skepsis in der versammelten Verbändelandschaft gegenüber dem One-out-all-out-Prinzip nur noch einmal darauf hinweisen: "Das ist eine Frage der Kommunikation. Die Fachwelt muss es der irritierten Öffentlichkeit erklären!" Der für manchen Diskussionsredner drohende Handlungsbedarf werde deutlich geringer, wenn man die zahlreichen Ausnahmeregelungen in Anspruch nehme, die die Richtlinie zu bieten hat. Bestimmend in den Ausführungen der Ministeriumsmitarbeiter/innen war zudem der Hinweis, dass es sich bei den Bestandsaufnahmen nur um vorläufige Einschätzungen handeln wird, deren möglicherweise unbequeme Ergebnisse man der Öffentlichkeit aktiv erläutern müsse.

Um einer allzu negativen Öffentlichkeitswirkung vorzubeugen, hat sich die Länderearbeitsgemeinschaft Wasser auch auf eine neue Sprachregelung geeinigt. Statt von einer negativ geprägten "Gefährdung" der Gewässer spricht man jetzt von "Einschätzung der Zielerreichung". Abonent/innen können einen ausführlichen Bericht über die BMU-Veranstaltung zum aktuellen Stand der Umsetzung der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie per eMail anfordern. ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU

• Kontakt/Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Arbeitskreis Wasser, Nikolaus Geiler, Rennerstr. 10, 79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
eMail: nik@akwasser.de
www.akwasser.de

NRW: Naturschutzprojekt "Ahr 2000" abgeschlossen

Bundesprogramm Natur und Landschaft sichert naturnahen Zustand

Bei der Schlusspräsentation des Naturschutzprojekts "Ahr 2000" hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Mai eine positive Bilanz gezogen. Sieben Millionen Euro waren seit 1993 in das 130 km² große Einzugsgebiet der oberen Ahr im nordrhein-westfälischen Teil der Eifel investiert worden, um die Naturnähe und gute Fließgewässerdynamik des linksrheinischen Nebenflusses zu erhalten. Wegen der geringen Beeinträchtigung der Gewässergüte sind hier noch die für diese Region typischen Fischlebensgemeinschaften anzutreffen.

Laut BfN konnte der naturnahe Zustand gesichert und optimiert sowie auch ein Beitrag zum naturgerechten Hochwasserschutz geleistet werden. Im Rahmen des Projekts wurden umfangreiche Maßnahmen in enger Kooperation mit der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft durchgeführt. 575 ha Flächen wurden erworben, Fichtenaufforstungen in Auwald umgewandelt und Uferandstreifen in den landwirtschaftlich genutzten Tälern angelegt. In der Ahr wurden Wehre beseitigt, um die Durchgängigkeit für Fische, Muscheln und Krebse wiederherzustellen. "Ahr 2000" hat laut BfN auch gezeigt, "dass Naturschutz nur erfolgreich ist, wenn ihn die Menschen vor Ort tragen".

Bundesprogramm für großflächige Naturschutzprojekte

"Ahr 2000" war für das BfN Anlass, auf das Bundesprogramm zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung hinzuweisen. Das Bundesprogramm fördert insgesamt 60 Vorhaben. 32 Projekte sind bereits abgeschlossen, 28 befinden sich in der Durchführung, weitere in der Planung. Das 1979 begonnene Programm ist einer der größten Naturschutz-Fördertitel in Deutschland mit einem jährlichen Etat von derzeit 15 Mio. Euro. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-280, Fax -299
eMail: presse@bfn.de
www.bfn.de

Bündnis gegen Wasser-Privatisierung

Eigenbetriebe gewährleisten Transparenz

Zum dritten Mal haben sich Initiativen aus verschiedenen deutschen Kommunen getroffen, die sich jeweils in ihrer Stadt gegen die (Teil-)Privatisierung kommunaler Wasser- und Abwasserbetriebe engagieren.

Der Kaufmännische Leiter des Münchener Abwasserbetriebes, Schwarz, informierte über Vor- und Nachteile des Eigenbetriebs. Ein Vorteil gegenüber Eigengesellschaft, GmbH oder Aktiengesellschaft sei die Transparenz. Über den Werksausschuss könnten sich die Stadträte einen fundierten Einblick in die betrieblichen Abläufe verschaffen. Demgegenüber könne das Management von Stadtwerkgesellschaften die Politik an die Wand spielen.

Unionsgeführte Bundesregierung könnte noch mehr privatisieren

Auch gegenüber den in verschiedenen Großstädten für die Abwasserentsorgung gebildeten "Anstalten des öffentlichen Rechts" zeigte sich Schwarz skeptisch: Es müsse erwartet werden, dass diese nur die Vorstufe zum Übergang zur Abwasser-GmbH oder zur Aktiengesellschaft seien. Der Münchener Abwasserfachmann befürchtet darüber hinaus für den Fall, dass sich nach der nächsten Bundestagswahl eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung etabliert, einen verschärften Privatisierungskurs. Dagegen müsse sich das Management der kommunalen Eigenbetriebe heute schon wappnen.

► Wer an einer Mitarbeit in dem Städtebündnis interessiert ist, kann sich in die Wasser-für-Alle-Mailingliste eintragen lassen. (ab, mb) ■

● Kontakt/Informationen

Nikolaus Geiler, Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Rennerstr. 10, 79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
eMail: nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Mailingliste "Wasser für Alle":
<http://groups.yahoo.com/group/wasserf-alle>

Lesenswert

Gewässerzustand: Handbuch für kostengünstige WRRL-Maßnahmen

Mit welchen Maßnahmen ist ein guter Gewässerzustand nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu erreichen? In Zeiten knapper Kassen stellen sich sowohl Fragen nach deren ökologischer Wirksamkeit als auch nach deren ökonomischer Effizienz. Hier hilft das UBA-Handbuch "Grundlagen für die Auswahl der kosteneffizientesten Maßnahmenkombinationen zur Aufnahme in das Maßnahmenprogramm nach Artikel 11 WRRL". Das praxisorientierte Buch bietet Argumentationsgrundlagen für die öffentliche Diskussion zwischen den politischen und behördlichen Entscheidungsträgern und den von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen Betroffenen. Damit unterstützt es auch die Länder bei der Umsetzung der WRRL. (ab)

"Grundlagen für die Auswahl der kosteneffizientesten Maßnahmenkombination zur Aufnahme in das Maßnahmenprogramm nach Artikel 11 WRRL - Handbuch", UBA-Texte 02/04 (dt.), 24/04 (engl.), 245 S., kostenlos; Bezug: UBA/ZAD, PF 33 00 22, 14191 Berlin, Fax 030 / 89032912, eMail: info@umweltbundesamt.de, PDF-Download: www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/oekonom.htm

■

EU fördert Umweltverbände

Anträge auf Zuschüsse jetzt stellen

► Die EU-Kommission hat europäische Nichtregierungsorganisationen (NGO), die hauptsächlich im Bereich des Umweltschutzes und der Förderung der nachhaltigen Entwicklung tätig sind, aufgefordert, Anträge auf die Gewährung von Zuschüssen jetzt einzureichen. Auch Tierschutzorganisationen können sich an dem Programm beteiligen, sofern ihre Tätigkeiten Umweltschutzziele dienen.

An dem Programm können europäische NGOs teilnehmen mit Sitz (rechtliche Registrierung) in den EU-Mitglieds- und Kandidatenländern sowie den Balkanstaaten.

Die Unterstützung zielt insbesondere auf die vorrangigen Aktionsbereiche des 6. Umweltaktionsprogramms der EU ab:

- Klimaschutz
- Naturschutz/Artenvielfalt
- Schutz einer einzigartigen Ressource
- Gesundheit und Umwelt
- Abfall und Ressourcenmanagement
- EU-Umweltrecht
- Umwelterziehung

Die Vorschläge sind bis spätestens 1. Oktober 2004 einzureichen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil, Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222
eMail: eu-de-kommission@cec.eu.int
www.eu-kommission.de

Förderpreise für Nachwuchswissenschaftler

Engagierte Abschlussarbeiten werden prämiert

Die Gregor Louisoder Umweltstiftung vergibt Förderpreise an Nachwuchswissenschaftler, die sich mit ihren Abschlussarbeiten außergewöhnlich für den Umwelt- und Naturschutz engagiert haben. Die Ergebnisse müssen für die Umweltschutzarbeit relevant sein oder Praxisbezug haben.

Die Förderpreise sind mit jeweils 2500 Euro dotiert, weitere 2500 Euro werden dem Preisträger als zweckgebundene Unterstützung für eine Fortführung der wissenschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung gestellt.

Arbeiten mit folgenden Forschungsschwerpunkten werden berücksichtigt:

- Biologie
- Geowissenschaften
- Umweltwissenschaften
- Forstwissenschaften
- Agrarwissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften

► Arbeiten können fortlaufend eingereicht werden. Die Bewertung und Entscheidung über die Preisvergabe findet innerhalb von 6 Monaten nach Einreichung statt. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Gregor Louisoder Umweltstiftung, Brienner Str. 46, 80333 München
Tel. 089 / 54212142
eMail: info@umweltstiftung.com
www.umweltstiftung.com

Naturschutzwettbewerb muna 2004

Auszeichnung für ehrenamtlichen Einsatz

DBU und ZDF veranstalten seit 2001 den Naturschutzwettbewerb muna - Mensch & Natur. Auch in diesem Jahr werden fünf Privatpersonen und Initiativen ausgezeichnet, die sich ehrenamtlich für Projekte zur Erhaltung und Förderung der Natur engagieren. Zu den Preisträgern gehören auch Personen, die in besonderer Weise für die Kommunikation von Naturschutzthemen einsetzen. Durch die Würdigung einzelner Bürger und Gruppen soll Akzeptanz und Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement gefördert werden.

► Eine Jury aus Vertretern führender deutscher Naturschutzverbände wird aus den eingesandten Bewerbungen fünf Preisträger auswählen. Jeder erhält 5000 Euro und wird mit seinem Projekt in einem kurzen Sendebeitrag im ZDF vorgestellt. Die Preisverleihung ist für den 7. November 2004 vorgesehen. Einsendeschluss für Vorschläge ist der 21. September. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Dr. Uwe Fuellhaas, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück
Tel. 0541 / 96339-30, Fax -90
eMail: u.fuellhaas@dbu.de
www.dbu.de/muna.html

Öko-Rente 2004 für Journalisten

Journalistenpreis der Öko-Brauerei Neumarkter Lammsbräu

Die Ausschreibung der "Öko-Rente" erfolgt in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge, für Journalisten das zweite Mal. Ausgezeichnet werden Beiträge, die in deutschsprachigen Medien in der Zeit von August 2003 bis Juli 2004 veröffentlicht wurden und "das nachhaltige soziale und ökologische Denken und Handeln positiv beeinflusst haben".

Die Ökorente in Höhe von 10.000 Euro wird von der Öko-Brauerei Neumarkter Lammsbräu in insgesamt vier Kategorien ausgeschrieben. Neben Journalisten zählen hierzu Mitarbeiter, Lieferanten und Konsumenten der Lammsbräu-Brauerei.

► Die Bewerbungsunterlagen können bei Neumarkter Lammsbräu angefordert werden. Einsendeschluss ist der 17. September. Die Ehrung und die Preisübergabe erfolgen am 26. November in Neumarkt in der Oberpfalz. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Neumarkter Lammsbräu, Amberger Str.
1, 92318 Neumarkt
Tel. 09181 / 404-27, Fax -49
eMail: info@lammsbraeu.de
www.lammsbraeu.de

Übersicht: Umweltpreise im deutschsprachigen Raum

Zusammenstellung auf www.wasser-wissen.de

Das Institut für Umweltverfahrenstechnik an der Universität Bremen hat eine umfassende Zusammenstellung von Umweltpreisen im deutschsprachigen Raum erarbeitet. Die bereits erfassten 80 Preise in der Datenbank des Projekts "Wasser-Wissen" reichen vom dreistellig dotierten regionalen Preis für Schüler bis zum Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (BDU), der mit einer halben Million Euro dotiert ist.

► Durch zusätzliche Nachmeldungen der Nutzer/innen soll die Liste weiter vervollständigt werden. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Universität Bremen, Institut für Umweltverfahrenstechnik, Norbert Rübiger
Tel. 0421 / 218422
eMail: info@iuv.uni-bremen.de
www.wasser-wissen.de/linklisten/umweltpreis.htm

Termine

Bundesweit relevante Umwelt-Termine
...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine
...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet
...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).
DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet
- www.eco-events.de
- www.energiekalender.de
- www.uvp.de/termine.html
- www.bmu.de/termine - "Konferenzen..."
- www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4
- www.nna.de
- www.umkehr.de - "Termine" (Verkehr)

Ihre Umwelt-Termine
...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

September

ab 9.9., Magdeburg
Ausstellung über das Atommülllager Morsleben
Greenkids Magdeburg e.V.
Tel. 0162 / 7868204
mail@greenkids.de
www.greenkids.de

12./13.9., Mainz
Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft
Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.
Tel. 07272-3648, Fax -76612
stiftung-fuer-oekologie-u-demo@t-online.de

12.9., Köln
Landwirtschaft und Gentechnik
BioSkop e.V., Erika Feyerabend,
Tel. 0201 / 5366706
erika.feyerabend@t-online.de

13./14.9., St. Gallen (Schweiz)
Nachhaltiges Management als Lernprozess
Institut für Wirtschaft und Ökologie, Petra Schoele
Tel. 004171 / 224-2591, Fax -2722
iwoeforum@unisg.ch
www.iwoe.unisg.ch/forum2004

14.9., Frankfurt a. M.
Die neue Umweltprüfung
Tagung; Deutscher Städtetag, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten
Tel. 030 / 278715-0, Fax -55
info@bdla.de

14.9., Königswinter
Natur- und Umweltbildung im 20. Jahrhundert
Stiftung Naturschutzgeschichte
Tel. 02223 / 7005-70, Fax -80
zentrale@naturschutzgeschichte.de

14.9., Münster
Bauen und Wohnen mit nachwachsenden Rohstoffen
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe
Tel. 03843 / 6930-0, Fax -102
info@fnr.de
www.fnr.de/bauenundwohnen

16.-22.9., europaweit
Europäische Mobilitätswoche
EU-Kommission; Koordination in Deutschland: Edmund Flöber, Klima-Bündnis, Frankfurt am Main
Tel. 069 / 717 139 23
e.floesser@klimabuendnis.org
www.mobilityweek-europe.org/thematic/safe_streets.html

16.9., Köln
Radverkehrskongress 2004
AG Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW
Tel. 02151 / 864-283, Fax -269
info@fahrradfreundlich.nrw.de
www.fahrradfreundlich.nrw.de

16.9.-3.10., bundesweit
Naturathlon 2004
Bundesumweltministerium (BMU); Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn
Tel. 0228 / 84912-80, Fax -99
info@naturathlon.de
www.naturathlon.de

17.9., Köln
Kinder in Bewegung
AG Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW; P3 Agentur für Kommunikation und Mobilität
Tel. 0221 / 20894-0, Fax -44
info@p3-agentur.de
www.p3-agentur.de

17.-19.9., Laufen
Naturschutzwacht-Ausbildung
Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege
Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
poststelle@anl.bayern.de

20.-26.9., bundesweit
Woche der Zukunftsfähigkeit
Ufa-Fabrik/id22, Grüne Liga Berlin, Gudrun Vinzing
Tel. 030 / 443391-64, Fax -33
week@grueneliga.de
www.woche-der-zukunftsfahigkeit.de

20.-26.9., bundesweit
Faire Woche 2004
Forum Fairer Handel; Weltladen-Dachverband, Mainz
Tel. 06131 / 689079-3, Fax -9
info@fairewoche.de
www.fairewoche.de

20./21.9., Leipzig
Erhaltung und Verbesserung von Freiraumqualitäten bei gleichzeitiger innerstädtischer Verdichtung
Deutscher Rat für Landespflege (DRL)
Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727
drl-bonn@t-online.de
www.landespflege.de

21./22.9., Augsburg
Umweltrisiken von Nanomaterialien
Institut für Physik der Universität Augsburg, Simon Meißner
Tel. 0821 / 59830-04, Fax -02
meissner@wzu.uni-augsburg.de
www.amu-augsburg.de

22.9., bundesweit
Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten
FUSS e.V., Berlin
Tel. 030 / 4927473
info@fuss-ev.de

23.-25.9., Hamm

Grünes Geld. Erfolgreich investieren in Umwelt und Ethik

Öko-Zentrum NRW, Tobias Karsten
Tel. 02381 / 30220-0, Fax -30
karsten@oekozentrum-nrw.de
www.gruenes-geld.de

23.9., Bremen

Anaerobe Technologie und Biogas

IBBK Bioenergie-Kompetenzzentrum;
FNBB Fördergesellschaft Bioenergie
Tel. 07954 / 9262-03, Fax -04
info@biogas-zentrum.de
www.biogas-zentrum.de

24.-26.9., Meuchefitz/Wendland

Anti-Atom-Herbstkonferenz

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Tel. 05841 / 4684, Fax - / 3197
bi-luechow@t-online.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

24.-26.9., Neuenweg/Schwarzwald

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

25.9., Wittenberg (Sachsen-Anhalt)

Perspektiven der EU-Agrarpolitik in den Mitglieds- und Beitrittsstaaten

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt
Tel. 0345 / 2023927
info@hbs-sachsen-anhalt.de

25.9., Berlin

Ergrünnt die Biotechnologie?

Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Loske
Tel. 030 / 2277-1647, Fax -6307
reinhard.loske@wk2.bundestag.de

27.-30.9., Potsdam

Sustainable Corporate Governance

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin
Tel. 030 / 88-459421, Fax -25439
kathrin.ankele@ioew.de
www.ioew.de

27.9., Berlin

Umweltmanagement und Solarenergie in Kirchengemeinden

Umweltbüro der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Reinhard Dalchow
Tel. 030 / 417242-28, Fax -29
umweltbuero-der-ekbo@t-online.de

28.-30.9., Hamburg

Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?

Max-Planck-Institut für Meteorologie, Dr. J. Lozán
Tel. 040-428386676, Fax -4304038
lozan@uni-hamburg.de
www.Lozan.de

29.9., Frankfurt a. M.

Nachhaltige Waldwirtschaft: FSC im Kleinprivatwald

FSC Deutschland, Kristin Vollmar
Tel. 0761 / 38653-53, Fax -79
info@fsc-deutschland.de
www.fsc-deutschland.de

29.9.-1.10., Hamburg

Unternehmens-Engagement für Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management - B.A.U.M. e.V.
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99
info@baumev.de
www.baumev.de

30.9., Magdeburg

Zeit für mehr Nachhaltigkeit

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt
Tel. 03491 / 4-9880, Fax -00706
ev-akademie-wittenberg@t-online.de
www.ev-akademie-wittenberg.de

Oktober

1./2.10., Wiesenfelden (Niederbayern)

Nachhaltigkeit zum Kochen bringen

Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden (bei Straubing)
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

1.-3.10., Verden (bei Bremen)

Privatisierung und Umweltschutz:

GATS, TRIPS, IWF und Weltbank
Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

1.-3.10., Schwerte (bei Dortmund)

Mythos Wachstum

AG Alternative Weltwirtschaftsordnung, Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 900281-10, Fax -99

2.10., europaweit

Lkw-Transit: Wer zahlt die Rechnung?

Bündnis LSVA für Europa e.V., Heike Aghte, Rathausstr.17, 10178 Berlin
Tel. 0170 / 5389971
eMail: heike.aghte@t-online.de
www.ite-euro.com

3.10., bundesweit

Tag der Regionen

Tag der Regionen, Christiane Sasse
Tel. 05643 / 94-9271, Fax -8803
tagderregionen@freenet.de
www.tag-der-regionen.de

5.10., Hannover

Gute fachliche Praxis der FFH-Verträglichkeitsprüfung

Tagung; Bundesverkehrsministerium, BDLA
Tel. 030 / 27871-50, Fax -555
info@bdla.de
www.bdla.de

5.-7.10., Hamburg

Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?

Max-Planck-Institut für Meteorologie, Dr. J. Lozan, Hamburg
Tel. 040 / 4-28386676, Fax -304038
lozan@uni-hamburg.de
www.Lozan.de

6.-9.10., Potsdam

7. UVP-Kongress 2004 - Instrumente der Umweltverträglichkeitsprüfung

UVP-Gesellschaft e.V., Dietmar Pyrlrik
Tel. 02381 / 521-29, Fax -95
pyrlrik@uvp.de
www.uvp.de

6.-8.10., Würzburg

Rote Listen: Barometer der Biodiversität

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Laufing
Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
anmeldung@anl.bayern.de

14.10., Mainz

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie

Ministerium für Umwelt und Forsten, Karl-Herbert Heller
Tel. 06131 / 164-640, Fax -469
karl.heller@www.rlp.de
www.muf.rlp.de

15.10., Berlin

Nächste Etappe... Deutschland auf dem Weg in die Nachhaltigkeit

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Büro Winfried Hermann
Tel. 030 / 2277-1950, Fax -6399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

15./16.10., Magdeburg

Binnenschifffahrt auf lebendigen Flüssen

Heinrich-Böll-Stiftung u.a.; Lebendige Flüsse, Michael Walthers, Berlin
Tel. 030 / 28534-0, Fax -108
fluesse@boell.de

15./16.10., Wiesenfelden (Niederbayern)

Nachhaltigkeit - eine Frage des Lebensstils?

Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

16.10., Freiburg/Br.

Verleihung der Deutschen Solarpreise 2004

Eurosolar e.V., Bonn
Tel. 0228 / 3623-73, Fax -75
inter_office@eurosolar.org
www.eurosolar.org

16.10., Feldberg (Baden-Württemberg)

Natur als Kulisse: Tourismus contra Naturschutz?

Landesnaturschutzverband; Akademie Bad Boll
Tel. 07164 / 79-225, Fax -525
sybille.kehrer@ev-akademie-boll.de

17.-24.10., Bachheim im Schwarzwald

Biologische Vielfalt - Chancen und Gefährdung

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt - Umweltwerkstatt Erich Lutz
Tel./Fax 0761 / 580518
post@erichlutz.de
www.erichlutz.de/umweltwerk/uweb.html

18.-22.10., Leipzig

11. Magdeburg-Seminar: Wasser in Osteuropa

Umweltforschungszentrum (UFZ), Dr. Hildegard Feldmann, Leipzig
Tel. 0341 / 235-2264, Fax -2782
feldfrau@pro.ufz.de
www.leipziger-kubus.de

18.-22.10., Bad Kösen (Thüringen)

Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren

Kirchliches Forschungsheim (KFH), Ulrich Seidel, Katja Geißler, Wittenberg
Tel. 03491 / 46709-0, Fax -71
forschungsheim@kfh-wb.de
www.forschungsheim.de

19./20.10., Schwedt (Brandenburg)

Verwertung von in Schutzgebieten anfallender Biomasse

Deutsch-Polnisches Umweltbildungszentrum; Akademie Schloss Criewen
Tel. 03332 / 8388-40, Fax -48
brandenburgische.akademie@addcom.de
internationalpark.gmbh@tiscalinet.de
www.brandenburgische-akademie.de

20.-23.10., Freiburg/Br.

Ökimedia 2004 - Umweltfilmfestival

Ökimedia Institut für umweltbezogene Medienarbeit e.V., Heinrich-Böll-Stiftung
Tel. 030 / 28534-0, Fax -109
info@boell.de
www.boell.de

21.10., München

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Workshop; DNR/BUND/NABU
DNR, Annette Littmeier, Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
annette.littmeier@dnr.de
www.dnr.de

24./25./26.10., Köln/Leipzig/Hamburg

Exporte gegen Armut?

BUND, Greenpeace, Attac; Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
Tel. 030 / 28534-0, Fax -109
info@boell.de
www.boell.de

26.10./27.10., Schwedt (Brandenburg)

Pflege und Entwicklung von Flussauen- und Seenlandschaften in Mitteleuropa

Deutsch-Polnisches Umweltbildungszentrum, Akademie Schloss Criewen
Tel. 03332 / 8388-40, Fax -48
brandenburgische.akademie@addcom.de
www.brandenburgische-akademie.de

29.10., Leipzig

Naturparke - Perspektive für ländliche Räume

Verband Deutscher Naturparke, Bonn
Tel. 0228 / 92128-60, Fax -69
info@naturparke.de
www.naturparke.de

November

5.-7.11., Hannover

Der andere Blick: Gender Mainstreaming in der Raumplanung

Tagung; SRL e.V., Berlin
Tel. 030 / 2787468-0, Fax -13
info@srl.de
www.srl.de

6.11., Berlin

DNR-Mitgliederversammlung

DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de
www.dnr.de

6.11., Rendsburg

Erheblich veränderte Gewässer

BUND Schleswig-Holstein, Dr. Ina Walenda, Kiel
Tel. 0431 / 66060-50, Fax -33
ina.walenda@bund-sh.de
www.bund-sh.de

10.11., Lüneburg

Spannungsfeld von Hochwasser- und Naturschutz an Elbe, Oder und Donau

Stiftung Leben & Umwelt; Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen, Hannover
Tel. 0511 / 301857-0, Fax -14
info@slu-boell.de
www.slu-boell.de

11./12.11., Quedlinburg (Sachsen-Anhalt)

Alternativen zur Gentechnik in der Pflanzenzüchtung

Bundesanstalt für Züchtungsforschung; agravivendi gGmbH, Cornelia Wiethaler, Überlingen
Tel. 07551 / 91-200, Fax -201
info@agravivendi.org
www.agravivendi.org

11./12.11., Würzburg

Welche Informationsmedien braucht Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Akademie für Natur und Umwelt Schleswig-Holstein, Dr. Dietmar Fahnert
Tel. 04321 / 9071-40
info@umweltakademie-sh.de
www.umweltakademie-sh.de

12./13.11., Wiesenfelden (Niederbayern)
**Neue Formen des Engagements:
 Zukunftspiloten, kreative Aktionen,
 Geschlechtergerechtigkeit**

Seminar; Bund Naturschutz Bildungswerk,
 Wiesenfelden
 Tel. 09966-1270, Fax -9020059
 bw@bund-naturschutz.de
 www.bn-bildungswerk.de

12.-14.11., Steyerberg (Niedersachsen)
**Erfolgreiche Ökodörfer und
 Gemeinschaften**

Ökodorf-Institut, Hausen
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

13.11., Berlin

**Die WTO nach dem Scheitern der
 Verhandlungen von Cancún**

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-
 Stiftung, Peter Schott
 Tel. 030 / 61128966
 schott@bildungswerk-boell.de
 www.bildungswerk-boell.de

18.-20.11., Havelsee

**Kampagnentraining. Kleines Geld -
 großes Ziel**

Stiftung Mitarbeit
 Tel. 0228 / 6042-40, Fax -422
 info@mitarbeit.de

19./20.11., Laufen

**Natur- und Landschaftsführer/innen:
 Ausbildung und Abstimmung**

Bayerische Akademie für Naturschutz und
 Landschaftspflege
 Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
 poststelle@anl.bayern.de
 www.anl.bayern.de

24./25.11., Greifswald (Vorpommern)

**Steuerungsimpulse für eine
 nachhaltige Regionalentwicklung**

Akademie für nachhaltige Entwicklung
 Mecklenburg-Vorpommern; Institut für
 Kreislaufwirtschaft, Bremen
 Tel. 0421 / 5905 23-11, Fax -49
 wittmai@hs-bremen.de
 www.IKrW.de

26.-28.11., Verden (bei Bremen)

**Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu
 leben?**

Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttim-
 malai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

27.11., Düsseldorf

**Goldene Bilanzen: Ökonomie frisst
 Ökologie**

Tagung; Coordination gegen Bayer-Gefah-
 ren, Düsseldorf
 Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40
 eMail: cbgnetwork@aol.com
 www.CBGnetwork.org

Januar 2005

16./22.1., Laufen

**EU-Habitat-Richtlinie, kontinentale
 und pannonische Region**

Fachtagung Insekten (engl.); Bayerische
 Akademie für Naturschutz und Land-
 schaftspflege
 Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
 poststelle@anl.bayern.de
 www.anl.bayern.de

September 2005

22.-25.9., Augsburg

**Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare
 Energien**

Erneuerbare Energien Kommunikations-
 und Informationsservice GmbH, Miriam
 Hegner
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
 redaktion@energie-server.de
 www.renexpo.de
 (db, ab) ■

**Aktuelle Umwelt-
 Informationen per eMail**

**Kostenlose Newsletter:
 www.dnr.de/umweltinfo**

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu
 ausgewählten ökologischen Themen sen-
 den eine Reihe von Informationsdiensten
 per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das
 Spektrum reicht von allgemeinen Umwelt-
 informationsdiensten über gängige The-
 menbereiche wie Energie oder Gentechnik
 bis zu speziellen Angeboten etwa zu um-
 weltfreundlicher Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zu-
 sammengestellte, nach Themen geordne-
 te Übersicht von über 40 solcher eMail-
 Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)

www.dnr.de/umweltinfo



**Grünes Forum:
 Umwelt-Diskussion im Internet**

**Interessierte und Experten können sich
 zu diversen Themen austauschen**

Das "Grüne Forum" ist eine ökologische
 Diskussionsplattform im Internet. In dem
 partei- und verbandsunabhängigen On-
 line-Forum können Informationen und
 Meinungen zu Umweltthemen ausge-
 tauscht werden. Gegliedert ist das Forum
 nach Themen (Artenschutz, Bildung,
 Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Natur-
 schutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirt-
 schaft) und nach Bundesländern. (ab)

www.gruenes-forum.net



TV-Vorschau Natur- und Umweltfilme

Eine Vier-Wochen-Vorschau über Natur- und Umweltsendungen im Fernsehen bietet die TV-Zeitschrift Prisma auf ihrer Internetseite an. Eine Suchfunktion ermöglicht das Auffinden von Sendungen nach Titel oder Inhalt.

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps" bietet das Informationsportal bio.de für einige Tage im Voraus. Zu jeder Sendung gibt es eine Inhaltsangabe in mehreren Sätzen. (mb)

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal"
www.bio.de/gruenerkanal.php4



Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, komplette Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Für notwendige Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste mit allen Links im Internet:
www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Friedemann Grün

letzter Mi im Monat 20.00-22.00
Radio freeFM Ulm 102,6 (Freies Radio)
www.friedemanngruen.de

2. Fernsehsendungen

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin
Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen)
www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 11.10-11.35, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www.tivi.de/loewenzahn
(mb, ab) ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/dr/b, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe Kontakt-Angaben im Heft). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de in Berlin.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/dr/b

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/publikationen/infoservice

Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**